

12

—
**Jahresbericht
KdK 2012**
—

**Rapport annuel
KdK 2012**



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

Konferenz der Kantonsregierungen Conférence des gouvernements cantonaux

Jahresbericht 2012
Rapport annuel 2012

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
-----------------	---

1 Organisation.....	3
1.1 Plenarversammlung.....	3
1.2 Leitender Ausschuss.....	5
1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen.....	5
1.4 Sekretariat.....	6

2 Tätigkeiten.....	9
2.1 Arbeitsschwerpunkte	9
2.1.1 <i>Plenarversammlung</i>	9
2.1.2 <i>Leitender Ausschuss</i>	18
2.1.3 <i>Stellungnahmen</i>	22
2.1.4 <i>Zusammenarbeit Bund – Kantone</i>	25

2.1.5	<i>Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen</i>	28
2.1.6	<i>Weitere Schwerpunktthemen</i>	30

2.2	Weitere Aktivitäten	31
2.2.1	<i>Allgemeines</i>	31
2.2.2	<i>Aussenpolitik</i>	33
2.2.3	<i>Innenpolitik</i>	36
2.2.4	<i>Mandate</i>	42

3	Rechnung	45
----------	-----------------------	-----------

Anhänge / Annexes	98
--------------------------------	-----------

Einleitung

Im Jahr 2012 konnte die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) die Zusammenarbeit mit ihren Partnern vertiefen und teilweise auf neue Fundamente stellen. Mit der Revision der Rahmenordnung über die Arbeitsweise der KdK und der Direktorenkonferenzen bezüglich der Kooperation von Bund und Kantonen wurde die Zusammenarbeit zwischen der KdK und den Fachdirektorenkonferenzen klarer geregelt und die Zuweisung der Federführung erstmals formell festgelegt. Zudem wurde mit dem Europadialog ein permanentes politisches Leitorgan zum Informations- und Gedankenaustausch in Europafragen zwischen Bund und Kantonen eingerichtet. Angesichts der institutionellen Herausforderungen im Verhältnis Schweiz-EU nimmt die Bedeutung der engen Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen in der Europapolitik zu. Der regelmässige Austausch auf höchster politischer Ebene soll das gegenseitige Verständnis und Vertrauen stärken.

Erfreulicherweise konnten im vergangenen Jahr auch wichtige Arbeiten abgeschlossen werden: Die gemeinsame Arbeitsgruppe Bund-Kantone legte im Frühjahr ihren Bericht zur Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone vor. Sie erkannte Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen und hat insgesamt 14 Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Rechtsetzungsqualität und Vollziehbarkeit von Bundesrecht erarbeitet. Bundesrat und Kantonsregierungen vereinbarten anlässlich des Föderalistischen Dialogs vom 28. September 2012, die Umsetzung dieser Vorschläge je in ihren Zuständigkeitsbereichen in die Wege zu leiten. Als weiteres Projekt konnte das Raumkonzept Schweiz Ende Dezember nach knapp siebenjähriger Erarbeitungszeit abgeschlossen und durch Bundesrat, KdK und Kommunalverbände genehmigt werden. Das Raumkonzept Schweiz ist der erste strategische Orientierungsrahmen in der Schweizer Raumentwicklung, der von allen Staatsebenen gemeinsam entwickelt und getragen wird.

Das Berichtsjahr war ausserdem stark geprägt von der Frage der zukünftigen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU). Die

Kantonsregierungen verabschiedeten an ihrer ausserordentlichen Plenarversammlung vom 1. Juni 2012 eine gemeinsame Stellungnahme zu den institutionellen Lösungsvorschlägen des Bundesrates zuhanden der EU. Gleichzeitig hiess die KdK den Entwurf eines Mandats für den Dialog mit der EU über Fragen der Unternehmensbesteuerung gut, forderte aber eine systematische und enge Einbindung der Kantone. Als Folge des Steuerdialogs mit der EU haben Bund und Kantone am 21. September 2012 eine paritätische Projektorganisation zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) eingesetzt. Ziel der USR III ist es, das Unternehmensbesteuerungssystem im Spannungsfeld von Wettbewerbsfähigkeit, Finanzierung der Staatsausgaben und internationaler Akzeptanz zu reformieren.

Auch im Bereich der Ausländerintegration wurden 2012 wichtige Weichen gestellt. BFM und KdK begleiten gemeinsam die Umsetzung der Kantonalen Integrationsprogramme (KIP) und die Vorbereitung der Programmvereinbarungen. Die Kantonsregierungen begrüsst die Neuausrichtung der Integrationsförderung hin zu kantonalen Integrationsprogrammen explizit auch in ihrer Stellungnahme zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16. März 2012. Die im Rahmen der NFA entwickelte partnerschaftliche Form der Zusammenarbeit Bund – Kantone auf Basis von Programmvereinbarungen nach Art. 20a SuG findet damit zum ersten Mal auch in einem gesellschaftspolitischen Bereich Anwendung.

Nicht zuletzt erkannte die Plenarversammlung vergangenes Jahr Handlungsbedarf, was die eigene politische Kommunikation betrifft. Insbesondere die zentralen Kommunikationsinstrumente, die Website und die Kommunikationsplattform (CUG), bedurften einer grundsätzlichen Erneuerung.

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die die KdK unterstützt haben und sich für die Kantone einsetzen und wünschen interessante Lektüre.



Staatsrat Pascal Broulis
Präsident



Dr. Sandra Maissen
Generalsekretärin

01

1 Organisation

1.1 Plenarversammlung

Das oberste Entscheidorgan der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist die vierteljährlich tagende Plenarversammlung, an die jeder Kanton eine Vertretung der Regierung entsendet. Die Vertretung eines Kantons in der KdK wird jeweils durch die Regierung des entsprechenden Kantons geregelt. Im Berichtsjahr nahmen folgende Mitglieder der Kantonsregierungen an den Plenarversammlungen teil:

Kanton Vertretung

ZH	Regierungsrätin Regine Aepli Regierungsrätin Ursula Gut-Winterberger
----	---

BE	Regierungsrat Hans-Jürg Käser Regierungsrat Christoph Neuhaus
LU	Regierungsrätin Yvonne Schärli-Gerig
UR	Regierungsrätin Heidi Z'graggen
SZ	Regierungsrat Peter Reuteler Regierungsrat Kurt Zibung
OW	Landammann Niklaus Bleiker
NW	Regierungsrat Alois Bissig
GL	Regierungsrätin Christine Bickel
ZG	Landammann Matthias Michel
FR	Staatsrat Beat Vonlanthen
SO	Landammann Christian Wanner
BS	Regierungspräsident Guy Morin
BL	Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro
SH	Regierungspräsident Reto Dubach
AR	Regierungsrat Jürg Wernli
AI	Landammann Daniel Fässler
SG	Regierungspräsidentin Karin Keller-Sutter Regierungsrat Benedikt Würth
GR	Regierungsrätin Barbara Janom-Steiner
AG	Regierungsrat Roland Brogli
TG	Regierungsrat Claudius Graf-Schelling
TI	Staatsrat Norman Gobbi
VD	Staatsrat Pascal Broulis
VS	Regierungspräsident Jean-Michel Cina Staatsrat Maurice Tornay
NE	Staatsrat Jean Studer Staatsrat Thierry Grosjean
GE	Staatsrat Pierre-François Unger Staatsrat Charles Beer
JU	Ministerin Elisabeth Baume-Schneider Minister Charles Juillard

1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss ist das Führungsorgan der KdK. Neun Regierungsrätinnen und Regierungsräte aus allen Regionen bereiten im Leitenden Ausschuss die Geschäfte der Plenarversammlung vor. Gemäss Geschäftsordnung der KdK vom 20. März 2009 haben die französischsprachige (zwei Sitze), die italienischsprachige und die rätoromanische Schweiz, die Ost-, die Nordwest- und die Zentralschweiz sowie die Kantone Bern und Zürich Anspruch auf Vertretung im Leitenden Ausschuss. Im Berichtsjahr setzte sich der Leitende Ausschuss wie folgt zusammen:

Kanton Vertretung

VD / CGSO	Staatsrat Pascal Broulis, Präsident
BE	Regierungsrat Hans-Jürg Käser, Vizepräsident
ZH	Regierungsrätin Regine Aeppli
ZG/ ZRK	Landammann Matthias Michel
AG / NWRK	Regierungsrat Roland Brogli
AI / ORK	Landammann Daniel Fässler
GR	Regierungsrätin Barbara Janom Steiner, seit 16.03.2012
TI	Staatsrat Norman Gobbi
FR / CGSO	Staatsrat Beat Vonlanthen

1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen

Neben diesen beiden Hauptorganen gibt es zahlreiche weitere Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK im Zusammenhang mit der Betreuung einzelner Geschäfte oder Mandate. Eine Zusammenstellung dieser Kommissionen und Arbeitsgruppen befindet sich im Anhang 2 dieses Berichts. Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen sind im Anhang 3 aufgelistet.

1.4 Sekretariat

Gemäss der Vereinbarung über die KdK verfügt die Konferenz über ein ständiges Sekretariat. An der Gründungsversammlung der KdK wurde die Sekretariatsführung im Sinne eines Mandats der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit übertragen, die auch an der Konferenzgründung massgeblich beteiligt war. Seither führt die ch Stiftung das KdK-Sekretariat und die Geschäftsführerin der ch Stiftung, Dr. Sandra Maissen, amtiert gleichzeitig als Generalsekretärin der KdK.

Für das KdK-Sekretariat sind am Ende des Berichtsjahrs 26 Personen tätig (20.7 Vollzeitstellen). Davon arbeiten 23 Personen im Haus der Kantone in Bern und 3 Personen an der Geschäftsstelle der ch Stiftung in Solothurn. Die Mitarbeitenden des Bereichs Dienstleistungen sind teilweise sowohl für das KdK-Sekretariat wie auch für den Betrieb Haus der Kantone tätig. Im Bereich KdK-Innenpolitik wurde unter anderem im Zusammenhang mit der Weiterführung der TAK-Geschäftsstelle eine neue Vollzeitstelle geschaffen.

Ein Organigramm befindet sich im Anhang 1 dieses Berichts.

Personalbestand 31.12.2012

Generalsekretärin

- Sandra Maissen

Personal

- Beatrice Müller, Leiterin

Finanzen

- Monika Zanon, Leiterin
- Rosmarie Bäuml, Fachfrau Finanzen (seit 01.07.2012)

Dienstleistungen / Betrieb Haus der Kantone

- Martin Rosenfeld, Bereichsleiter
- Patrick Bergen, Übersetzer
- Christine Bonvin, Übersetzerin
- Daniel Bühler, Informatiker
- Manuela Furrer, Mitarbeiterin Sekretariat KdK
- Giorgia Genetelli, Praktikantin (seit 13.08.2012)
- Silvia Graf, Mitarbeiterin Empfang HdK
- Jolanda Harisberger, Mitarbeiterin Sekretariat HdK/KdK (seit 21.08.2012);
Vertretung Vakanz Leiter/in Sekretariat HdK/KdK
- Pascale Prisset, Leiterin Sprachendienst (seit 01.09.2012)
- Céline Randier, Übersetzerin

KdK-Aussenpolitik

- Roland Mayer, Bereichsleiter, Stellvertreter der Generalsekretärin
- Ursula Blumer, Informationsbeauftragte der Kantone im Integrationsbüro DEA/EDA, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- Réto Gasser, Vertreter der Kantone im EJPD
- Roland Krimm, Informationsbeauftragter der Kantone in der Schweizer Mission bei der EU in Brüssel
- Monika Tschumi, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stellvertreterin der Informationsbeauftragten der Kantone im Integrationsbüro DEA/EDA (seit 01.09.2012)

KdK-Innenpolitik / Koordination

- Thomas Minger, Bereichsleiter
- Nicole Gysin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- Nadine Eckert, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Carmen Grand, Wissenschaftliche Mitarbeiterin (seit 01.07.2012)
- Aline Masé, Praktikantin (seit 01.02.2012)
- Christine Winkelmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Einzelmandate / Projekte

- Walter Moser, Fachstelle NFA

Austritte im Verlauf des Jahres

Finanzen

- Judith Stephani, Fachfrau Finanzen (bis 31.03.2012)

Dienstleistungen / Betrieb Haus der Kantone

- Daniel Boschung, Informatiker (bis 29.02.2012)
- Susanna Bürki, Leiterin Sekretariat HdK/KdK (bis 31.08.2012)
- Nadia Monaco, Übersetzerin (bis 31.01.2012)
- Alice Pons, Praktikantin (bis 13.02.2012)
- Arnaud Rouge, Praktikant (bis 09.08.2012)

KdK-Aussenpolitik

- Felix Imhof, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Stellvertreter der Informationsbeauftragten der Kantone im Integrationsbüro EDA/EVD (bis 31.05.2012)

KdK-Innenpolitik / Koordination

- Till Hirsekorn, Wissenschaftlicher Praktikant (bis 31.01.2012)

Dienstjubiläen

Beatrice Müller, 20 Jahre

Roland Krimm, 10 Jahre

Walter Moser, 10 Jahre

02

2 Tätigkeiten

2.1 Arbeitsschwerpunkte

2.1.1 Plenarversammlung

Im Berichtsjahr fanden am 16. März, 22. Juni, 28. September und 14. Dezember ordentliche Plenarversammlungen sowie am 1. Juni eine ausserordentliche Plenarversammlung statt. Neben der Verabschiedung von Stellungnahmen zu verschiedenen Themen (vgl. Ziff. 2.1.3) befasste sich die Plenarversammlung im Jahr 2012 mit folgenden Schlüsselgeschäften:

Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone

Die gemeinsame Arbeitsgruppe Bund-Kantone hat den Auftrag, Vorschläge im Hinblick auf eine bessere Umsetzung des Bundesrechts durch die Kantone zu erarbeiten. An der Plenarversammlung und am Föderalistischen Dialog vom 16. März 2012 legte die Arbeitsgruppe ihren Schlussbericht vor. Der Bundesrat und die Kantonsregierungen haben die vorgeschlagenen Massnahmen begrüsst und beschlossen, dass beide Seiten die Umsetzung dieser Massnahmen in ihrem Bereich gewährleisten werden.

An ihrer Sitzung vom 28. September 2012 hat die Plenarversammlung beschlossen, die hauptsächlichen Massnahmen zu den Kantonen in die Rahmenordnung über die Arbeitsweise der KdK und der Direktorenkonferenzen bezüglich der Kooperation von Bund und Kantonen zu übernehmen. Auf diese Weise hat sie die Beteiligung der Kantone am Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene über politische Konferenzen verbessert.

Ausserdem hat die Plenarversammlung beschlossen, das bestehende Netzwerk der Personen, die auf kantonaler Ebene für die Gesetzgebung zuständig sind, auszubauen. Im Verlauf von 2013 wird eine erste Sitzung des Netzwerks stattfinden. Schliesslich haben die Kantone ein neues Konzept für das Föderalismusmonitoring erarbeitet. Dabei geht es insbesondere darum, die Geschäfte besser erfassen zu können, die Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Bundesrecht aufwerfen.

Im Rahmen des Föderalistischen Dialogs vom 28. September 2012 wurde der Fortgang der Arbeiten von beiden Seiten begrüsst. Im Weiteren wurde vereinbart, die Weiterführung der Massnahmen auf der Grundlage eines gemeinsamen Dokuments zu gewährleisten und anlässlich des Föderalistischen Dialogs vom Herbst 2013 eine Bestandsaufnahme der Arbeiten vorzunehmen, die bis dahin zu diesem Geschäft geleistet worden sind.

Am 25. Oktober 2012 hat die Staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK-S) eine Delegation der Kantone zu den Vorschlägen der Arbeitsgruppe angehört, die das Parlament betreffen. Im Anschluss an diese Sitzung hat die SPK-S eine parlamentarische Initiative mit dem Titel «Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone» (Nr. 12.486) eingereicht. Mit dieser Initiative hat sie beschlossen, Vorschläge auszuarbeiten, welche geeignet sind, die Mitwirkung der Kantone im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren zu verbessern. Ausserdem will sie die konkreten Vorschläge

prüfen, die im Bericht der Arbeitsgruppe vom 13. Februar 2012 enthalten sind. Voraussetzung dafür ist, dass sich die SPK-N den Schlussfolgerungen der SPK-S anschliesst.

Revision Rahmenordnung KdK-Direktorenkonferenzen

Die Rahmenordnung über die Arbeitsweise der KdK und der Direktorenkonferenzen bezüglich der Kooperation von Bund und Kantonen regelt die Zusammenarbeit zwischen der KdK und den Direktorenkonferenzen sowie der Kantone mit dem Bund. In Zusammenarbeit mit den Direktorenkonferenzen wurde die im Jahre 2006 letztmals revidierte Rahmenordnung grundlegend überarbeitet. Neben einer Entschlackung und teilweisen Neugliederung wurden in der überarbeiteten Fassung insbesondere die bereits seit einigen Jahren mit Erfolg praktizierte Zuweisung von Federführungen an die zuständigen Konferenzen formell geregelt und die für die Kantone relevanten Folgerungen aus dem Bericht der Arbeitsgruppe Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone neu aufgenommen. Die bereinigte Fassung wurde von der Plenarversammlung der KdK am 28. September 2012 verabschiedet.

Legislaturplanung 2011 - 2015

Über die KdK wirkten die Kantonsregierungen bereits 2011 aktiv an der Legislaturplanung des Bundes 2011-2015 mit. Namentlich legten sie dem Bundesrat anlässlich einer Aussprache auf Regierungsebene Ende September 2011 ihre Erwartungen zu prioritären (gesetzgeberischen) Stossrichtungen und Massnahmen dar. Die Anliegen der Kantone sind insgesamt recht gut in die Botschaft über die Legislaturplanung 2011-2015 eingeflossen, die der Bundesrat Anfang 2012 zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet hat.

In der Folge brachte sich die KdK auch in die parlamentarische Beratung ein. Für die Vorberatung der Legislaturplanung setzten National- und Ständerat je eine Legislaturplanungskommission (LPK) ein. Diese Spezialkommissionen führten am 23. Februar 2012 gemeinsam eine breite Anhörung durch, zu der auch die Kantone eingeladen wurden. Die kantonale Delegation legte den beiden Spezialkommissionen die Erwartungen der Kantone an die Legislaturplanung des Bundes dar. In der Folge wurden den Spezialkommissionen die Kernanliegen der Kantone auch noch schriftlich unterbreitet.

Das Ergebnis der Beratungen im National- und Ständerat kann aus kantonaler Sicht insgesamt positiv beurteilt werden. Die meisten Änderungs- und Ergänzungsanträge der KdK wurden in den Bundesbeschluss über die Legislaturplanung 2011-2015 von National- und Ständerat aufgenommen. Besondere Erwähnung verdient die von den Kantonen geforderte Massnahme, die zur Weiterentwicklung des Verhältnisses mit der EU innerstaatliche Reformen verlangt, welche die Mitwirkungsrechte der Kantone stärken.

Aussenpolitik

Vorschläge des Bundesrates für eine institutionelle Ausgestaltung der zukünftigen Beziehungen zur EU

Am 20. März 2012 traf sich eine Delegation des Bundes unter Leitung der Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf in Brüssel mit den Spitzen der EU Institutionen. Dabei erklärte sich die EU bereit, den vom Bundesrat zur weiteren Ausgestaltung der gegenseitigen Beziehungen und zur Weiterführung des bilateralen sektoriellen Wegs vorgeschlagenen Ansatz zu prüfen, vorausgesetzt die Schweiz übermittelt einen konkreten Vorschlag für die zukünftige institutionelle Ausgestaltung der gegenseitigen Beziehungen. Seitens der Schweiz wurde in Aussicht gestellt, einen solchen Vorschlag in den folgenden Wochen zu unterbreiten, wobei vorgängig interne Konsultationen, u.a. mit den Kantonen notwendig seien.

Gestützt auf informelle Abklärungen zum geplanten weiteren Fahrplan des Bundes beschloss der Leitende Ausschuss der KdK am 16. April 2012 mittels Zirkularbeschluss, eine ausserordentliche Plenarversammlung der KdK zwecks Verabschiedung einer Stellungnahme zum vorgesehenen institutionellen Lösungsansatz des Bundesrates einzuberufen. Am 17. April 2012 akzeptierte der Bundesrat die seitens der Kantone vorgeschlagene Konsultationsfrist, am 25. April 2012 verabschiedete er seinen institutionellen Lösungsvorschlag, worauf die Kantonsregierungen über die Einberufung einer ausserordentlichen Plenarversammlung der KdK für den 1. Juni 2012 informiert wurden.

Gestützt auf eine diesbezügliche schriftliche Konsultation der Kantonsregierungen verabschiedete die Plenarversammlung der KdK am 1. Juni 2012 eine gemeinsame Stellungnahme zu den Vorschlägen des Bundesrates.

Vereinbarung mit dem Bundesrat über die Einrichtung eines Europadialogs

Anlässlich einer europapolitischen Aussprache vom 9. März 2012 schlug die Delegation des Bundesrates vor, einen regelmässigen Europadialog mit den Kantonen einzusetzen. Im Rahmen der Plenarversammlung der KdK vom 16. März 2012 wurde die Delegation der KdK ermächtigt, gegenüber dem Bundesrat unter gewissen Bedingungen Einverständnis hierzu zu signalisieren.

Die Beschlüsse der Plenarversammlung wurden dem Bundesrat anlässlich des Föderalistischen Dialogs vom 16. März 2012 zur Kenntnis gebracht. Am 17. April 2012 konnte der Textentwurf der Vereinbarung nach einem weiteren Treffen einer Delegation der KdK mit einer Delegation des Bundesrates politisch bereinigt werden. Im Anschluss daran wurde der Text der Vereinbarung auf technischer Stufe bereinigt und paraphiert. Anlässlich seiner Sitzung vom 10. Mai 2012 genehmigte der Leitende Ausschuss der KdK den Text der Vereinbarung über den Europadialog mit dem Bundesrat zuhanden der Verabschiedung durch die Plenarversammlung der KdK.

Im Rahmen der ausserordentlichen Plenarversammlung der KdK vom 1. Juni 2012 genehmigten die Kantonsregierungen die Vereinbarung. Sie trat am 5. Juni 2012 durch ihre Unterzeichnung in Kraft.

Steuerdialog mit der EU

Am 20. März 2012 stellte Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf der EU anlässlich ihres Besuchs in Brüssel in Aussicht, in Kürze den Dialog über Fragen der Unternehmensbesteuerung aufnehmen zu wollen. Sie verwies allerdings auch darauf, dass vorgängig noch die Kantone zu konsultieren seien.

Im Nachgang dieses Besuchs, u.a. auch anlässlich der europapolitischen Aussprache mit dem Bundesrat vom 17. April 2012, wurde seitens des Bundes deutlich gemacht, dass der Dialog mit der EU grundsätzlich spätestens Anfang Juni 2012 aufgenommen werden müsse. Seitens der Kantone wurde darauf verwiesen, dass eine Zustimmung zur Aufnahme des Dialogs das Vorliegen eines konkreten Mandats bedinge und dass die Plenarversammlungen der FDK vom 24./25. Mai 2012 und der KdK vom 1. Juni 2012 für eine Stellungnahme bereit wären.

In der Folge unterbreitete der Bundesrat den Entwurf eines Dialogmandats, welcher am 25. Mai 2012 von der FDK beraten und unter gewissen Bedingungen gutgeheissen wurde. Anlässlich der ausserordentlichen Plenarversammlung der KdK vom 1. Juni 2012 bestätigten die Kantonsregierungen die diesbezüglichen Beschlüsse der FDK.

Stromverhandlungen mit der EU

Gestützt auf entsprechende Vorarbeiten der EnDK haben die Kantonsregierungen anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 28. September 2012 ihre Haltung zu einer Reihe von offenen Fragen im Zusammenhang mit den laufenden Stromverhandlungen mit der EU festgelegt.

Anrufung der Ventilklausel FZA durch den Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. Februar 2012 konsultierte der Bund die KdK zur Frage der möglichen Anrufung der Ventilklausel gegenüber Bewilligungen für Langzeitaufenthalter aus den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU.

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 16. März 2012 konnte das notwendige Quorum von 18 Stimmen für eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone nicht erreicht werden. Dem Bundesrat wurde folglich am Föderalistischen Dialog vom 16. März 2012 mitgeteilt, dass zu dieser Frage keine gemeinsame Haltung der Kantone zustande gekommen ist.

Unternehmenssteuerreform III

Zur Erreichung des gemeinsamen Ziels, die internationale Standortattraktivität der Schweiz zu erhalten, arbeiten Bund und Kantone eng zusammen. Die vom Eidgenössischen Finanzdepartement im Oktober 2012 eingesetzte Projektorganisation „Unternehmenssteuerreform III“ (USR III) umfasst zwei paritätisch zusammengesetzte Organe: Das Steuerungsorgan, dem die politische Gesamtleitung des Projekts obliegt und das Leitorgan, das für die Um- und Durchsetzung der Entscheide des Steuerungsorgans zuständig ist. Die KdK ist im Steuerungsorgan durch Regierungsrat Roland Brogli (AG) und im Leitorgan durch Dr. Sandra Maissen, Generalsekretärin, vertreten. Das Steuerorgan hat sich im Jahre 2012 zu einer, das Leitorgan zu zwei Sitzungen getroffen. Die Projektorganisation hat den Auftrag, Vorschläge und allfällige Massnahmen zu den folgenden Elementen zu entwickeln und zu bewerten: Anpassung des Unternehmenssteuersystems, um eine möglichst optimale Positionierung im Spannungsfeld zwischen internationaler Akzeptanz, steuerlicher Wettbewerbsfähigkeit und finanzieller Ergiebigkeit zu erlangen, Anpassung des Ressourcenausgleichs zur Gewährleistung eines akzeptablen Ausgleichs zwischen Bund und Kantonen sowie zwischen den einzelnen Kantonen sowie Massnahmen zur Gegenfinanzierung möglicher Mehrbelastungen des Bundes. Konkrete Ergebnisse sollten 2013 vorliegen.

Verabschiedung Raumkonzept Schweiz

Am 11. Mai 2006 vereinbarten das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), die KdK und die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) sowie der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) und der Schweizerische Städteverband (SSV), gemeinsam ein Raumkonzept Schweiz zu erarbeiten. Ziel dieses Konzepts ist eine gemeinsame Vorstellung der drei staatlichen Ebenen über die künftige räumliche Entwicklung der Schweiz.

Ende April 2012 verabschiedete die politische Begleitgruppe der tripartiten Projektorganisation das Raumkonzept zuhanden des Bundesrats, der KdK sowie der Kommunalverbände mit der Empfehlung, dieses zu genehmigen. Die Plenarversammlung der KdK genehmigte daraufhin das Raumkonzept an ihrer Sitzung vom 28. September 2012 als Orientierungsrahmen und Entscheidungshilfe für die raumwirksamen Tätigkeiten der Kantone. Gleichzeitig lud sie die Kantonsregierungen ein, ihre

Tätigkeiten auf das Raumkonzept auszurichten. Nach erfolgreichem Genehmigungsprozess auf allen Staatsebenen wurde das Raumkonzept Ende Dezember 2012 publiziert.

Das Raumkonzept Schweiz ist das erste Strategiedokument in der Schweizer Raumentwicklung, das von allen Staatsebenen gemeinsam entwickelt und getragen wird. Es schlägt drei Strategien vor:

- Handlungsräume bilden und das polyzentrische Netz von Städten und Gemeinden stärken;
- Siedlungen und Landschaften aufwerten;
- Verkehr, Energie und Raumentwicklung aufeinander abstimmen.

Aufgrund der verfassungsmässigen Zuständigkeiten setzt das Raumkonzept auf Freiwilligkeit und ist kein rechtlich verbindliches Instrument.

Volksabstimmung zur Revision des Raumplanungsgesetzes: Positionierung der Kantonsregierungen

Im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 3. März 2013 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG) gelangte die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) mit dem Anliegen an die KdK, im Rahmen der Plenarversammlung der KdK einen Positionsbezug der Kantone zu erwirken.

Die Erarbeitung der Vorlage, die als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Raum für Mensch und Natur“ (Landschaftsinitiative) konzipiert war, war in enger Zusammenarbeit mit der BPUK erfolgt. Entsprechend unterstützt die BPUK die Stossrichtungen der Revision, die Zersiedelung des Landes einzudämmen und die weitere Siedlungsentwicklung an die richtigen Orte zu lenken. Sie geht davon aus, dass die Kantone mehrheitlich kaum Schwierigkeiten bei der Umsetzung haben werden, wohingegen die Landschaftsinitiative die Kantone vor grosse Umsetzungsprobleme gestellt und zudem zu einer empfindlichen Kompetenzverschiebung von den Kantonen zum Bund geführt hätte.

Die Plenarversammlung der KdK vom 14. Dezember 2012 folgte der Argumentation der BPUK und sprach sich für die Annahme dieser Abstimmungsvorlage aus.

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer

Am 23. November 2011 eröffnete der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG). Die Vernehmlassungsfrist dauerte bis am 23. März 2012. Aus Sicht der Kantonsregierungen war es zentral, dass dem Prinzip, wonach Integrationspolitik in der Schweiz eine Verbundaufgabe ist und von Bund und Kantonen gemeinsam gesteuert wird, auch legislatorisch Rechnung getragen wird. Vor diesem Hintergrund prüfte die KdK insbesondere, ob sich die Vernehmlassungsvorlage an den von Bundesrat und Kantonsregierungen gemeinsam erarbeiteten Grundlagen zur Weiterentwicklung der schweizerischen Integrationspolitik orientiert (vgl. Ziffer 2.2.3). Gestützt auf eine Konsultation der Kantonsregierungen und der interessierten Direktorenkonferenzen (EDK, FDK, GDK, KKJPD, SODK und VDK) verabschiedete die Plenarversammlung am 16. März 2012 einstimmig eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zur Revisionsvorlage (vgl. Ziffer 2.1.3).

Muslim-Dialog

Auf Einladung der Vorsteherin des EJPD, Bundesrätin Simonetta Sommaruga, fand am 26. November 2012 ein einmaliges Austauschtreffen zwischen Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden und Musliminnen und Muslimen statt. Hauptziel war es, den muslimischen Gesprächspartnern aufzuzeigen, welche Anliegen auf welcher Ebene diskutiert werden können und welche Aktivitäten bereits laufen. Die Sicht der Kantonsregierungen wurde von KdK-Präsident Pascal Broulis (VD) und Regierungsrätin Regine Aeppli (ZH) als Vize-Präsidentin der EDK eingebracht. In der Diskussion waren sich die muslimischen Gesprächsteilnehmenden und die staatlichen Vertreter einig, dass der Dialog zu den von muslimischer Seite eingebrachten Anliegen in erster Linie vor Ort – auf kantonaler und kommunaler Ebene – zu führen sei. Dies zum einen aufgrund der verfassungsmässigen Zuständigkeiten. Zum andern, weil vor Ort pragmatische und angepasste Lösungen gefunden werden können. In diesem Sinne sollen die bereits bestehenden Dialoge und Plattformen auf kantonaler und kommunaler Ebene sowie die Kontakte zwischen muslimischen Gemeinschaften und lokalen Behörden weiter geführt werden. Die Plenarversammlung vom 14. Dezember 2012 nahm Kenntnis von den Ergebnissen des Dialogs und beauftragte das Sekretariat, die Kantone in einem entsprechenden Schreiben über das Austauschtreffen vom 26. November 2012 zu informieren.

2.1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss tagte im Berichtsjahr am 3. Februar, 10. Mai, 31. August und 9. November. Neben der Vorbereitung der Geschäfte der Plenarversammlungen befasste er sich mit nachfolgenden Geschäften:

Allgemeines

Kommunikation im Zusammenhang mit Stellungnahmen der KdK

Im Vorfeld und im Nachgang zur Plenarversammlung der KdK vom 16. März 2012 wurden die Haltungen der Kantonsregierungen zur Frage der Anrufung der Ventilklausel teilweise publik gemacht, obwohl keine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zustande gekommen ist. Vor diesem Hintergrund wurde der Leitende Ausschuss der KdK von der Plenarversammlung beauftragt, klare Regeln betreffend die Kommunikation im Zusammenhang mit Stellungnahmen der KdK zu erarbeiten.

Die vom Leitenden Ausschuss der KdK am 31. August 2012 verabschiedete Regelung wurde von der Plenarversammlung der KdK am 28. September 2012 bestätigt.

Massnahmen zur Verbesserung der Kommunikation der KdK

In den letzten Jahren wurde im Rahmen der KdK und der ch Stiftung (z.B. ch Regierungs-Seminare) wiederholt diskutiert, wie die politische Kommunikation der Kantone und namentlich der interkantonalen Konferenzen verbessert werden könnte. Unter anderem wurde festgestellt, dass die Kommunikationspolitik der Kantone im Gegensatz zu jener des Bundes zu defensiv sei. Vor allem aber datieren die zentralen Kommunikationsinstrumente, die KdK-Website und die Kommunikationsplattform (CUG), aus dem Jahre 2003 und bedürfen einer grundlegenden Erneuerung. Die Plenarversammlung vom 18. März 2011 stellte deshalb im Budget 2012 die entsprechenden finanziellen Mittel bereit. Am 10. Mai 2012 nahm der Leitende Ausschuss eine Auslegeordnung der bestehenden Kommunikationsmassnahmen vor und beauftragte das KdK-Sekretariat, prioritär den Internetauftritt und die Kommunikationsplattform zu überarbeiten bzw. neu zu konzipieren. Zudem wünschte der

Leitende Ausschuss eine grundsätzliche Analyse, ob und wie die Kommunikation der KdK weiter verbessert werden könnte. Zu diesem Zweck wurde das Sekretariat damit beauftragt, ein Kommunikationskonzept auszuarbeiten, das konkrete Verbesserungsmassnahmen aufzeigt.

Aussenpolitik

Keine Geschäfte

Innenpolitik

Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014

Gestützt auf eine vom Parlament überwiesene Motion hatte der Bundesrat den Auftrag, die Aufgabenüberprüfung fortzuführen und bis Ende 2012 eine Botschaft mit substanziellen Entlastungen des Bundeshaushalts vorzulegen. Angesichts der unsicheren Entwicklung der Wirtschaftslage und absehbarer Mehrbelastungen des Bundeshaushalts erachtete der Bundesrat zur Wahrung des finanzpolitischen Handlungsspielraums zudem Sparmassnahmen erforderlich. Deshalb unterbreitete er den Kantonen Mitte Oktober 2012 eine Anhörungsvorlage für ein Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket KAP 2014.

In der Folge erarbeitete das KdK-Sekretariat gestützt auf Einschätzungen der Sekretariate der FDK und der betroffenen Direktorenkonferenzen den Entwurf für eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone. Dieser Entwurf wurde an der Sitzung des Leitenden Ausschusses der KdK vom 9. November 2012 bereinigt und danach den Kantonsregierungen auf dem Zirkularweg zur Verabschiedung unterbreitet. Bis Ende November 2012 stimmten 24 Kantonsregierungen dem Stellungnahmeentwurf zu, so dass die gemeinsame Stellungnahme der Kantone zum KAP 2014 zustande kam (vgl. Ziff. 2.1.3).

Zur Besprechung der Stellungnahme der Kantone fand am 4. Dezember 2012 ein Treffen zwischen der EFD-Vorsteherin und den Präsidien der KdK und FDK statt. Am 19. Dezember 2012 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft. Mit dem KAP 2014 schlägt er kurzfristig realisierbare Sparmassnahmen vor, die zwischen 2014 bis 2016 zu jährlichen Entlastungen von rund 700 Millionen Franken führen. Gemäss Bundesrat wurde bei der Erarbeitung des KAP 2014 darauf geachtet, den Verbundbereich soweit

möglich auszuklammern. Er geht von einer maximalen Mehrbelastung für die Kantone von rund 10 Millionen Franken aus.

Koordination und Zusammenarbeit BFS – statistische Ämter der Kantone

In ihrem Schreiben vom 18. Januar 2012 machte die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) die KdK darauf aufmerksam, dass es gemäss Hinweisen der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT) für die Statistikämter der Kantone sehr schwierig geworden sei, vom Bundesamt für Statistik (BFS) Einzeldaten – auch anonymisierte – aus der neuen Volkszählung oder anderen Bundesquellen zu erhalten.

In der Folge nahm das Sekretariat der KdK mit der KORSTAT Kontakt auf. Ihr Präsident wies darauf hin, dass Gespräche mit dem BFS im Gang seien. Die KdK wurde gebeten, die Ergebnisse dieser Gespräche abzuwarten. An den Sitzungen vom 4. Juli und 23. Oktober 2012, an denen eine Delegation der KORSTAT und eine Delegation des Sekretariats der KdK teilnahmen, bestätigten die Vertreter der KORSTAT, die Gespräche mit dem BFS würden in einer positiven Atmosphäre weitergeführt und Lösungen seien auf gutem Weg, insbesondere hinsichtlich der folgenden Punkte:

- Charta der öffentlichen Statistik der Schweiz, die im Mai 2012 überarbeitet und verabschiedet wurde. Dieser Verhaltenskodex enthält die Grundsätze für die Regelung der öffentlichen Statistik. Auf dieser Basis wird vom BFS und von den Bundesämtern, die ebenfalls für Statistiken zuständig sind, ein Konzept erarbeitet.
- Vereinfachung von Datenverknüpfungen (Art. 14a des Bundesstatistikgesetzes) durch die Anpassung gewisser Ausführungsbestimmungen;
- Verabschiedung eines Rahmenvertrags über die Modalitäten der vorgängigen Information der regionalen statistischen Ämter kurz vor der Veröffentlichung von eidgenössischen Statistiken durch das BFS;
- Erarbeitung einer Absichtserklärung, mit der die Modalitäten der mittel- und langfristigen Zusammenarbeit zwischen dem BFS und der KORSTAT festgelegt werden.

Bis eine eigentliche Plattform für den Datenaustausch zur Verfügung steht, ist noch ein langer Weg zurückzulegen. Der Fortgang der Arbeiten erfolgt modular und in kleinen Schritten, doch die Entwicklung wurde von der Delegation der KORSTAT als positiv beurteilt. An der nächsten Sitzung, die im Sommer 2013 stattfinden wird, werden das

KdK-Sekretariat und die KORSTAT eine weitere Bestandesaufnahme der realisierten Arbeiten vornehmen.

Vormundschaftliche Zwangsmassnahmen: Begehren der betroffenen Personen an den Bundesrat und die KdK

Am 3. September 2012 richteten vier Vereinigungen, welche die Interessen der Opfer von vormundschaftlichen Zwangsmassnahmen vertreten, ein Schreiben an den Bundesrat und die KdK. Darin wurde festgehalten, dass in den letzten zwei Jahren zwar einiges in Bewegung gekommen sei, um das Leid der betroffenen Personen anzuerkennen, doch gleichzeitig würden sich daraus keine konkreten Auswirkungen für die Betroffenen ergeben. Die Verfasser des Schreibens gelangten insbesondere mit der Bitte an den Bundesrat und die KdK, eine gründliche historische Aufarbeitung zu veranlassen, den Betroffenen Einsicht in ihre Akten zu ermöglichen, einen Runden Tisch zu gründen und die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Opfer der Zwangsmassnahmen in begründeten Fällen finanziell entschädigt werden können.

Nach Rücksprache mit den betreffenden Konferenzen war der Leitende Ausschuss der KdK an seiner Sitzung vom 9. November 2012 zum Schluss gekommen, dass weiterhin die SODK für dieses Dossier zuständig sein sollte. Das Schreiben der Vereinigungen, welche die Interessen der Opfer von vormundschaftlichen Zwangsmassnahmen vertreten, wurde daher an diese Konferenz weitergeleitet, damit sie die weiteren Massnahmen gewährleisten und dafür sorgen kann, dass die Kantone angemessen und in geeigneter Form in die laufenden Arbeiten einbezogen werden. Der SODK wurde mitgeteilt, dass ihr die KdK gegebenenfalls gerne zur Verfügung stehen wird, falls sie aus politischen Gründen die Unterstützung der KdK als sinnvoll erachten sollte.

Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats Malama (10.3045)

Ende April 2012 lud die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SIK-S) die KdK ein, eine konsolidierte Stellungnahme der Kantonsregierungen zum Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats Malama 10.3045 „Innere Sicherheit. Klärung der Kompetenzen“ einzureichen. An seiner Sitzung vom 10. Mai 2012 beschloss der Leitende Ausschuss der KdK, die KKJPD mit der Federführung für die Ausarbeitung dieser Stellungnahme zu betrauen. An seiner Sitzung vom 31. August 2012 nahm der

Leitende Ausschuss Kenntnis vom Entwurf der Stellungnahme der KKJPD und unterstützte diesen.

Die definitive Stellungnahme wurde Ende September 2012 vom Vorstand der KKJPD genehmigt und der SIK-S zugestellt. Insgesamt stellt der Bericht des Bundes eine sorgfältige rechtliche Auslegeordnung dar. Er bestätigt die Auffassung der Kantone, wonach die meisten Schnittstellenprobleme im Bereich der inneren Sicherheit auf die unklaren Verfassungsgrundlagen und die daraus entstandene punktuelle und teils inkohärente Gesetzgebung zurückzuführen sind. Der Bericht und die Folgearbeiten sind nun dazu zu nutzen, um präzisere Kompetenzabgrenzungen zwischen Bund und Kantonen vorzunehmen.

2.1.3 Stellungnahmen

Stellungnahmen der KdK werden mit einem qualifizierten Mehr der Stimmen von mindestens 18 Kantonsregierungen verabschiedet. Das Recht der Kantone auf eigene Stellungnahme bleibt gewahrt.

Stellungnahmen zu Vernehmlassungen bei der Vorbereitung wichtiger Erlasse (gemäss Art. 147 BV)

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer

Anlässlich ihrer Plenarversammlung vom 16. März 2012 verabschiedete die KdK eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer. Nach Auffassung der Kantonsregierungen leistet die Vorlage einen Beitrag zur besseren Kohärenz der schweizerischen Integrationspolitik. Namentlich werden für die Integrationsförderung gemeinsame Grundsätze verankert, nach denen sich die zuständigen Behörden bei ihrem Handeln verstärkt ausrichten können. Die Kantonsregierungen begrüssen insbesondere die Neuausrichtung der Integrationsförderung hin zu kantonalen Integrationsprogrammen. Damit finden die im Rahmen der NFA entwickelten partnerschaftlichen Formen der Zusammenarbeit Bund – Kantone auch im Bereich der Integrationspolitik Anwendung. Die Verantwortung für

Integrationsmassnahmen muss gemäss den Kantonsregierungen weiterhin vor Ort liegen, wo sich Integrationsdefizite direkt auswirken.

In ihrer Stellungnahme weisen die Kantone darauf hin, dass der Ausbau der Integrationsförderung zwingend zusätzliche Bundesmittel erfordert. Die Kantonsregierungen kritisieren zudem, dass den finanziellen Auswirkungen der Vorlage im erläuternden Bericht nur ungenügend Rechnung getragen wird, dies insbesondere bei denjenigen Bestimmungen, mit denen die Integration verbindlicher eingefordert werden sollte. Die Kantonsregierungen lehnen den systematischen Einsatz von Integrationsvereinbarungen ab, da diese mit einem hohen Administrativaufwand verbunden sind, die teilweise in einem ungünstigen Verhältnis zum tatsächlichen Nutzen stehen. Schliesslich kritisieren die Kantone, dass das vorgeschlagene Stufenmodell, wonach die Anforderungen an die Integration umso höher zu stellen sind, je mehr Rechte mit dem angestrebten Rechtsstatus verliehen werden, für die Beurteilung der Integration noch zu wenig klar sei. Es mache keinen Sinn, für die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung und für die Erteilung der Niederlassungsbewilligung dieselben Anforderungen zu stellen. Die Kantonsregierungen schlagen deshalb vor, die „gute Integration“ (gemäss Vorentwurf) erst bei der Niederlassungsbewilligung zu prüfen. Für die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung genüge das Fehlen von Widerrufsgründen.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung an der Willensbildung des Bundes (gemäss Art. 45 BV)

Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014

Ende November 2012 verabschiedete die KdK auf dem Zirkularweg eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket KAP 2014 des Bundes (vgl. Ziff. 2.1.2). Darin wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Kantonsregierungen das vom Bundesrat vorgelegte KAP 2014 im Grundsatz unterstützen. Gesunde Bundesfinanzen sind eine wesentliche Voraussetzung für eine prosperierende Volkswirtschaft und somit auch im Interesse der Kantone.

Die Hauptkritik richtete sich gegen mögliche Lastenabwälzungen auf die Kantone bei Verbundaufgaben. Selbst wenn keine direkten Lastenabwälzungen stattfinden, entsteht für die Kantone vielfach ein politischer Druck, für die reduzierten Leistungen des Bundes einzuspringen. Damit führt der Wegfall von Bundesmitteln gerade im Verbundbereich faktisch gleichwohl zu Lastenabwälzungen. Deshalb wurden die vom Bundesrat

vorgeschlagenen Kürzungen bei den Universitäten, in der Landwirtschaft und im Schienenverkehr abgelehnt.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung bei ausserpolitischen Entscheiden (gemäss Art. 55 BV)

Im Rahmen der Plenarversammlung der KdK vom 16. März 2012 haben die Kantonsregierungen Stellung zum Verhandlungsmandat über Freihandelsabkommen mit den zentralamerikanischen Staaten und mit Malaysia bezogen. Die Kantonsregierungen begrünnen die Aufnahme von umfassenden Freihandelsverhandlungen mit diesen Staaten.

Anlässlich der ausserordentlichen Plenarversammlung der KdK vom 1. Juni 2012 nahmen die Kantonsregierungen Stellung zu den Vorschlägen des Bundesrates für eine institutionelle Ausgestaltung der zukünftigen Beziehungen zur EU. Inhaltlich können die Kantonsregierungen die vorgeschlagenen Lösungsansätze betreffend Rechtsentwicklung, einheitliche Auslegung, Streitbeilegung und Referenzcharakter weitgehend nachvollziehen und mittragen. Die Einsetzung einer unabhängigen nationalen Überwachungsbehörde kommt für die Kantonsregierungen hingegen grundsätzlich nur dann in Frage, wenn dadurch die Abkommenskonformität auf der Ebene des Bundes und der Kantone gleichermassen sichergestellt werden kann.

Ebenfalls anlässlich der ausserordentlichen Plenarversammlung der KdK vom 1. Juni 2012 nahmen die Kantonsregierungen Stellung zum Mandat des Bundesrates für die Aufnahme eines Dialogs mit der EU über die Unternehmensbesteuerung. Die Kantonsregierungen unterstützen das Mandat unter gewissen Bedingungen. Sie hielten zudem ausdrücklich fest, dass sie im Falle einer Änderung oder Ausweitung des Mandats vorgängig erneut zu konsultieren sind.

An der Plenarversammlung der KdK vom 28. September 2012 haben die Kantonsregierungen zu zentralen Fragen im Rahmen der laufenden bilateralen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über ein Stromabkommen Stellung bezogen. Sie unterstützen nach wie vor den Abschluss eines solchen Abkommens, welches im Interesse sowohl der Schweiz als auch der EU ist. Aus Sicht der Kantonsregierungen ist es derzeit aber noch unklar, ob der politische Preis für ein

solches Abkommen akzeptabel ist. Die Beantwortung dieser Frage hängt insbesondere davon ab, wie die generellen institutionellen Beziehungen zur EU in Zukunft ausgestaltet werden. Die Kantonsregierungen sprachen sich zudem für eine Liberalisierung des Strommarkts in der Schweiz aus. Die Übernahme von horizontalen Bestimmungen der EU in den Bereichen Umweltrecht und Konsumentenschutzrecht lehnten die Kantonsregierungen aufgrund von grundsätzlichen rechtsstaatlichen Überlegungen hingegen ab. In diesen Bereichen wie auch bei der Stossrichtung der Energiepolitik sei eine Anerkennung der Gleichwertigkeit anzustreben. Schliesslich könne die Frage der staatlichen Beihilfen erst dann vertieft geprüft werden, wenn sich abzeichnet, welche institutionelle Lösung für die Ausgestaltung der zukünftigen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zur Anwendung kommen soll.

Stellungnahmen zu Anhörungen weiterer Institutionen

Keine

2.1.4 Zusammenarbeit Bund – Kantone

Föderalistischer Dialog Bund - Kantone

Zweimal pro Jahr treffen sich Delegationen des Bundesrates und der KdK zum "Föderalistischen Dialog Bund – Kantone". An diesen Treffen sollen Kooperationsfragen im Verhältnis Bund – Kantone frühzeitig erkannt sowie der Informations- und Meinungsaustausch über wichtige föderalistische Themen sichergestellt werden.

Im Berichtsjahr fanden am 16. März und am 28. September 2012 Föderalistische Dialoge statt. Dabei wurden u. a. folgende Themen diskutiert: Europapolitische Standortbestimmung (institutionelle Fragen, aktive Mitwirkung, innere Reformen), Forderungen der EU betreffend kantonale Unternehmensbesteuerung, Stromverhandlungen mit der EU, Teilrevision des Ausländergesetzes (AuG), Zuwanderung und Ventilklausel, Raumkonzept Schweiz, Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket, Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone, Rahmenordnung KdK – Direktorenkonferenzen, Monitoring-Bericht Föderalismus 2011 und nationale Föderalismuskonferenz 2014.

Europadialog

Das Zusammenwirken von Bund und Kantonen ist für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU von zentraler Bedeutung, da die Kantone von zahlreichen bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU in ihren Zuständigkeiten direkt betroffen oder aufgrund ihrer Vollzugsaufgaben mit betroffen sind.

Die Bundesverfassung und das Bundesgesetz über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes legen die Zuständigkeiten und Kompetenzen von Bund und Kantonen, die Informations- und Konsultationsrechte sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten der Kantone fest. Aufgrund des immer engeren Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU, der Weiterentwicklung des bilateralen Wegs sowie der institutionellen Herausforderungen im Verhältnis Schweiz-EU nimmt die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen in der Europapolitik zu.

Um diese Zusammenarbeit weiter zu intensivieren und zu optimieren, haben der Bund und die Kantone entschieden, ein permanentes Leitorgan zum Informationsaustausch einzurichten und dessen Modalitäten mittels einer Vereinbarung zu regeln. Damit beabsichtigen Bund und Kantone, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu stärken, den regelmässigen Informationsaustausch zu fördern, einen Beitrag zur effizienten Willensbildung in der Europapolitik zu leisten und die Kompetenzen und Zuständigkeiten von Bund und Kantonen zu wahren.

Im Leitorgan nehmen die Vorsteher des EDA und des EVD als Vertreter des Bundes teil. Die Kantone werden vom Präsidenten der KdK sowie von einer Delegation des Leitenden Ausschusses der KdK (Landammann Daniel Fässler, AI; Regierungsrätin Regine Aeppli, ZH; Regierungsrat Matthias Michel, ZG) vertreten. Das Leitorgan soll in regelmässigen Abständen, in der Regel alle zwei Monate, zusammentreten. Die Vereinbarung, welche das Funktionieren dieses Gremiums regelt, wurde am 5. Juni 2012 in Bern unterzeichnet.

Im Berichtsjahr trafen sich die Delegationen des Bundes und der Kantone am 5. Juni, am 30. August und am 22. Oktober 2012. Dabei wurden u.a. folgende Themen diskutiert: Institutionelle Fragen in den Beziehungen Schweiz-EU, Stromverhandlungen mit der EU, Unternehmensbesteuerung, FZA sowie innerstaatlicher Reformbedarf.

Stammtisch der Kantone

Jeweils am Montagabend der zweiten Sessionswoche der eidgenössischen Räte lädt die KdK zu einem "Stammtisch der Kantone" ein. Mit dem Ziel, die Beziehungen zu den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu pflegen und den Meinungsaustausch zu intensivieren, treffen sich dabei Vertreterinnen und Vertreter des Leitenden Ausschusses der KdK und weitere kantonale Regierungsmitglieder mit Mitgliedern des Ständerates sowie ehemaligen Regierungsmitgliedern des Nationalrates in ungezwungenem Rahmen. Der Stammtisch ist jeweils einem aktuellen politischen Thema gewidmet.

Anlässlich der Sessionen der eidgenössischen Räte fanden 2012 vier Stammtische statt, an denen folgende Themen diskutiert wurden: Vorlage Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI), Besteuerung nach dem Aufwand, Bundesgesetz, Energiestrategie 2050 des Bundesrats, 10 Jahre Personenfreizügigkeit, Totalrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes, Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014) sowie der Steuerdialog mit der EU.

Treffen mit dem Büro des Ständerates

Zweimal pro Jahr findet ein Treffen zwischen dem Büro des Ständerates und dem Leitenden Ausschuss der KdK statt, um aktuelle politische Themen oder Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Ständerat und der KdK gemeinsam zu diskutieren.

In der Berichtsperiode fanden am 15. März und am 9. November 2012 Treffen mit dem Büro des Ständerates statt. Neben allgemeinen Fragen der Zusammenarbeit Ständerat – KdK wurden u. a. folgende Themen behandelt: Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone, Tripartite Agglomerationskonferenz, Monitoring-Bericht Föderalismus 2011, Mitwirkung der Kantone in der Europapolitik, 20 Jahre KdK sowie die Überarbeitung der Rahmenordnung über die Arbeitsweise der KdK und der Direktorenkonferenzen bezüglich der Kooperation von Bund und Kantonen.

Parlamentarische Anhörungen

Grundsätzlich liegt es im Ermessen des jeweiligen Kommissionspräsidiums, die Kantone bzw. entsprechende Delegationen der Kantone zu Anhörungen einzuladen, insbesondere dann, wenn vitale Interessen der Kantone betroffen sind.

Damit die kantonalen Interessen im Ständerat besser berücksichtigt werden können, beschlossen Delegationen des Ständerates und der KdK anlässlich eines Treffens vom 7. Oktober 1998, in Zukunft vermehrt Vertreter der Kantone (Direktorenkonferenzen oder KdK) in die Kommissionsarbeit des Ständerates einzubeziehen.

In Umsetzung dieses Beschlusses übermittelt das Sekretariat des Ständerates der KdK jeweils kurz vor Sessionsbeginn eine Liste mit den zur Behandlung in den Kommissionen anstehenden Geschäften. Im Berichtsjahr nahmen Delegationen der KdK an folgenden Anhörungen teil:

Datum	Kommission	Geschäft
23.02.2012	LPK-S+N	Legislaturplanung 2011-2015 des Bundes
29.05.2012	APK-N	Grundsätze für institutionelle Lösungen mit der EU
03.07.2012	APK-N	Dialog mit der EU über Unternehmenssteuerregimes
28.08.2012	APK-N	Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes
12.10.2012	APK-S	Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes
25.10.2012	SPK-S	Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone

2.1.5 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)

Die Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo), deren Sekretariat von der KdK geführt wird, stellt die Koordination zwischen den Konferenzen sicher und fördert die Zusammenarbeit und den Gedankenaustausch zwischen den Mitgliedern. Gestützt auf die revidierte Rahmenordnung über die Arbeitsweise der KdK und der Direktorenkonferenzen bezüglich der Kooperation von Bund und Kantonen (vgl. Ziff. 2.1.1) wurden im Berichtsjahr die Statuten der Organisation einer Gesamtrevision unterzogen. Dabei wurde insbesondere die bisher von einer separaten Kerngruppe,

welcher nur die im Haus der Kantone domizilierten Konferenzen angehörten, sichergestellte Fachkoordination in den ordentlichen Betrieb integriert. Das Ziel der Fachkoordination besteht darin, die Interessenvertretung der Kantone zu bündeln, um wenn immer möglich gegenüber dem Bund und der Öffentlichkeit geeint auftreten zu können. Der Sitzungsrhythmus wurde deshalb von halb- auf vierteljährlich erhöht.

Zu den Aufgaben der KoSeKo gehört auch die Organisation von Weiterbildungsveranstaltungen für ihre Mitglieder und die Mitarbeitenden der Konferenzen. Die Weiterbildungsveranstaltung vom 29. August 2012 war dem Thema „Zuwanderung: Herausforderungen für unsere Konferenzen“ gewidmet.

Politische Klausur KdK – Direktorenkonferenzen vom 16./17. Februar 2012

Seit 2008 finden auf Einladung der KdK politische Klausuren zwischen den Präsidien der Direktorenkonferenzen und der KdK statt. Der erste Teil der Präsidiumsklausur vom 16./17. Februar 2012 war dem gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausch über aktuelle Arbeitsschwerpunkte in Politikbereichen von gemeinsamem Interesse gewidmet. Im zweiten Teil wurden gemeinsame Schwerpunktthemen diskutiert.

Aktuelle gemeinsame Schwerpunktthemen sind die „Stärkung der Mitwirkung der Kantone in der Bundespolitik“ sowie die „Zuwanderung, Migration und Integration“. Während das erste Thema primär bei der KdK liegt, wurde zur Bearbeitung des zweiten Themas unter Federführung der KdK ein interkantonaler Stab bestehend aus den thematisch betroffenen Direktorenkonferenzen (BPUK, EDK, FDK, GDK, KKJPD, SODK und VDK) eingesetzt (vgl. Ziff. 2.1.6).

Schliesslich wurde beschlossen, zusätzlich zur Frühjahrs-Klausur jeweils auch im Herbst ein halbtägiges Treffen durchzuführen, um sich über den Stand der Arbeiten in den gemeinsamen Schwerpunktthemen zu informieren. Ein solches Treffen fand erstmals am 12. November 2012 statt, das primär dem Thema „Zuwanderung, Migration und Integration“ gewidmet war.

Regionale Regierungskonferenzen

Die Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen sowie der Sekretär der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich trafen sich am 11. Juni und am 16. November 2012 mit dem Sekretariat der KdK zum gegenseitigen Informations- und Gedankenaustausch.

2.1.6 Weitere Schwerpunktthemen

Vermittlungsgesuch des Kantons Schwyz im Rahmen der Interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich

Im Zusammenhang mit der Kostenübernahme in einer Behinderteninstitution ersuchte der Kanton Schwyz um Einleitung eines informellen Vorverfahrens nach Art. 33 der Rahmenvereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich vom 24. Juni 2005 (IRV) unter Einbezug der Kantone Zürich und St. Gallen. Mit Schreiben vom 23. Februar 2012 eröffnete der Präsident der KdK das informellen Vorverfahren. Gestützt auf Art. 33 Abs. 1 IRV, zog er dazu im Einvernehmen mit den Parteien Herrn alt Bundesrichter Michel Féraud als Mediator bei. Nachdem das informelle Vorverfahren leider zu keiner Einigung geführt hatte, wurde am 16. Juli 2012 das förmliche Vermittlungsverfahren nach Art. 34 IRV eröffnet. Anlässlich der mündlichen Verhandlung vor der Interkantonalen Vertragskommission (IVK) einigten sich die Streitparteien am 7. Dezember 2012 auf einen Vergleich. Damit konnte das Verfahren erfolgreich abgeschlossen werden, ohne dass auf den Bund zurückgegriffen werden musste.

Interkantionaler Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI)

Der Bundesrat hat in seinem Bericht über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz im Jahre 2011 die Auswirkungen der Zuwanderung auf einzelne Politikbereiche, die sowohl in der Kompetenz des Bundes wie auch der Kantone liegen, aufgezeigt. Vor diesem Hintergrund sowie dem breiten Zuwanderungsdiskurs, den drei Volksinitiativen zur Begrenzung der Zuwanderung („Gegen Masseneinwanderung“, „Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung“ und „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“) und dem EU-Beitritt Kroatiens 2013 und der damit verbundenen Ausdehnung des Abkommens über die Freizügigkeit (FZA), hat die Politische Klausur der KdK und der Direktorenkonferenzen am 16./17. Februar 2012 zum Ausdruck gebracht, dass in diesem Schwerpunktthema eine vertiefte Diskussion zwischen Bund und Kantonen erforderlich ist. Insbesondere soll eine Versachlichung der öffentlichen Debatte angestrebt werden. Dies setzt eine enge Zusammenarbeit und Koordination der KdK und der betroffenen Direktorenkonferenzen voraus.

Zu diesem Zweck wurde eine kantonale Arbeitsgruppe Zuwanderung/FZA und Integration, bestehend aus VertreterInnen der FDK, VDK, EDK, SODK, GDK, KKJPD, BPUK und KdK, unter Federführung der KdK ins Leben gerufen. Im Hinblick auf ein kontinuierliches Zusammenwirken wurde vorgeschlagen, die Arbeitsgruppe als „Stab“ der betroffenen Generalsekretariate einzurichten und in „Interkantonaler Stab Zuwanderung, Migration und Integration“ umzubenennen.

Der Interkantonale Stab trifft sich regelmässig und diskutiert die Geschäfte im Bereich der Zuwanderung, Migration und Integration, um ein gemeinsames, interdisziplinäres Vorgehen sicherzustellen. Die Koordination der Arbeiten des Stabes obliegt der KdK. Die Federführung in den einzelnen Geschäften bleibt bei den jeweils zuständigen Konferenzen.

2.2 Weitere Aktivitäten

2.2.1 *Allgemeines*

20 Jahre KdK

Am 8. Oktober 2013 wird sich die KdK seit 20 Jahren für föderalismusrelevante Anliegen der Kantonsregierungen einsetzen. Die Plenarversammlung vom 30. September 2011 beschloss, das 20-jährige Bestehen der KdK mit verschiedenen Aktivitäten zu würdigen. Das Jubiläumsjahr 2013 soll nicht zuletzt genutzt werden, um der Öffentlichkeit die Vorzüge des föderalistischen Systems der Schweiz und der interkantonalen Zusammenarbeit aufzuzeigen.

Die Plenarversammlung verabschiedete am 16. Dezember 2011 ein Detailkonzept für die geplanten Jubiläumsaktivitäten. Ganz im Sinne des Föderalismus sollen die vier Plenarversammlungen im Jubiläumsjahr für einmal nicht in Bern, sondern dezentral in verschiedenen Regionen der Schweiz stattfinden: in Scuol (Kanton GR), in Appenzell und Teufen (Kantone AI/AR), in Genf (Kanton GE) und in Luzern (Zentralschweiz). Zum Gründungstag am 8. Oktober 2013 findet ein offizieller Festakt im Kultur-Casino Bern statt. Weiter ist die Publikation einer Jubiläumsschrift mit Gastbeiträgen aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft vorgesehen.

Monitoring-Bericht Föderalismus

An der Plenarversammlung der KdK vom 16. März 2012 konnte mit dem Monitoring-Bericht Föderalismus 2011 bereits der siebte vom Sekretariat der KdK und im Auftrag der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit erstellte Bericht zur Entwicklung des Föderalismus in der Schweiz verabschiedet werden. Inzwischen wurde beschlossen, die Berichterstattung neu in einen jährlichen und einen mehrjährigen Bericht aufzuteilen. Für den Mehrjahresbericht ist ein auf die alle drei Jahre stattfindenden nationalen Föderalismuskonferenzen abgestimmter Dreijahresrhythmus vorgesehen. Der Umfang der jährlichen Berichterstattung wird im Wesentlichen auf eine Analyse der Projekte und Vorhaben des Bundes und neu der Kantone, eine Aktualisierung des Standes der Interkantonalen Zusammenarbeit und eine Kurzbeurteilung der Entwicklung des Föderalismus aus Sicht der Kantone (Staatskanzleien) sowie der Sekretariate der KdK, der Direktorenkonferenzen und der regionalen Regierungskonferenzen reduziert. Mit der jährlichen Berichterstattung soll die zeitliche Nähe zum aktuellen Geschehen auf Bundesebene und in den Kantonen gewahrt werden, um allfällige Fehlentwicklungen rechtzeitig erkennen und allenfalls notwendige Sofortmassnahmen in die Wege leiten zu können.

Nationale Föderalismuskonferenz 2014

Die Plenarversammlung der KdK zog Ende 2011 eine durchwegs positive Bilanz der Dritten Nationalen Föderalismuskonferenz, welche am 26./27. Mai 2011 in Mendrisio (TI) stattgefunden hatte. Nach Rücksprache mit den bisherigen Konferenzpartner Bundesrat und Ständerat beschloss die Plenarversammlung vom 14. Dezember 2012, im Jahr 2014 erneut eine Nationale Föderalismuskonferenz durchzuführen. Mit der Durchführung dieser Vierten Nationalen Föderalismuskonferenz wurde der Kanton Solothurn beauftragt.

FoF/IFF: Internship Programm

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Föderalismus der Universität Freiburg (IFF) wurde im Berichtsjahr das im Jahre 2010 eingeführte Programm weitergeführt, bei dem im Rahmen so genannter „Internships“ ausgewählten Nachwuchskräften aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft in Entwicklungs- und Transformationsländern die Möglichkeit gegeben wird, ein sechswöchiges Praktikum in einer Kantonsverwaltung zu

absolvieren und einen funktionierenden föderalistischen Staat zu erleben. Die Praktika, welche im Berichtsjahr vom IFF finanziert wurden, finden jeweils im unmittelbaren Anschluss an die Sommeruniversität statt, die das IFF jährlich im August/September organisiert. Im Berichtsjahr konnten in vier Kantonen (ZH, BE, FR und AG) Praktika durchgeführt werden. Sämtliche kantonale Betreuer sowie die Praktikantinnen und Praktikanten äusserten sich wieder sehr positiv zu ihren Erfahrungen mit dem Praktikum.

Finanzbericht zu den Regierungs- und Direktorenkonferenzen 2011

Der von der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit jährlich zu erstellende Finanzbericht zu den Regierungs- und Direktorenkonferenzen gibt einen Überblick über die Finanzierung und Erträge, die Aufwände und deren Struktur sowie die personellen Kapazitäten der KdK und der Direktorenkonferenzen. Der Finanzbericht 2011 konnte von der Plenarversammlung der KdK am 14. Dezember 2012 zur Kenntnis genommen werden

2.2.2 Aussenpolitik

Neben zahlreichen weiteren Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vertretung der Interessen der Kantone in aussenpolitischen Fragen und den bereits an anderem Ort erwähnten Tätigkeiten, standen im Berichtsjahr insbesondere die nachfolgenden Aktivitäten im Vordergrund.

Europapolitik

Wie in den vergangenen Jahren nahmen Vertreter der verschiedenen Arbeitsgruppen der Begleitorganisation der KdK an den Sitzungen der Gemischten Ausschüsse in den Bereichen Personenfreizügigkeit sowie Land- und Luftverkehr teil. Daneben setzte die Begleitorganisation der KdK die allgemeine Beobachtung und Analyse der Weiterentwicklung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU fort.

Weitergeführt wurde auch die Begleitung der Weiterentwicklungen von Schengen/Dublin sowie – in Zusammenarbeit mit der KKJPD – die Vorbereitung der Umsetzung dieser Weiterentwicklungen in den Kantonen. Vertreter der

Begleitorganisation Schengen/Dublin der KdK (BOSD) nahmen im Berichtsjahr wiederum an zahlreichen Sitzungen der zuständigen Arbeitsgruppen der EU in Brüssel teil, an welchen Weiterentwicklungen des Schengen/Dublin-Besitzstands erarbeitet wurden.

Zusammen mit der EnDK begleitete das Sekretariat der KdK weiter die im November 2007 aufgenommenen Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen im Elektrizitätsbereich.

Kantonale Unternehmensbesteuerung

Die Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiterhin die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Kontroverse mit der EU in Bezug auf gewisse kantonale Steuerregelungen. Sie beteiligte sich zusammen mit den zuständigen Stellen des Bundes an der Festlegung der Schweizer Position in dieser Frage und bereitete die diesbezüglichen politischen Beschlüsse der zuständigen Gremien von FDK und KdK vor.

Freihandelsabkommen mit Staaten ausserhalb der EU

Die Arbeitsgruppe Dienstleistungen der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiter die intensivierte Bemühungen des Bundes im Hinblick auf den Abschluss von Freihandelsabkommen mit Drittstaaten ausserhalb der EU, sei es bilateral oder im Rahmen der EFTA. In Zusammenarbeit mit dem SECO wurde zudem ein Seminar zur Interpretation der im Rahmen von solchen Freihandelsabkommen zu verhandelnden Verpflichtungslisten im Dienstleistungsbereich durchgeführt.

WTO/GATS

Im Berichtsjahr verfolgte das Sekretariat der KdK weiterhin die Entwicklungen im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen. Besonders verfolgt wurden hier die Diskussionen über ein allfälliges neues plurilaterales Abkommen im Dienstleistungsbereich.

Universal Periodic Review zu den Menschenrechtsempfehlungen

Der UNO-Menschenrechtsrat in Genf prüft in regelmässigen Abständen die allgemeine Situation der Menschenrechte in den Mitgliedstaaten der UNO. Zu diesem Zweck verfasst der betroffene Staat einen Bericht, der anschliessend vor dem Menschenrechtsrat vorgestellt wird. Gestützt auf diesen Bericht, Zusatzberichte von Nichtregierungsorganisationen (NGO) sowie die jeweiligen Diskussionen anlässlich der Präsentation des Berichts, erlässt der Menschenrechtsrat Empfehlungen zuhanden des betroffenen Staates. Der betroffene Staat kann zu diesen Empfehlungen Stellung nehmen und diese annehmen oder ablehnen.

Am 8. Mai 2008 hat die Schweiz ihren ersten Bericht präsentiert. Im Rahmen der zweiten Überprüfung der Menschenrechtslage in der Schweiz hat die Bundesverwaltung einen zweiten Bericht erstellt, welcher am 4. Juli 2012 vom Bundesrat verabschiedet wurde.

Da die Verantwortung für die Umsetzung von Pflichten im Bereich der Menschenrechte in der Schweiz auch bei den Kantonen liegt, laufen seit geraumer Zeit Bemühungen, die Kantone besser in die Prozesse zur Überprüfung der Menschenrechtslage in der Schweiz einzubeziehen. Aufgrund der seitens des Bundes vorgegebenen zu knappen Fristen war es leider auch bei der Erstellung des erwähnten zweiten Schweizer Staatenberichts nicht möglich, vorgängig eine Konsultation der Kantone durchzuführen.

Auf Wunsch des Bundes hat die KdK hingegen den vom Bundesrat am 4. Juli 2012 verabschiedeten Bericht mit Schreiben vom 31. August 2012 den Kantonsregierungen zur Kenntnis gebracht. Am 29. Oktober 2012 wurde der vom Bundesrat verabschiedete Bericht vor dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf vorgestellt. Die Schweizer Delegation wurde dabei vom Vorsteher des EDA geleitet; die Kantone waren in der Delegation durch das Sekretariat der KdK vertreten. Anlässlich der Präsentation wurden insgesamt 140 Empfehlungen an die Schweiz gerichtet; die Kantone sind von 53 dieser Empfehlungen direkt oder indirekt betroffen.

Am 31. Oktober 2012 hat die Schweizer Delegation in Genf nach Konsultation der Sekretariate der KdK sowie der betroffenen Direktorenkonferenzen (KKJPD, EDK, SODK und GDK) 50 Empfehlungen angenommen, 4 abgelehnt und die übrigen Empfehlungen (86) zur vertieften Prüfung zurückgestellt.

Mit Schreiben vom 15. November 2012 haben das EDA und das EJPD die KdK offiziell eingeladen, bis zum 1. Februar 2013 zu den noch offenen Empfehlungen Stellung zu nehmen.

2.2.3 *Innenpolitik*

Folgearbeiten zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Das Sekretariat der KdK ist als Beobachter in der paritätisch zusammengesetzten Fachgruppe Wirksamkeitsbericht vertreten, welche die Erarbeitung des 2. NFA-Wirksamkeitsberichts des Bundesrats begleitet. Im Rahmen dieses Berichts wurde im Herbst 2012 bei den Kantonsregierungen eine Umfrage zu den Themenkreisen Interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich, Erfahrungen mit der Aufgabenteilung, allgemeine Erfahrungen mit Programmvereinbarungen sowie anderen Themen mit NFA-Bezug durchgeführt. Die Auswertung der Umfrage erfolgt im Februar 2013.

NFA-Controlling: Geschäftslisten, Parlamentsberichterstattung

Das NFA-Controlling, d.h. die Überwachung der Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz sowie des Einsatzes der neuen Zusammenarbeitsformen beim Vollzug von Bundesaufgaben durch die Kantone, gehört zu den Daueraufgaben der KdK. Anhand der von der Kerngruppe Fachkoordination der KoSeKo (vgl. Ziff. 2.1.5) bearbeiteten Geschäftslisten werden die neuen Vernehmlassungs- und Gesetzesvorlagen des Bundes systematisch analysiert. Die Geschäftslisten werden dem Leitenden Ausschuss der KdK sowie den Kantonsregierungen vierteljährlich zur Kenntnis gebracht. Über die Beratung der Geschäfte in den eidgenössischen Räten wird jeweils im Anschluss an die Sessionen eine Parlamentsberichterstattung erstellt. Im Berichtsjahr wurde das Projekt der Einrichtung einer webbasierten, interaktiven Geschäftsdatenbank gestartet.

Vernehmlassung der EDK zum Hochschulkonkordat

Im Rahmen der Vernehmlassung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat die KdK vertiefte Abklärungen zu den Themenkreisen Inkrafttreten des Konkordats, unterschiedliche Definition der Zusammensetzung der Plenarversammlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz im Bundesgesetz über

die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) und im Hochschulkonkordat sowie zum Verhältnis von Art. 8 der Zusammenarbeitsvereinbarung zu Art. 55 BV vorgenommen. Die Erwägungen der EDK zu diesen Themenkreisen und die Ausführungen von Prof. Ehrenzeller (St. Gallen) zur Frage des Inkrafttretens des Hochschulkonkordats wurden der Plenarversammlung der KdK am 14. Dezember 2012 abschliessend zur Kenntnis gebracht.

Pa.Iv. 10.440. Verbesserung der Organisation und der Verfahren des Parlamentes: Verfahren bei Standesinitiativen, Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens

Im Rahmen der Vernehmlassung hatte sich die KdK klar gegen die in der Vorlage zur Parlamentarischen Initiative 10.440 vorgeschlagene Einschränkung der Standesinitiative auf die Form eines ausgearbeiteten Vorentwurfs eines Erlasses ausgesprochen. Ende 2011 wurde bei den Staatskanzleien eine Umfrage zu den Möglichkeiten einer Aufwertung des Instruments der Standesinitiative durchgeführt. Die Umfrageergebnisse bestätigten die unterschiedliche Praxis des Einsatzes des Instruments der Standesinitiative in den einzelnen Kantonen und zwar sowohl bezüglich der Abläufe als auch der Zielsetzungen und des dem Instrument zugewiesenen Stellenwerts. Falls hier ein Handlungsbedarf bejaht würde, müssten entsprechende Empfehlungen an die Kantone von den Kantonsregierungen über die KdK ausgearbeitet und beschlossen werden. Im Weiteren bestätigte die Umfrage die Unterstützung der Einführung einer Begründungspflicht durch die Kantone. Aus Sicht einer Mehrheit der Staatskanzleien bestand kein dringender Handlungsbedarf für Optimierungsmassnahmen. Die Ergebnisse der Umfrage wurden den staatspolitischen Kommissionen zur Kenntnis gebracht. Die Beratung der Vorlage ist noch nicht abgeschlossen. Aufgrund der Ablehnung der Einschränkung des Instruments der Standesinitiative durch den Nationalrat darf davon ausgegangen werden, dass diese nicht eingeführt werden wird.

Vernehmlassung zur Revision des Vernehmlassungsgesetzes (VIG)

Am 21. November 2012 beauftragte der Bundesrat die Bundeskanzlei, das Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Vernehmlassungsgesetzes (VIG) zu eröffnen. Zunächst lief die Vernehmlassungsfrist bis zum 8. März 2013. Auf Antrag der KdK wurde sie schliesslich um einen Monat bis zum 8. April 2013 verlängert. Diese

Revision erfolgt im Anschluss an eine Evaluation der Praxis des Bundes im Bereich der Anhörungs- und Vernehmlassungsverfahren. Diese war Gegenstand des Berichts der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle vom 9. Juni 2011 und anschliessend des Berichts der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates vom 7. September 2011 (BBl 2012 2351 und Anhang S. 2361). Im Entwurf für die Revision des VIG, der in die Vernehmlassung gegeben wurde, wurden jene der im letzteren Bericht enthaltenen Empfehlungen übernommen, welche vom Bundesrat genehmigt worden waren.

Die Revision des VIG ist für die Kantone insbesondere im Zusammenhang mit der Problematik der zu kurzen Fristen und der Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone von grosser Bedeutung. Deshalb hat der Leitende Ausschuss entschieden, im Rahmen der KdK eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zu erwirken. Im Anschluss an die Plenarversammlung vom 14. Dezember 2012 wurde den Kantonsregierungen noch am gleichen Tag ein erster Entwurf für eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zugesandt. Die Bereinigung und Verabschiedung der gemeinsamen Stellungnahme ist im ersten Quartal 2013 geplant.

E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz

Ende 2011 stimmte die Plenarversammlung der revidierten Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit Bund – Kantone für die Jahre 2012–2015 zu. Zentrales neues Element der revidierten Rahmenvereinbarung ist ein Aktionsplan, in dessen Rahmen ausgewählte priorisierte Vorhaben durch finanzielle Beiträge unterstützt werden können. Der Gesamtumfang dieser finanziellen Beiträge beträgt jährlich max. 2,4 Millionen Franken, die paritätisch von Bund und Kantonen getragen werden. Der Steuerungsausschuss, in welchen die KdK drei kantonale Vertreter delegiert, hat u.a. die Aufgabe, diesen Aktionsplan inklusive die Verteilung der Finanzmittel zu beschliessen. Im Jahr 2012 fanden drei Sitzungen des Steuerungsausschusses statt.

Bundesstab ABCN

Um die Einsatzorganisation zur Bewältigung von Ereignissen nationaler Tragweite zu verbessern, verabschiedete der Bundesrat 2010 die neue Verordnung über die Organisation von Einsätzen bei ABC- und Naturereignissen. Die Führung auf Stufe Bund wurde in Form eines Bundesstabes für ABCN-Ereignisse (BST ABCN) vereinheitlicht, in dem rund 20 Bundesstellen zusammengeführt sind. Zur Sicherstellung der Koordination

mit den Kantonen nehmen die KdK sowie verschiedene Direktorenkonferenzen (EnDK, GDK, KKJPD und RK MZF) im BST ABCN Einsitz.

Im Berichtsjahr standen die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Erdbebenübung „SEISMO 12“ im Zentrum. Neben dem BST ABCN waren mehrere Stäbe der Schweizer Armee, die Führungsstäbe der Kantone AG, BL, BS und SO sowie Stäbe der benachbarten deutschen und französischen Verwaltungseinheiten in SEISMO 12 involviert. Das Szenario basierte auf dem mittelschweren Basler Erdbeben von 1356. Darüber hinaus wurden u.a. das Einsatzkonzept für den BST ABCN und eine Bewältigungsstrategie für einen KKW-Unfall im Inland erarbeitet.

Grundsätze Zusammenarbeit Bund – Kantone in der spezifischen Integrationsförderung: Umsetzung

Im November 2011 verabschiedeten der Bundesrat und die Kantonsregierungen Grundsätze der zukünftigen Zusammenarbeit Bund – Kantone in der spezifischen Integrationsförderung. Diese sehen vor, dass die Kantone aufgrund einer Bedarfsanalyse sämtliche Bereiche der spezifischen Integrationsförderung in einem kantonalen Integrationsprogramm (KIP) zusammenfassen. Zur Regelung der Zusammenarbeit wird der Bund per 1. Januar 2014 mit den Kantonen neu vierjährige Programmvereinbarungen gemäss Art. 20a SuG abschliessen. Bund und Kantone haben sich darauf geeinigt, dass zukünftig für die spezifische Integrationsförderung jährlich rund 112 Mio. Franken zur Verfügung stehen.

Das BFM und das Sekretariat der KdK haben eine gemeinsame Projektorganisation eingesetzt, um die Umsetzung der Grundlagendokumente und die Vorbereitung der Programmvereinbarungen zu begleiten und die Entwicklung der KIP in den Jahren 2012/2013 zu unterstützen. Ende Februar 2012 fand in Bern mit den auf operativer Ebene für die Entwicklung der KIP zuständigen kantonalen Fachleuten eine Kick off-Veranstaltung statt.

Mit Rundschreiben vom 15. Juni 2012 informierte das BFM die Kantone, dass per 31. Dezember 2012 eine Voreingabe der KIP eingereicht werden müsse. Ziel der Voreingabe ist es, Probleme, Lücken und Risiken im Hinblick auf den Abschluss einer Programmvereinbarung Bund - Kanton frühzeitig zu erkennen. Die Voreingabe dient den Kantonen und dem BFM als Planungsinstrument und gibt Hinweise für die Ausgestaltung des Rundschreibens zur Eingabe der Programmvereinbarung. Ende 2012 haben 25 Kantone ihre Voreingaben eingereicht.

Eine erste Sichtung der KIP-Entwürfe hat gezeigt, dass die gemeinsam erarbeiteten strategischen Programmziele in allen Kantonen zu einer Konsolidierung oder gar Aufwertung der spezifischen Integrationsförderung führen. Die Regelstrukturen sowie die Gemeinden wurden gut einbezogen, die Integrationsförderung ist politisch breit abgestützt.

Rückmeldung zum Zuwanderungsbericht des Bundes

Am 22. Mai 2012 lud das Bundesamt für Migration das Sekretariat der KdK im Rahmen der Ämterkonsultation ein, zum Entwurf des bundesrätlichen Berichts über die Freizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz auf technischer Ebene Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme wurde in der Folge mit den Generalsekretariaten der BPUK, EDK, FDK, GDK, KKJPD, SODK und VDK abgesprochen. Die Zielsetzung des Bundesrates, eine möglichst umfassende Analyse der Auswirkungen der Zuwanderung vorzulegen, wurde von allen Konferenzsekretariaten grundsätzlich begrüsst. Der vorgelegte Berichtsentwurf vermochte dennoch nicht zu überzeugen, da die Analyse und die jeweiligen Schlussfolgerungen (Handlungsbedarf) insgesamt zu vage formuliert waren. Zudem wurden die vielfältigen Auswirkungen auf die kantonale und kommunale Ebene im Bericht grösstenteils ausgeblendet. Die Konferenzsekretariate regten deshalb an, auf der Ebene der Schlussfolgerungen klarer aufzuzeigen, in welchen Politikbereichen aufgrund der Zuwanderung effektiv ein spezifischer Handlungsbedarf besteht. Zudem sollte der jeweilige Handlungsbedarf nach Möglichkeit weiter konkretisiert werden.

Gesamtschweizerisches Präventionsprogramm Jugend und Gewalt

Mit dem auf fünf Jahre ausgerichteten gesamtschweizerischen Präventionsprogramm „Jugend und Gewalt“ haben sich Bund, Kantone, Städte und Gemeinden auf eine Zusammenarbeit bei der Prävention und der Bekämpfung von jugendlichem Gewaltverhalten verständigt. Zur strategischen Steuerung der Programmaktivitäten wurde eine tripartit zusammengesetzte Steuergruppe eingesetzt, in die auch das Sekretariat der KdK Einsitz nimmt. 2012 wurde eine von einem externen Forschungsbüro erstellte Übersicht über die bestehenden Präventionsstrategien, -massnahmen sowie -strukturen in den Kantonen, Städten und Gemeinden vorgelegt. Entsprechende Kurzportraits aller Kantone sowie von ausgewählten Städten und Gemeinden können auf der Programmwebsite www.jugendundgewalt.ch eingesehen

werden. Seit März 2012 stellt das Programm Jugend und Gewalt ausserdem in den drei Sprachregionen kostenlos einen Beratungsservice für Fachpersonen aus den Bereichen Familie, Schule und Sozialraum zur Verfügung. Am 4. September 2012 schliesslich fand in Biel das dritte Treffen der kantonalen und kommunalen Ansprechstellen Jugend und Gewalt statt. Themen waren die Entwicklung des jugendlichen Gewaltverhaltens in der Schweiz sowie konkrete kantonale und kommunale Beispiele aus der Präventionsarbeit.

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Der Bundesrat, die Konferenz der Kantonsregierungen, der Schweizerische Städteverband und der Schweizerische Gemeindeverband haben Ende 2011 beschlossen, die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) fortzusetzen. Im Hinblick auf die Fortsetzung der TAK war auch eine Klärung des Verhältnisses zwischen den Gremien der KdK und der kantonalen Delegation in der TAK angezeigt, weshalb die Plenarversammlung der KdK am 30. September 2011 ein neues Nominations- und Mandatierungsverfahren für die TAK-Delegation der Kantone verabschiedete. Auf Grundlage dieses Verfahrens wurde Anfang 2012 die kantonale TAK-Delegation neu bestimmt.

Mit dem Projekt „Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik“ wollen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden in einem gemeinsamen Prozess im Rahmen der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) eine gesamtschweizerische und ganzheitliche Strategie zur Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik erarbeiten. Die drei staatlichen Ebenen sollen sich anschliessend bei der Gestaltung ihrer jeweiligen Agglomerationspolitik an dieser tripartiten Strategie orientieren können. An der TAK vom 2. November 2012 fand eine erste politische Diskussion zu den vorgeschlagenen thematischen Schwerpunkten für die Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik statt. Zur Vorbereitung der kantonalen Haltung für diese Diskussion hat das KdK-Sekretariat bei den Mitgliedern der TAK-Delegation sowie den betroffenen Direktorenkonferenzen eine Umfrage durchgeführt.

2.2.4 *Mandate*

Geschäftsstelle der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK)

Auf Grundlage der „Vereinbarung zwischen dem Bund, den Kantonen, sowie Städten und Gemeinden vom 30. Dezember 2011 zur Fortsetzung der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK)“ schlossen das Bundesamt für Raumentwicklung, die Konferenz der Kantonsregierungen, der Schweizerische Städteverband und der Schweizerische Gemeindeverband auf 1. Januar 2012 eine Leistungsvereinbarung über die Führung der Geschäftsstelle der TAK durch die KdK ab. Die Geschäftsstelle stellte die Vor- und Nachbereitung der TAK-Sitzungen vom 4. Mai und 2. November sowie die Sitzungen der Tripartiten Technischen Arbeitsgruppe (TTA) vom 15. März und 10. September sicher. In materieller Hinsicht bearbeitete die Geschäftsstelle folgende Schwerpunkte:

- Im Zentrum der Arbeiten der ersten Hälfte des Berichtsjahrs standen die Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit den neuen Projekten gemäss Arbeitsprogramm 2012-2015 der TAK, namentlich die Projekte „Weiterentwicklung Agglomerationspolitik“, „Einbezug ländlicher Raum in die tripartite Zusammenarbeit“, „Nachhaltige Siedlungsentwicklung“ sowie „Vernetzung der Akteure der Metropolitanräume“. In Zusammenarbeit mit tripartiten Ad-hoc-Arbeitsgruppen sowie der TTA wurden die entsprechenden Projektskizzen fertiggestellt und Ausschreibungsverfahren für externe Mandate durchgeführt. Die Geschäftsstelle bereitete zudem einen Beitrag des TAK-Präsidenten für die von der TAK mitgetragene Tagung „10 Jahre Agglomerationspolitik“ vom 28. Juni 2012 des Instituts für Raumentwicklung der Hochschule für Technik Rapperswil vor.
- In der zweiten Jahreshälfte stand die organisatorische und inhaltliche Begleitung des Projekts „Weiterentwicklung Agglomerationspolitik“ im Zentrum der Arbeiten der Geschäftsstelle. Die TAK führte als ersten Projektschritt im August 2012 ein breites Hearing zu den urbanen Herausforderungen und künftigen Themenfeldern in Form eines Workshops durch. Die Ergebnisse dieses Hearings wurden an der TAK vom 2. November 2012 politisch diskutiert und die vorgeschlagenen thematischen Prioritäten unterstützt. Erste inhaltliche Arbeiten wurden auch im Rahmen der Projekte „Einbezug ländlicher Raum in die tripartite Zusammenarbeit“, „Nachhaltige Siedlungsentwicklung“ sowie „Vernetzung der Akteure der

Metropolitanräume“ geleistet. Auch hier unterstütze die Geschäftsstelle die beauftragen externen Fachexperten in organisatorischer und fachlicher Hinsicht.

- Ein weiteres Schwerpunktthema der Geschäftsstelle war die Vorbereitung des Integrationsdialogs „Arbeitswelt“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration (BFM) und den Geschäftsstellen des SSV und des SGV. Dazu fanden auch diverse Vorgespräche mit Vertretungen der Dachverbände der Arbeitgeber, der Branchenverbände mit einem überdurchschnittlichen Anteil an ausländischen Arbeitskräften und der Arbeitnehmer statt. Am 30. Oktober 2012 trafen sich auf Einladung der TAK Exekutivvertreter aller drei staatlichen Ebenen mit hochrangigen Vertretern der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zu einem Integrationsdialog. Um die Integration von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu fördern, haben sich die Dialog-Teilnehmenden in drei Aktionsfeldern auf konkrete Ziele geeinigt. Weiter ist vorgesehen, den starken Impuls des Integrationsdialogs zwischen Staat und Wirtschaft von der nationalen auf die regionale Ebene weiterzutragen. Um innovative und erfolgreiche Beispiele breit bekannt zu machen und dazu zu motivieren, sich im Integrationsdialog zu engagieren, wurde eine Webseite eingerichtet (www.dialog-integration.ch).

Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten (KID)

Die Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten (KID) organisierte im Berichtsjahr insgesamt drei gesamtschweizerische Tagungen, zwei Vorstandssitzungen sowie eine Vorstandsretraite, wobei jeweils auch die inhaltliche Vor- und Nachbereitung zu ihren Aufgaben zählte. Zusätzlich nahm die Geschäftsstelle an 10 Regionalgruppentreffen in der ganzen Schweiz teil, wodurch der Informationsfluss zwischen den Regionen gefördert werden konnte.

Das Jahr 2012 stand ganz im Zeichen der Erarbeitung der Kantonalen Integrationsprogramme (KIP) 2014-2017. Im Rahmen der KID-Tagungen wurden die Integrationsdelegierten der Kantone vom Bundesamt für Migration (BFM) regelmässig über den Stand der Arbeiten und über die Erwartungen an die KIP orientiert. Zudem dienten die Tagungen dem Austausch zu konkreten Herausforderungen, die sich bei der Erarbeitung der KIP ergaben (Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden, Umsetzungsbeispiele, Formulierung von Indikatoren und Wirkungszielen). Ende 2012 konnten schliesslich 25 Kantone fristgerecht ihre KIP-Vorentwürfe einreichen.

Weitere wichtige Themen waren die Integration im Frühbereich, die „Neue Zuwanderung“ und die Entwicklung des Sprachförderkonzepts FIDE. Die KID verabschiedete ausserdem Stellungnahmen zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) sowie zur Anpassung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE).

Die KID-Geschäftsstelle nahm an verschiedenen Tagungen und Treffen teil und leistete dabei oft auch inhaltliche Inputs: Tagungen des BFM, der EKM, der TAK, der KoFI, Jahrestagung der Asylkoordinator/innen, Netzwerktreffen „Migration und Gesundheit“ des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und der kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung (VBGF) sowie Klausur der Geschäftsleitung des Verbands schweizerischer Arbeitsämter (VSAA).

03

3 Rechnung

Die Jahresrechnung 2012 der KdK schliesst bei einem Aufwand von CHF 3'236'736.30 mit einem Einnahmeüberschuss von CHF 59'263.70 ab, welcher gemäss Kostenverteiler dem Guthaben der Kantone zugewiesen wurde. Das Guthaben der Kantone erhöht sich dadurch auf CHF 929'338.03.

Die Revision der Jahresrechnung 2012 wurde am 17. April 2013 durch die Finanzkontrolle des Kantons Solothurn vorgenommen. Der Bericht der Revisionsstelle befindet sich im Anhang 5 dieses Berichts.

Jahresrechnung 2012 (revidiert)

	Rechnung 2012	Budget 2012	Rechnung 2011
Kantonsbeiträge	3'296'000.00	3'296'000	3'231'000.00
Beiträge TAK Bund und Gemeinden	316'189.41	347'000	42'438.65
Übrige Einnahmen	30'208.54	0	11'183.70
Entnahme aus Kostenverteiler		280'000	
Total Ertrag	3'642'397.95	3'923'000	3'284'622.35
Personal / Nebenkosten	2'600'762.17	2'789'000	2'471'288.93
Büromaterialien / Drucksachen	38'639.17	52'000	41'374.74
Räumlichkeiten / Infrastruktur	247'993.19	275'000	229'865.90
Dienstleistungen	43'522.49	48'000	38'937.10
Arbeitsgruppen / Projekte	486'555.03	545'000	254'165.41
Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)	154'284.05	200'000	70'731.07
Übrige Ausgaben	11'378.15	14'000	14'572.70
Total Aufwand	3'642'397.95	3'923'000	3'284'622.35
Einnahmeüberschuss	59'263.70	0	163'686.50
Guthaben Kantone 31.12.2012	929'338.03		

Kostenverteiler 2012

(gemäss Art. 14 der Vereinbarung vom 8.10.1993)

Kanton	Wohnbevölkerung Eidg. Volkszählung 2009	Schlüssel 2009	Kantons- beiträge 2012
Aargau	596'795	7.65%	252'143
Appenzell AR	52'681	0.68%	22'257
Appenzell IR	15'517	0.20%	6'556
Baselland	271'125	3.48%	114'549
Baselstadt	192'068	2.46%	81'148
Bern / Berne	979'554	12.56%	413'857
Fribourg / Freiburg	273'855	3.51%	115'702
Genève	453'674	5.82%	191'675
Glarus	38'259	0.49%	16'164
Graubünden / Grischun / Grigioni	194'753	2.50%	82'282
Jura	68'709	0.88%	29'029
Luzern	370'931	4.75%	156'716
Neuchâtel	172'263	2.21%	72'780
Nidwald	40'164	0.51%	16'969
Obwald	34'667	0.44%	14'647
St. Gallen	474'316	6.08%	200'396
Schaffhausen	75'691	0.97%	31'979
Schwyz	143'699	1.84%	60'712
Solothurn	252'083	3.23%	106'504
Thurgau	244'069	3.13%	103'118
Ticino	333'567	4.28%	140'930
Uri	34'772	0.45%	14'691

Kanton	Wohnbevölkerung Eidg. Volkszählung 2009	Schlüssel 2009	Kantons- beiträge 2012
Valais / Wallis	305'178	3.91%	128'936
Vaud	704'916	9.04%	297'823
Zug	111'151	1.42%	46'961
Zürich	1'366'821	17.52%	577'475
Total	7'801'278	100.00%	3'296'000

Einwohnerzahlen gemäss Wohnbevölkerung Bundesamt für Statistik

Table des matières

Introduction	51
--------------------	----

1	Organisation	53
1.1	Assemblée plénière.....	53
1.2	Bureau	55
1.3	Autres commissions politiques et groupes de travail techniques	55
1.4	Secrétariat	56

2	Activité.....	59
2.1	Axes prioritaires.....	59
2.1.1	<i>Assemblée plénière.....</i>	<i>59</i>
2.1.2	<i>Bureau.....</i>	<i>67</i>
2.1.3	<i>Prises de position</i>	<i>71</i>
2.1.4	<i>Collaboration Confédération – cantons.....</i>	<i>75</i>

2.1.5	<i>Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales</i>	78
2.1.6	<i>Autres thèmes cantonaux</i>	79
2.2	Autres activités	81
2.2.1	<i>Généralités</i>	81
2.2.2	<i>Politique extérieure</i>	83
2.2.3	<i>Politique intérieure</i>	85
2.2.4	<i>Mandats</i>	91

3 Comptes..... 94

Anhänge / Annexes..... 98

Introduction

En 2012, la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) a intensifié la collaboration avec ses partenaires, lui donnant même dans certains cas une nouvelle assise. La révision de la Réglementation-cadre sur la méthode de travail de la CdC et des Conférences des directeurs concernant la coopération de la Confédération et des cantons a été l'occasion de réglementer plus précisément les conditions de collaboration avec les conférences sectorielles et de régler, pour la première fois, l'attribution de la responsabilité des dossiers de manière formelle. Le Dialogue Europe s'est, quant à lui, imposé comme un organe de direction politique permanent, dédié au partage d'idées et d'informations en matière européenne entre la Confédération et les cantons. Compte tenu des enjeux institutionnels qui caractérisent les relations entre la Suisse et l'UE, l'importance d'une collaboration étroite Confédération-cantons en politique européenne n'est plus à démontrer. Les échanges réguliers aux plus hautes sphères de la politique doivent renforcer la compréhension et la confiance réciproques.

2012 aura également permis de clore des projets d'envergure : ainsi, le groupe de travail conjoint Confédération-cantons a présenté au printemps son rapport sur la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, qui pointe des faiblesses dans plusieurs domaines et propose 14 solutions pour améliorer la qualité réglementaire et l'application du droit fédéral. À l'occasion du Dialogue confédéral du 28 septembre dernier, le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux ont convenu d'engager la mise en œuvre de ces propositions, chacun dans son domaine de compétences. Fin décembre, le Projet de territoire Suisse a enfin vu le jour après sept ans de travail, pour être ensuite entériné par le Conseil fédéral, la CdC et les associations de communes. Le développement territorial suisse s'est doté ainsi du tout premier cadre d'orientation stratégique, élaboré et soutenu conjointement par tous les échelons de l'État.

L'exercice 2012 a également été placé sous le signe des relations futures entre la Suisse et l'Union européenne (UE). Lors de l'Assemblée plénière extraordinaire du 1er juin 2012, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune sur les propositions de solutions institutionnelles du Conseil fédéral à l'attention de l'UE.

Dans un même temps, la CdC a approuvé le projet de mandat sur le dialogue avec l'UE concernant les régimes fiscaux des entreprises, tout en demandant une association systématique et étroite des cantons. Conséquence du dialogue fiscal, la Confédération et les cantons ont mis en place l'organisation paritaire chargée de la 3e réforme de l'imposition des entreprises (RIE III), dans l'objectif de réformer le système d'imposition des entreprises pour qu'il réponde aux exigences de compétitivité et de financement des dépenses publiques et qu'il soit mieux accepté à l'échelle internationale.

D'importants jalons ont été posés dans le domaine de l'intégration des étrangers. L'ODM et la CdC œuvrent ensemble à la réalisation des programmes d'intégration cantonaux (PIC) et à la préparation des conventions-programmes. Dans leur prise de position du 16 mars 2012 sur la révision partielle de la loi fédérale sur les étrangers LEtr, les gouvernements cantonaux se sont félicités de la nouvelle orientation donnée à la promotion de l'intégration à la faveur de programmes cantonaux. Pour la première fois, la collaboration entre la Confédération et les cantons développée sur la base d'un partenariat dans le cadre de la RPT et de conventions-programmes en vertu de l'art. 20a LSu s'applique directement à une question de politique sociale. Rappelons enfin que l'Assemblée plénière a reconnu, l'an dernier, la nécessité d'améliorer sa communication politique, les efforts devant porter sur les principaux instruments de communication, le site internet et la plate-forme de communication (CUG).

Un grand merci à celles et à ceux qui ont soutenu la CdC et se sont engagés dans la défense des intérêts des cantons. Bonne lecture !



Pascal Broulis, conseiller d'État
Président général



Sandra Maissen
Secrétaire

01

1 Organisation

1.1 Assemblée plénière

L'organe de décision suprême de la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) est l'Assemblée plénière, qui se réunit à un rythme trimestriel. Chaque canton y délègue un membre de son gouvernement. Celui-ci règle lui-même les modalités de sa représentation au sein de la CdC. Pendant l'année sous revue, les membres de gouvernement ayant pris part aux séances de l'Assemblée plénière sont :

Canton Représentation

ZH	Regine Aeppli, conseillère d'État Ursula Gut-Winterberger, conseillère d'État
----	--

BE	Hans-Jürg Käser, conseiller d'État Christoph Neuhaus, conseiller d'État
LU	Yvonne Schärli-Gerig, conseillère d'État
UR	Heidi Z'graggen, conseillère d'État
SZ	Peter Reuteler, conseiller d'État Kurt Zibung, conseiller d'État
OW	Niklaus Bleiker, landammann
NW	Alois Bissig, conseiller d'État
GL	Christine Bickel, conseillère d'État
ZG	Matthias Michel, landammann
FR	Beat Vonlanthen, conseiller d'État
SO	Christian Wanner, landammann
BS	Guy Morin, président de gouvernement
BL	Sabine Pegoraro, présidente de gouvernement
SH	Reto Dubach, président de gouvernement
AR	Jürg Wernli, conseiller d'État
AI	Daniel Fässler, landammann
SG	Karin Keller-Sutter, présidente de gouvernement Benedikt Würth, conseiller d'État
GR	Barbara Janom-Steiner, conseillère d'État
AG	Roland Brogli, conseiller d'État
TG	Claudius Graf-Schelling, conseiller d'État
TI	Norman Gobbi, conseiller d'État
VD	Pascal Broulis, conseiller d'État
VS	Jean-Michel Cina, président de gouvernement Maurice Tornay, conseiller d'État
NE	Jean Studer, conseiller d'État Thierry Grosjean, conseiller d'État
GE	Pierre-François Unger, conseiller d'État Charles Beer, conseiller d'État
JU	Elisabeth Baume-Schneider, ministre Charles Juillard, ministre

1.2 Bureau

Le Bureau est l'organe exécutif de la CdC. Les neufs représentants qui le composent sont issus de toutes les régions ; ils se chargent de la préparation des dossiers de l'Assemblée plénière. Selon le règlement de la CdC du 20 mars 2009, ont le droit d'être représentés au sein du Bureau la Suisse romande (au moins deux sièges), italienne et rhéto-romanche, la Suisse orientale, du Nord-Ouest et centrale ainsi que les cantons de Berne et Zurich. Durant l'année sous revue, le Bureau de la CdC était composé comme suit :

Canton / Conférence gouvernementale	Représentation
VD / CGSO	Pascal Broulis, président
BE	Hans-Jürg Käser, conseiller d'État, vice-président
ZH	Regine Aeppli, conseillère d'État
ZG / ZRK	Matthias Michel, landammann
AG / NWRK	Roland Brogli, conseiller d'État
AI / ORK	Daniel Fässler, landammann
GR	Barbara Janom Steiner, conseillère d'État, depuis le 16.03.2012
TI	Norman Gobbi, conseiller d'État
FR / CGSO	Beat Vonlanthen, conseiller d'État

1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques

Outre ces deux organes principaux, la CdC compte un nombre considérable de commissions et de groupes de travail chargés de certains dossiers ou mandats. Leur composition est détaillée à l'annexe 2 du présent rapport. La liste des délégations de la CdC au sein d'organes ou groupes de travail nationaux ou internationaux se trouve à l'annexe 3.

1.4 Secrétariat

En vertu de la Convention sur la CdC, la conférence dispose d'un secrétariat permanent. Lors de l'assemblée constituante de la CdC, la gestion du secrétariat a été confiée en mandat à la Fondation ch pour la collaboration confédérale, qui avait aussi pris une part déterminante à la création de cette institution. La Fondation ch gère donc le Secrétariat de la CdC et sa directrice, Sandra Maissen, assume simultanément la fonction de secrétaire générale de la conférence.

L'effectif du Secrétariat de la Conférence des gouvernements cantonaux comprenait au 31 décembre 2012 26 collaborateurs pour un total de 20.7 équivalents plein temps. Le Secrétariat de la Conférence des gouvernements cantonaux occupe 23 personnes à la Maison des cantons à Berne et 3 personnes au Secrétariat de la Fondation ch à Soleure. Les collaborateurs des Services généraux assument des tâches aussi bien pour le Secrétariat CdC qu'en lien avec l'exploitation de la Maison des cantons. Dans le domaine CdC Politique intérieure, un nouveau poste à plein temps s'est créé en vue notamment de la poursuite des activités du Secrétariat de la CTA. L'organigramme de la CdC se trouve à l'annexe 1 du rapport.

Effectif au 31.12.2012

Secrétaire générale

- Sandra Maissen

Personnel

- Beatrice Müller, responsable

Finances

- Monika Zanon, responsable
- Rosmarie Bäumlér, spécialiste en finances et comptabilité (depuis le 01.07.2012)

Services généraux / Exploitation de la Maison des cantons

- Martin Rosenfeld, chef de service
- Patrick Bergen, traducteur
- Christine Bonvin, traductrice
- Daniel Bühler, informaticien
- Manuela Furrer, collaboratrice Secrétariat CdC
- Giorgia Genetelli, stagiaire (depuis le 13.08.2012)
- Silvia Graf, collaboratrice Réception MdC
- Jolanda Harisberger, collaboratrice Secrétariat MdC/CdC (depuis le 21.08.2012) ; suppléante poste vacant de responsable du Secrétariat MdC/CdC
- Pascale Prisset, responsable Service linguistique (depuis le 01.09.2012)
- Céline Randier, traductrice

CdC Politique extérieure

- Roland Mayer, chef de service, secrétaire général suppléant CdC
- Ursula Blumer, chargée d'information des cantons au Bureau de l'intégration DAE/DFAE)
- Réto Gasser, représentant des cantons auprès du DFJP
- Roland Krimm, chargé d'information des cantons près la Mission de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles
- Monika Tschumi, collaboratrice scientifique, suppléante de la chargée d'information des cantons au Bureau de l'intégration DAE/DFAE (depuis le 01.09.2012)

CdC Politique intérieure / Coordination

- Thomas Minger, chef de service
- Nicole Gysin, collaboratrice scientifique, suppléante du chef de service
- Nadine Eckert, collaboratrice scientifique
- Carmen Grand, collaboratrice scientifique (depuis le 01.07.2012)
- Aline Masé, stagiaire (depuis le 01.02.2012)
- Christine Winkelmann, collaboratrice scientifique
- Mandats ponctuels / Projets
- Walter Moser, Service RPT

Départs en cours d'année

Finances

- Judith Stephani, spécialiste en finances et comptabilité (jusqu'au 31.03.2012)

Services généraux / Exploitation de la Maison des cantons

- Daniel Boschung, informaticien (jusqu'au 29.02.2012)
- Susanna Bürki, responsable Secrétariat MdC/CdC (jusqu'au 31.08.2012)
- Nadia Monaco, traductrice (jusqu'au 31.01.2012)
- Alice Pons, stagiaire (jusqu'au 13.02.2012)
- Arnaud Rouge, stagiaire (jusqu'au 09.08.2012)

CdC Politique extérieure

- Felix Imhof, collaborateur scientifique, suppléant de la chargée d'information des cantons au Bureau de l'intégration DAE/DFAE (jusqu'au 31.05.2012)

CdC Politique intérieure / coordination

- Till Hirsekorn, stagiaire scientifique (jusqu'au 31.01.2012)

Anniversaires d'entrée en service

Beatrice Müller, 20 ans

Roland Krimm, 10 ans

Walter Moser, 10 ans

02

2 Activité

2.1 Axes prioritaires

2.1.1 Assemblée plénière

Au cours de l'exercice, l'Assemblée plénière s'est réunie en séance ordinaire les 16 mars, 22 juin, 28 septembre et 14 décembre et le 1^{er} juin en séance extraordinaire. Outre ses prises de position sur plusieurs thématiques (voir ch. 2.1.3), l'Assemblée plénière a également traité en 2012 une série de dossiers-clés, à savoir :

Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons

Au cours de cet exercice, le groupe de travail commun Confédération-cantons chargé de mettre au point des propositions visant à améliorer la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons a présenté son rapport final lors de l'Assemblée plénière et du Dialogue confédéral du 16 mars 2012. Le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux ont salué les mesures proposées et ont décidé que chacun assurerait la mise en œuvre de ces mesures dans son domaine.

L'Assemblée plénière, lors de sa séance du 28 septembre 2012, a décidé d'intégrer les principales mesures concernant les cantons dans la Réglementation-cadre sur la méthode de travail de la CdC et des Conférences des directeurs concernant la coopération de la Confédération et des cantons. Elle a ainsi amélioré la participation des cantons au processus législatif fédéral par le biais des conférences politiques.

L'Assemblée plénière a également décidé de renforcer le réseau existant de responsables cantonaux en matière de législation. Une première séance exploratoire du réseau aura lieu en 2013. Finalement, les cantons ont entrepris l'élaboration d'un nouveau concept de monitoring du fédéralisme, afin notamment de mieux mettre en évidence les affaires soulevant des questions de mise en œuvre du droit fédéral.

Lors du Dialogue confédéral du 28 septembre 2012, l'état d'avancement des travaux de part et d'autre a été salué. Il a en outre été convenu d'assurer le suivi des mesures sur la base d'un document commun, et de faire un point de situation sur l'état d'avancement du dossier lors du Dialogue confédéral de l'automne 2013.

Le 25 octobre 2012, la Commission des institutions politiques du Conseil des États (CIP-CE) a auditionné une délégation des cantons concernant les propositions du groupe de travail touchant le Parlement. Suite à cette séance, la CIP-CE a déposé une initiative parlementaire intitulée «mise en œuvre du droit fédéral par les cantons» (no 12.486), par laquelle elle a décidé d'élaborer des propositions visant à améliorer la participation des cantons à la procédure législative parlementaire, et d'examiner les propositions formulées dans le rapport du groupe de travail du 13 février 2012, pour peu que la CIP-CN la suive dans ses conclusions.

Révision de la Réglementation-cadre CdC – Conférences des directeurs

La Réglementation-cadre sur la méthode de travail de la CdC et des conférences des directeurs concernant la coopération entre la Confédération et les cantons règle la collaboration entre la CdC et les conférences des directeurs et celle des cantons avec la Confédération. La Réglementation-cadre, dont le dernier remaniement remonte à 2006, a subi une refonte complète issue d'une collaboration entre la CdC et les conférences des directeurs. Plus concise et partiellement restructurée, cette version remaniée spécifie formellement une pratique appliquée avec succès depuis plusieurs années déjà en matière d'attribution de la responsabilité des dossiers aux conférences sectorielles et intègre les conclusions pertinentes pour les cantons établies par le groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons. La version finalisée a été adoptée le 28 septembre 2012 par l'Assemblée plénière de la CdC.

Programme de législature 2011 – 2015

Depuis 2011 déjà, les gouvernements cantonaux, via la CdC, ont eu une part active à l'élaboration du Programme de législature 2011-2015. Lors d'une discussion au niveau gouvernemental à la fin septembre 2012, ils ont notamment exposé au Conseil fédéral leurs attentes à l'égard des orientations et mesures (législatives) prioritaires. Les requêtes des cantons ont été relativement bien intégrées dans le message sur le programme de législature 2011-2015, adopté début 2012 par le Conseil fédéral à l'attention des Chambres fédérales.

Par la suite, la CdC s'est impliquée dans les débats parlementaires. Pour l'examen préalable du programme de législature, le Conseil national et le Conseil des États avaient institué chacun une commission spéciale (CPL). Celles-ci ont convié les cantons à participer à la large audition qu'elles ont menée conjointement le 23 février 2012. La délégation cantonale a exposé aux deux commissions les attentes des cantons à l'égard du programme de législature de la Confédération. Les principales requêtes des cantons ont encore été soumises par écrit aux commissions spéciales.

Le résultat des délibérations au Conseil national et au Conseil des États peut être qualifié dans l'ensemble de positif du point de vue des cantons. La plupart des amendements proposés par la CdC ont été intégrés par les deux Conseils à l'arrêté fédéral sur le programme de législature 2011-2015. Mentionnons en particulier la mesure exigée par les cantons selon laquelle le développement des relations avec l'UE

va de pair avec des réformes internes visant à renforcer le droit de participation des cantons.

Politique extérieure

Propositions du Conseil fédéral concernant une nouvelle organisation institutionnelle des futures relations avec l'UE

Le 20 mars 2012 s'est tenue à Bruxelles une rencontre en haut lieu entre une délégation du Conseil fédéral emmenée par la présidente de la Confédération Widmer-Schlumpf et des responsables des institutions européennes. À cette occasion, l'UE s'est déclarée disposée à examiner l'approche proposée par le Conseil fédéral concernant le développement des relations mutuelles et la poursuite de la voie bilatérale sectorielle, moyennant une proposition concrète de la part de la Suisse sur la question institutionnelle. Pour sa part, la Suisse a déclaré qu'elle entendait présenter un projet dans ce sens dans les semaines suivantes, après avoir procédé à des consultations internes, notamment auprès des cantons.

Partant d'éclaircissements informels sur la feuille de route prévue par la Confédération, le Bureau de la CdC a décidé le 16 avril 2012 par voie de circulation de convoquer une Assemblée plénière extraordinaire afin d'adopter une prise de position sur les propositions de solution institutionnelles avancées par le Conseil fédéral. Le 17 avril 2012, le Conseil fédéral acceptait le délai de consultation proposé par les cantons avant d'adopter le 25 avril 2012 les propositions de solution institutionnelles. Au 1^{er} juin 2012, les gouvernements cantonaux se réunissaient pour une assemblée plénière extraordinaire de la CdC.

Suite à une consultation écrite des gouvernements cantonaux, l'Assemblée plénière de la CdC adoptait à cette occasion une position commune sur les propositions du Conseil fédéral.

Convention avec le Conseil fédéral concernant l'instauration d'un Dialogue Europe

À l'occasion d'un échange qui s'est tenu le 9 mars 2012 portant sur la politique européenne, la délégation du Conseil fédéral proposait d'instaurer un Dialogue Europe

régulier avec les cantons. Dans le cadre de l'Assemblée plénière de la CdC du 16 mars 2012, la délégation de la CdC a été habilitée à signaler son accord au Conseil fédéral moyennant certaines conditions.

Les décisions arrêtées par l'Assemblée plénière ont été portées à la connaissance du Conseil fédéral à l'occasion du Dialogue confédéral du 16 mars 2012. Le 17 avril 2012, le projet de convention a pu être finalisé au niveau politique suite à une nouvelle rencontre entre une délégation de la CdC et une délégation du Conseil fédéral. À l'issue de cette séance, la finalisation du texte a été assurée au niveau technique puis paraphée. À sa séance du 10 mai 2012, le Bureau de la CdC a approuvé le texte de la convention sur le Dialogue Europe avec le Conseil fédéral pour adoption par l'Assemblée plénière de la CdC.

L'adoption de la convention par les gouvernements cantonaux a eu lieu lors de l'Assemblée plénière extraordinaire de la CdC du 1^{er} juin 2012. Son entrée en force est intervenue le 5 juin 2012 par sa signature.

Dialogue fiscal avec l'UE

Le 20 mars 2012, la présidente de la Confédération, Madame Widmer-Schlumpf, a annoncé lors d'une visite à Bruxelles qu'elle envisageait une reprise prochaine du dialogue sur les questions de l'imposition des entreprises. Elle précisait toutefois que les cantons seraient consultés au préalable.

Suite à cette visite, la Confédération a répété ce qu'elle avait déjà fait savoir lors de l'échange du 17 avril portant sur la politique européenne, à savoir qu'il était impératif de viser une reprise du dialogue avec l'UE d'ici à début juin 2012 au plus tard. Les cantons ont rappelé qu'ils n'agréeraient une reprise du dialogue qu'en présence d'un mandat concret, rappelant aussi que les Assemblées plénières de la CDF des 24-25 mai et de la CdC du 1^{er} juin étaient prêtes à délivrer une prise de position.

Sur ces entrefaites, le Conseil fédéral soumettait un projet de mandat en vue du dialogue ; le projet, débattu le 25 mai 2012 par la CDF, a été accepté à certaines conditions. Les décisions arrêtées par la CDF étaient confirmées le 1^{er} juin 2012 par l'Assemblée plénière extraordinaire de la CdC.

Négociations sur l'électricité avec l'UE

Sur la base des travaux préparatoires de la CDEn, les gouvernements cantonaux ont déterminé lors de l'Assemblée plénière de la CdC du 28 septembre 2012 leur position sur une série de questions en suspens liées aux négociations en cours avec l'UE sur l'électricité.

Recours à la clause de sauvegarde par le Conseil fédéral

La Confédération a consulté la CdC dans son courrier du 20 février sur l'éventualité d'un recours à la clause de sauvegarde pour les séjours de longue durée des ressortissants des pays de l'Europe centrale et orientale membres de l'UE.

Lors de l'Assemblée plénière de la CdC du 16 mars 2012, le quorum de 18 voix requis pour l'adoption d'une prise de position commune des cantons n'a pas été atteint. Le Conseil fédéral a été averti à l'occasion du Dialogue confédéral du 16 mars 2012 que les cantons n'avaient pas pu s'entendre sur une position commune.

Politique intérieure

Réforme de l'imposition des entreprises III

Pour atteindre l'objectif commun de maintenir l'attrait de la Suisse comme place internationale, la Confédération et les cantons travaillent en étroite coopération. L'organisation de projet « Réforme de l'imposition des entreprises III », instaurée par le Département fédéral des finances à l'automne 2012, se compose de deux organes paritaires : l'organe de pilotage chargé de la gestion politique globale du projet et le comité directeur qui assume la mise en œuvre et l'application des décisions de l'organe de pilotage. La CdC est représentée au sein de l'organe de pilotage par le conseiller d'État Roland Brogli (AG) et dans le comité directeur par Sandra Maissen, secrétaire générale. L'organe de pilotage s'est réuni une fois en 2012, l'organe directeur à deux reprises. Le mandat confié à l'organisation de projet consiste à évaluer et développer les propositions et éventuelles mesures à prendre en lien avec les éléments suivants : adapter le régime fiscal des entreprises de sorte à atteindre un positionnement optimal dans le champ de force que forment l'acceptation au niveau international, la compétitivité fiscale et la productivité financière, réajuster la péréquation des ressources afin que la

péréquation financière entre la Confédération et les cantons et entre les cantons eux-mêmes soit acceptable et prévoir des mesures pour financer l'éventuel surcroît de charges de la Confédération. Aucun résultat concret n'est encore en vue.

Adoption du Projet de territoire Suisse

Le 11 mai 2006, le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (DETEC), la CdC et la Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement (DTAP) ainsi que l'Association des communes suisses (ACS) et l'Union des villes suisses (UVS) ont convenu d'élaborer ensemble un Projet de territoire Suisse, avec pour objectif de mettre au point un concept commun aux trois niveaux étatiques concernant le développement territorial futur de la Suisse.

Fin avril 2012, le groupe d'accompagnement politique tripartite a adopté sur cette base l'actuel Projet de territoire Suisse à l'attention du Conseil fédéral, de la CdC et des associations de communes (UVS et ACS) en leur recommandant de l'approuver. L'Assemblée plénière de la CdC a donc approuvé en réunion du 28 septembre 2012 le Projet de territoire Suisse comme cadre d'orientation et aide à la décision pour leurs activités ayant un impact sur l'aménagement du territoire, en invitant les gouvernements cantonaux à tenir compte de ce Projet dans leurs travaux. Le processus d'approbation à tous les niveaux étatiques a abouti à la publication du rapport à la fin décembre 2012.

Le Projet de territoire Suisse constitue un instrument de planification et d'orientation important. Il propose trois stratégies, à savoir :

- mettre en place des territoires d'action et renforcer le réseau polycentrique de villes et de communes ;
- mettre en valeur le milieu bâti ;
- coordonner transports, énergie et développement territorial.

Au vu des compétences constitutionnelles, le Projet de territoire n'est pas un instrument contraignant ; il fonctionne sur une base volontaire.

Votation populaire sur la révision de la loi sur l'aménagement du territoire : position des gouvernements cantonaux

En vue de la votation populaire du 3 mars 2013 sur la modification du 15 juin 2012 de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire (Loi sur l'aménagement du territoire, LAT), la Conférence des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement (DTAP) s'est adressée à la CdC pour requérir une prise de position des cantons dans le cadre de l'Assemblée plénière de la CdC.

Le projet, conçu comme une contre-proposition indirecte à l'initiative populaire fédérale « De l'espace pour l'homme et la nature (Initiative pour le paysage) », a été élaboré en étroite collaboration avec la DTAP. Celle-ci soutient les orientations générales de la révision, qui visent à freiner le mitage du territoire et à permettre le développement de l'urbanisation au bon endroit. Selon elle, la plupart des cantons auront peu de peine à la mettre en œuvre. En revanche, une éventuelle acceptation de l'Initiative pour le paysage poserait de grands problèmes de mise en œuvre et entraînerait en outre un transfert de compétence sensible des cantons vers la Confédération.

L'Assemblée plénière de la CdC a suivi l'argumentation de la DTAP et s'est prononcée pour une acceptation du texte soumis à votation.

Révision partielle de la loi fédérale sur les étrangers

Le Conseil fédéral a ouvert le 23 novembre 2011 la procédure de consultation sur la révision partielle de la loi fédérale sur les étrangers (LEtr). Le délai de consultation était fixé au 23 mars 2012. Les gouvernements cantonaux estimaient central que la législation prenne en compte le principe selon lequel la politique d'intégration des étrangers en Suisse était une tâche commune de la Confédération et des cantons requérant un pilotage commun. Dans ce contexte, la CdC a notamment examiné si le projet en consultation correspondait aux Bases relatives à l'avenir de la politique suisse d'intégration, élaborées en commun par le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux (cf. ch. 2.2.3). Après consultation des gouvernements cantonaux et des conférences des directeurs compétentes en la matière (CDEP, CDIP, CCDJP, CDAS, CDF et CDS), l'Assemblée plénière du 16 mars 2012 a adopté à l'unanimité une prise de position commune des cantons sur le projet de révision (cf. chiffre 2.1.3).

Dialogue avec les musulmans

À l'invitation de la cheffe du DFJP, la conseillère fédérale Simonetta Sommaruga, une réunion d'échange s'est tenue le 26 novembre 2012 entre les autorités fédérales, cantonales et communales ainsi que les musulmans et les musulmanes. L'objectif était de préciser aux interlocuteurs musulmans quelles questions étaient débattues à quel niveau et quelles étaient les activités déjà en cours. Le point de vue des gouvernements cantonaux était présenté par Pascal Broulis, président de la CdC, et par Regine Aepli (ZH), vice-présidente de la CDIP. Il est ressorti de la discussion que c'est incontestablement au niveau local – cantons et communes – qu'il convient de rechercher des solutions aux problèmes évoqués par les représentants musulmans. D'une part, pour des raisons relevant des compétences constitutionnelles, d'autre part, parce que c'est sur le terrain que des solutions pragmatiques et adaptées peuvent être trouvées. Dans ce sens, il convient de poursuivre les dialogues et plateformes déjà existants aux niveaux cantonal et communal et d'entretenir les contacts entre les communautés musulmanes et les autorités locales. L'Assemblée plénière du 14 décembre 2012 a pris acte des résultats du Dialogue et chargé le secrétariat d'adresser un courrier aux cantons pour les informer sur la rencontre d'échange du 26 novembre 2012.

2.1.2 Bureau

Durant l'année sous revue, le Bureau s'est réuni les 3 février, 10 mai, 31 août et 9 novembre. Outre la préparation des affaires de l'Assemblée plénière, il s'est également occupé des dossiers ci-après :

Généralités

Communication en relation avec les prises de position de la CdC

En amont et en aval de l'Assemblée plénière de la CdC du 16 mars 2012, les positions des gouvernements cantonaux sur la question du recours à la clause de sauvegarde ont fait l'objet d'une communication partielle au public, même si les cantons n'ont pas abouti

à une prise de position commune. Dans ce contexte, le Bureau de la CdC a été chargé par l'Assemblée plénière de définir clairement les règles concernant la communication en rapport avec les prises de position de la CdC.

Le règlement adopté le 31 août 2012 par le Bureau a été confirmé le 28 septembre par l'Assemblée plénière de la CdC.

Mesures pour améliorer la communication de la CdC

À plusieurs reprises ces dernières années, le débat au sein de la CdC, de la rencontre présidentielle CdC – Conférences des directeurs et de la Fondation ch (lors des Séminaires ch « Gouverner aujourd'hui », par exemple) a porté sur l'amélioration de la communication politique des cantons et notamment des conférences intercantionales. En particulier, il a été relevé que la politique de communication pratiquée par les cantons était trop défensive par rapport à celle de la Confédération. Mais ce sont surtout les principaux canaux d'information, soit le site internet et la plate-forme intranet CUG, datant de 2003, qui ont besoin d'une refonte complète. L'Assemblée plénière du 18 mars 2011 a donc inscrit les fonds nécessaires à cet effet au budget 2012. Le 10 mai 2012, le Bureau a dressé un inventaire des outils de communication existants et chargé le Secrétariat CdC de remanier en priorité le site internet et la plate-forme intranet. Par ailleurs, le Bureau a souhaité une analyse de fond concernant d'autres mesures en vue de l'amélioration de la communication. À cet effet, le Secrétariat a été chargé de mettre au point un plan de communication présentant des mesures d'amélioration concrètes.

Politique extérieure

Aucun dossier

Politique intérieure

Programme de consolidation et de réexamen des tâches 2014

Sur la base d'une motion transmise par le Parlement, le Conseil fédéral a été chargé de poursuivre le réexamen des tâches et d'élaborer avant la fin 2012 un message comportant des propositions d'allègements budgétaires substantiels. Au vu des grandes

incertitudes économiques et d'autres éventuelles charges supplémentaires pesant sur le budget, le Conseil fédéral a considéré que des mesures d'économie s'imposaient également afin de garantir une marge de manœuvre en matière de politique financière. Il a donc transmis aux cantons à la mi-octobre 2012 un projet d'audition pour un programme de consolidation et de réexamen des tâches de la Confédération 2014 (CRT 2014).

Ensuite, sur la base des évaluations du Secrétariat de la CDF et des conférences des directeurs concernées, le Secrétariat de la CdC a élaboré un projet de prise de position commune des cantons. Ce projet a été finalisé lors de la séance du Bureau de la CdC du 9 novembre 2012, puis transmis aux cantons par voie de circulation pour adoption. Jusqu'à la fin novembre 2012, 24 gouvernements cantonaux ont approuvé le projet de prise de position, ce qui a permis une prise de position commune des cantons sur le CRT 2014 (cf. ch. 2.1.3).

Une rencontre a eu lieu le 4 décembre 2012 entre la cheffe du DFF et les présidences de la CdC et de la CDF afin de discuter de la prise de position des cantons. Le Conseil fédéral a adopté le message le 19 décembre 2012. Avec le CRT 2014, il propose des mesures d'allègement réalisables à court terme avec pour objectif d'atteindre des allègements annuels de quelque 700 millions de francs entre 2014 et 2016. Selon le Conseil fédéral, les domaines relevant des tâches communes ont été exclus le plus possible lors de l'élaboration du CRT 2014. Le Conseil fédéral table à cet égard sur une charge supplémentaire maximale d'environ 10 millions de francs pour les cantons.

Coordination et collaboration OFS – services cantonaux de la statistique

Par courrier du 18 janvier 2012, la Conférence des gouvernements de Suisse occidentale (CGSO) a attiré l'attention de la CdC sur les griefs de la Conférence des offices régionaux de statistique (CORSTAT) selon lesquels les services de statistique des cantons avaient toutes les peines à obtenir de l'Office fédéral de la statistique (OFS) des données individuelles – même anonymisées – issues du nouveau recensement ou d'autres sources fédérales.

Par la suite, le secrétariat de la CdC a pris contact avec la CORSTAT, dont le président a signalé que des discussions étaient en cours avec l'OFS. La CdC a dès lors été priée d'attendre les résultats de ces discussions. Lors des réunions du 4 juillet et du 23 octobre 2012 entre une délégation de la CORSTAT et une délégation du secrétariat de la CdC, les représentants de la CORSTAT ont confirmé que les discussions avec l'OFS

se poursuivaient de manière positive et que des solutions étaient en bonne voie, en particulier sur les points suivants :

- La charte statistique publique de la Suisse, révisée et adoptée en mai 2012. Ce code de conduite contient les principes régissant la statistique publique. Sur cette base, un concept est en voie d'élaboration par l'OFS et les offices fédéraux également en charge de statistiques ;
- La simplification des appariements de données (art. 14a de la loi sur la statistique fédérale), par le biais de l'adaptation de certaines dispositions d'exécution ;
- L'adoption d'un contrat-cadre concernant les modalités de l'information préalable des offices régionaux de statistiques peu avant la publication par l'OFS des statistiques fédérales ;
- L'élaboration d'une déclaration d'intention fixant les modalités de la collaboration entre l'OFS et la CORSTAT sur le moyen et le long terme.

Le chemin vers une véritable plateforme d'échange de données sera encore long. La progression se fait de manière modulaire et à petits pas, mais elle a été considérée comme positive par la délégation de la CORSTAT. Lors d'une prochaine séance, prévue en été de 2013, le secrétariat de la CdC et la CORSTAT feront un nouveau point de la situation.

Mesures de contrainte en matière tutélaire : demande des personnes concernées au Conseil fédéral et à la CdC

Le 3 septembre 2012, quatre associations représentant les victimes de mesures de contrainte en matière tutélaire ont adressé un courrier au Conseil fédéral et à la CdC. Il y est relevé que quelque chose a certes été entrepris pour reconnaître leurs souffrances, mais que ces personnes n'en retirent aucune conséquence concrète : notamment le lancement d'une enquête historique approfondie, le droit, pour les personnes concernées, d'accéder à leur dossier, la constitution d'une table ronde ou encore, dans des cas fondés, le dédommagement des victimes de ces mesures.

Lors de sa séance du 9 novembre 2012, et après consultation des conférences concernées, le Bureau est parvenu à la conclusion que la responsabilité de ce dossier devait rester auprès de la CDAS. Le courrier des associations de victimes de mesures tutélaires de contrainte a donc été transmis à cette conférence pour qu'elle en assure le suivi et veille à ce que les cantons soient impliqués de manière adéquate et propice aux

travaux en cours. Il a été signalé à la CDAS que si, pour des raisons politiques, elle trouvait l'apport de la CdC utile, celle-ci serait cas échéant volontiers à disposition.

Rapport du Conseil fédéral donnant suite au postulat Malama 10.3045

À la fin avril 2012, la Commission de la politique de sécurité du Conseil des États (CPS-E) a invité la CdC à délivrer une prise de position consolidée des gouvernements cantonaux sur le rapport du Conseil fédéral donnant suite au postulat Malama 10.3045. « Sécurité intérieure. Clarification des compétences. » À sa séance du 10 mai 2012, le Bureau de la CdC a décidé de confier à la CCDJP le pilotage du dossier en vue de l'élaboration d'une prise de position. Le Bureau, réuni le 31 août 2012, a pris acte du projet de prise de position de la CCDJP en le plébiscitant.

Une fois approuvée par le Comité de la CCDJP, la position définitive a été transmise à la CSI-E à fin septembre 2012. Dans les grandes lignes, le rapport de la Confédération est considéré comme un état des lieux minutieux de la situation juridique. Il confirme le point de vue des cantons selon lequel la plupart des problèmes d'interface survenant dans le domaine de la sécurité intérieure proviennent de bases constitutionnelles trop floues et de la législation ponctuelle et partiellement incohérente, qui en découle. Il faudra tirer parti du rapport et des travaux consécutifs pour préciser les lignes de partage des compétences entre la Confédération et les cantons.

2.1.3 *Prises de position*

Pour être adoptées, les prises de position de la CdC requièrent une majorité qualifiée des voix de 18 gouvernements cantonaux au moins. Le droit des cantons à prendre position individuellement reste garanti.

Prises de position dans le cadre de consultations concernant des actes législatifs importants (selon art. 147 Cst.)

Révision partielle de la loi fédérale sur les étrangers

L'Assemblée plénière du 16 mars 2012 a adopté une prise de position commune des cantons sur la révision partielle de la loi fédérale sur les étrangers. De l'avis des

gouvernements cantonaux, le projet contribue à la cohésion de la politique suisse d'intégration. Il contribue notamment à mieux promouvoir l'intégration, désormais axée sur quatre principes servant de cadre d'action pour les autorités compétentes. Les gouvernements cantonaux se félicitent en particulier de la réorientation amorcée en matière de promotion de l'intégration, qui a débouché sur les programmes d'intégration cantonaux, scellant ainsi les modes de collaboration partenariaux Confédération – cantons inaugurés dans la foulée de la RPT. S'agissant des mesures d'intégration, les gouvernements cantonaux estiment que la responsabilité doit être assumée au niveau local, là où les déficits dans l'intégration se font directement ressentir.

Dans leur prise de position, les cantons rappellent que le renforcement de l'encouragement de l'intégration va forcément de pair avec une allocation d'aides fédérales supplémentaires. En outre, les gouvernements cantonaux critiquent le fait que les répercussions financières du projet ne sont pas suffisamment détaillées dans le rapport explicatif, notamment concernant les dispositions par lesquelles l'intégration pourrait être rendue plus contraignante. Les gouvernements s'opposent à un recours systématique à des conventions d'intégration, le bénéfice de celles-ci n'étant pas en adéquation avec la surcharge administrative qu'elles engendreraient. Enfin, les cantons critiquent le manque de clarté du rapport sur la question du modèle d'intégration progressive, selon lequel les exigences sont fixées en fonction du statut juridique visé. Il n'y aurait aucun sens à fixer les mêmes exigences pour le prolongement de l'autorisation de séjour et pour l'octroi d'une autorisation d'établissement. C'est la raison pour laquelle les gouvernements cantonaux proposent de n'évaluer le niveau d'intégration (la « bonne intégration », selon les termes de l'avant-projet) qu'au moment de délivrer un permis d'établissement. Pour délivrer un permis de séjour, l'absence de motifs de révocation suffit.

Prises de position dans le cadre de la participation au processus de décision sur le plan fédéral (art. 45 Cst.)

Programme de consolidation et de réexamen des tâches 2014

Fin novembre 2012, la CdC adoptait par voie de circulation une prise de position commune des cantons sur le programme de consolidation et de réexamen des tâches de la Confédération CRT 2014 (voir ch. 2.1.2). Il y était souligné que les gouvernements cantonaux soutiennent dans son principe le CRT 2014 présenté par le Conseil fédéral, estimant que des finances fédérales saines sont une condition essentielle pour une économie prospère et que cela est aussi dans l'intérêt des cantons.

La critique principale formulée par les cantons concernait les possibles reports de charges vers les cantons en ce qui concerne les tâches communes. Même en l'absence de report de charges, il en découle pour différentes tâches une pression politique sur les cantons qui les force à parer aux prestations réduites de la Confédération. La suppression de moyens au niveau de la Confédération dans des domaines relevant de tâches communes s'assimile de fait à des reports de charges. Raison pour laquelle les cantons ont rejeté les coupes budgétaires proposées dans le secteur des universités, dans l'agriculture et dans le trafic ferroviaire.

Prises de position dans le cadre de la participation des cantons aux décisions de politique extérieure (art. 55 Cst.)

Dans le cadre de l'Assemblée plénière de la CdC du 16 mars 2012, les gouvernements cantonaux ont pris position sur le mandat de négociation relatif à l'accord de libre-échange avec les États d'Amérique centrale et avec la Malaisie. Les gouvernements cantonaux se félicitent de l'ouverture de négociations de large portée avec ces États.

Réunis le 1^{er} juin 2012 en Assemblée plénière extraordinaire de la CdC, les gouvernements cantonaux ont pris position sur les propositions du Conseil fédéral concernant une nouvelle organisation institutionnelle des futures relations avec l'UE. Sur le fond, les gouvernements cantonaux peuvent largement adhérer aux solutions proposées quant au développement du droit, à l'uniformisation de l'interprétation, au règlement des différends et au caractère de référence. Par contre, les cantons ne

sauraient envisager la mise en place d'une autorité nationale de surveillance indépendante que dans la mesure où la conformité avec l'accord peut être garantie de manière identique aux niveaux de la Confédération et des cantons.

Au cours de cette même réunion, les gouvernements cantonaux ont délivré une prise de position sur le mandat du Conseil fédéral portant sur l'ouverture d'un dialogue avec l'UE consacré à l'imposition des entreprises. Les gouvernements cantonaux se disent favorables à ce mandat, à certaines conditions. Ils ont par ailleurs précisé que toute modification ou extension du mandat requerrait une consultation préalable.

Lors de l'Assemblée plénière de la CdC du 28 septembre 2012, les gouvernements cantonaux ont pris position sur des questions centrales liées aux négociations bilatérales en cours entre la Suisse et l'UE en vue de la conclusion d'un accord sur l'électricité. Ils ont déclaré continuer de soutenir la conclusion d'un accord, estimant qu'un tel accord est de l'intérêt tant de la Suisse que de l'UE. Selon eux, la question du coût politique doit cependant être clarifiée. La réponse à cette question dépend notamment de la manière dont seront organisées à l'avenir les relations institutionnelles générales avec l'UE. Les gouvernements cantonaux ont également plébiscité une libéralisation du marché de l'électricité en Suisse. Par contre, pour des considérations fondamentales relevant de l'État de droit, les gouvernements cantonaux se sont opposés à la reprise des dispositions horizontales de l'UE dans les domaines du droit de l'environnement et de la protection des consommateurs. Dans ce dossier, tout comme dans l'orientation générale de la politique énergétique, il s'agit de viser une reconnaissance de l'équivalence. Enfin, s'agissant de la question des aides d'État, elle ne pourra être examinée plus en détail qu'en présence d'une option institutionnelle applicable pour l'organisation des futures relations entre la Suisse et l'UE.

Positions adoptées dans le cadre d'auditions organisées par d'autres institutions

Aucune

2.1.4 *Collaboration Confédération – cantons*

Dialogue confédéral Confédération – cantons

Ce forum sert de cadre à des entretiens politiques réguliers – en principe deux fois l'an – entre une délégation du Conseil fédéral et une délégation de la CdC. Les rencontres sont l'occasion d'échanges d'informations et de vues sur des thèmes importants touchant aux questions de coopération et au fédéralisme.

En 2012, les deux rencontres se sont tenues le 16 mars et le 28 septembre 2012. Les sujets abordés étaient les suivants : état des lieux en politique européenne (questions institutionnelles, participation active, réformes internes), exigences de l'UE en matière d'imposition des entreprises, négociations sur l'électricité avec l'UE, révision partielle de la loi sur les étrangers (LEtr), immigration et clause de sauvegarde, Projet de territoire Suisse, programme de consolidation et de réexamen des tâches, mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, Réglementation-cadre CdC – Conférences des directeurs, rapport de monitoring « Fédéralisme » 2011 et Conférence nationale sur le fédéralisme 2014.

Dialogue Europe

La coopération entre la Confédération et les cantons est d'une importance primordiale pour le développement des relations bilatérales entre la Suisse et l'UE, vu l'impact de nombreux accords bilatéraux sur les compétences et les tâches d'exécution des cantons.

La Constitution fédérale et la loi fédérale sur la participation des cantons à la politique extérieure de la Confédération définissent les compétences et les responsabilités de la Confédération et des cantons, les droits d'information et de consultation des cantons et leurs modalités de participation. Considérant le resserrement des relations entre la Suisse et l'UE, le développement de la voie bilatérale et les défis institutionnels en jeu, la collaboration entre la Confédération et les cantons est d'une importance croissante.

Pour renforcer et améliorer encore cette collaboration, la Confédération et les cantons ont décidé d'instaurer un organe directeur permanent dédié à l'échange d'informations et d'en détailler les modalités dans une convention. Les deux instances y soulignent leur volonté d'affermir la compréhension mutuelle, de promouvoir un échange d'informations

régulier, d'accroître l'efficacité du processus décisionnel en matière de politique européenne et de garantir le maintien des compétences et des responsabilités de la Confédération et des cantons.

L'organe directeur se compose des chefs du DFAE et du DFE ; les cantons y sont représentés par le président de la CdC et par une délégation du Bureau de la CdC (Daniel Fässler, landammann AI, Regine Aeppli, conseillère d'État ZH, Matthias Michel, conseiller d'État ZG). Ce forum se réunira à intervalles réguliers, en principe tous les deux mois. La Convention réglant son fonctionnement a été paraphée le 5 juin 2012 à Berne.

En 2012, les délégations de la Confédération et des cantons se sont réunies les 5 juin, 30 août et 22 octobre. Parmi les sujets à l'ordre du jour des discussions, citons : les questions institutionnelles dans les relations Suisse – UE, les négociations sur l'électricité avec l'UE, l'imposition des entreprises, l'ALCP et les réformes internes.

Stammtisch des cantons

La CdC organise un « Stammtisch des cantons » le lundi soir de la deuxième semaine de session des Chambres. Elle le fait pour entretenir les relations avec les parlementaires fédéraux et intensifier les échanges de vues. Des représentants du Bureau de la CdC et des membres des gouvernements cantonaux y rencontrent des membres du Conseil des États et d'anciens membres de gouvernement siégeant au Conseil national. Chacun de ces rendez-vous, qui se tiennent dans une ambiance décontractée, est consacré à un sujet politique d'actualité.

En 2012, quatre Stammtisch ont été organisés, coïncidant avec les sessions parlementaires et portant sur les thèmes suivants : financement et aménagement de l'infrastructure ferroviaire (FAIF) et imposition d'après la dépense, Stratégie Énergie 2050 du Conseil fédéral, 10 ans de libre circulation des personnes, révision totale de la loi fédérale sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation, programme de consolidation et de réexamen des tâches de la Confédération (CRT 2014) et dialogue fiscal avec l'UE.

Rencontre avec le Bureau du Conseil des États

Ce forum qui réunit deux fois par année le Bureau du Conseil des États et le Bureau de la CdC se propose d'aborder des thèmes politiques d'actualité ou des questions de collaboration entre les deux organes.

En 2012, les rencontres se sont tenues le 15 mars et le 9 novembre. Outre des questions générales relevant de la collaboration Conseil des États – CdC, différents thèmes ont été passés en revue, à savoir : mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, Conférence tripartite sur les agglomérations, rapport de monitoring « Fédéralisme » 2011, participation des cantons à la politique européenne, 20 ans de la CdC et révision de la Réglementation-cadre sur la méthode de travail de la CdC et des Conférences des directeurs concernant la coopération entre la Confédération et les cantons.

Auditions parlementaires

En principe, il est laissé à l'appréciation de chaque présidence de commission de convier ou non les cantons ou une délégation cantonale aux auditions, notamment lorsque les dossiers touchent aux intérêts vitaux des cantons.

C'est afin d'assurer une meilleure prise en compte de ces intérêts par le Conseil des États que des délégations de la Chambre haute et de la CdC ont convenu le 7 octobre 1998 de mieux associer les représentants des cantons au travail des commissions du Conseil des États.

En application de cette décision, le Secrétariat du Conseil des États communique à la CdC, en marge de la session, une liste des objets prévus pour examen par les commissions. En 2012, les délégations de la CdC ont pris part aux auditions suivantes :

Date	Commission	Objet parlementaire
23.02.2012	CPL-E+N	Programme de législature 2011-2015 de la Confédération
29.05.2012	CPE-N	Principes proposés pour des solutions institutionnelles avec l'UE
03.07.2012	CPE-N	Dialogue avec l'UE au sujet du régime d'imposition des entreprises
28.08.2012	CPE-N	Participation des cantons à la politique extérieure de la Confédération
12.10.2012	CPE-E	Participation des cantons à la politique extérieure de la Confédération
25.10.2012	CIP-E	Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons

2.1.5 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales

Conférence des secrétaires des Conférences intercantionales (CoseCo)

Cette conférence, dont le secrétariat est géré par la CdC, a pour but d'améliorer la coordination des conférences des directeurs et de favoriser la collaboration et les échanges d'idées entre ses membres. Pendant l'année sous revue, les statuts de l'organisation ont été complètement reformulés dans la foulée de la révision de la Réglementation-cadre sur la méthode de travail de la CdC et des conférences des directeurs concernant la coopération entre la Confédération et les cantons (cf. ch. 2.1.1). La coordination a été revue : assurée jusqu'à là par une cellule regroupant les seules conférences domiciliées à la Maison des cantons, elle fait désormais l'objet d'une coordination technique intégrée. Celle-ci se propose de concerter les efforts des cantons dans la défense de leurs intérêts et de présenter un front aussi uni que possible face à la Confédération. La périodicité a passé de deux à quatre réunions par an.

La Coseco se charge également de l'organisation de journées d'études destinées à ses membres et aux collaborateurs des conférences. La journée d'études qui a eu lieu le 29 août 2012 s'est consacrée au thème « Immigration : ses enjeux pour nos conférences ».

Colloque politique CdC – conférences des directeurs des 16 et 17 février 2012

Institués en 2008 à l'instigation de la CdC, les colloques politiques réunissent les présidences des conférences des directeurs et de la CdC. La première partie du colloque présidentiel des 16 et 17 février 2012 était consacrée à l'échange d'informations et de vues sur les priorités de travail actuelles dans les domaines politiques d'intérêt commun. En seconde partie, la discussion a abordé les priorités communes actuelles.

Au nombre de celles-ci, on compte le renforcement de la participation des cantons à la politique fédérale et la thématique « Immigration, migration et intégration ». Alors que la première thématique relève surtout de la CdC, le traitement du second dossier a nécessité l'instauration d'un état-major intercantonal piloté par la CdC et composé des

conférences des directeurs concernées (CCDJP, CDAS, CDEP, CDF, CDIP et CDS ; cf. ch. 2.1.6).

Enfin, les participants ont convenu de prévoir en plus du colloque de printemps également une séance d'une demi-journée en automne pour faire mutuellement état de l'avancement des thématiques prioritaires communes. La première réunion, qui s'est tenue le 12 novembre 2012, était consacrée à la thématique « Immigration, migration et intégration ».

Conférences gouvernementales régionales

Les secrétariats des conférences gouvernementales régionales et le secrétaire de la Conférence des gouvernements de l'espace métropolitain zurichois se sont retrouvés le 11 juin et le 16 novembre 2012 en présence du secrétariat de la CdC pour un échange d'informations et de vues.

2.1.6 Autres thèmes cantonaux

Demande de conciliation du canton de Schwyz dans le cadre de la collaboration intercantonale avec compensation des charges

Partant d'un cas de prise en charge des coûts dans une institution pour handicapés, le canton de Schwyz a requis l'ouverture d'une procédure préliminaire informelle aux termes de l'article 33 de l'Accord-cadre pour la collaboration intercantonale assortie d'une compensation des charges du 24 juin 2005 (ACI), en y associant les cantons de Zurich et de Saint-Gall. La procédure a été lancée par courrier du 23 février 2012 du président de la CdC. En application de l'article 33 al. 1 de l'ACI et en accord avec les parties, il a nommé l'ancien juge fédéral Michel Féraud à titre de médiateur. La procédure informelle n'ayant pas permis de s'entendre, une procédure de conciliation formelle a été ouverte selon l'article 34 de l'ACI. Lors de la procédure orale devant la Commission intercantonale pour les conventions (CIC), les parties au différend se sont mises d'accord sur une transaction, ce qui a permis à la procédure de trouver une issue favorable sans devoir recourir à la Confédération.

État-major intercantonal Immigration, migration et intégration (IMI)

Dans son rapport sur la libre circulation des personnes et l'immigration en Suisse, le Conseil fédéral a exposé les conséquences de l'immigration dans certains domaines politiques qui ressortissent aussi bien à la Confédération qu'aux cantons. Dans le contexte du rapport du Conseil fédéral sur la libre circulation des personnes et l'immigration en Suisse, du débat général sur l'immigration, des trois initiatives visant à limiter l'immigration (« Contre l'immigration de masse », « Pour la stabilisation de la population totale » et « Halte à la surpopulation – Oui à la préservation durable des ressources naturelles ») et de l'adhésion de la Croatie à l'UE en 2013, avec en perspective l'extension à ce pays de l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP), le colloque politique de la CdC et des directeurs des conférences a formulé la nécessité de mener une discussion approfondie entre la Confédération et les cantons. Il s'agit en particulier de dépassionner le débat dans l'opinion publique. Ceci implique une collaboration et une coordination étroites entre la CdC et les conférences des directeurs concernées.

C'est dans ce but qu'a été institué le groupe de travail cantonal « Immigration/ALCP et intégration », composé de représentants des CCDJP, CDAS, CdC, CDEP, CDF, CDIP, CDS et DTAP, placé sous la direction de la CdC. En vue d'une interaction permanente, il a été proposé d'instituer ce groupe en « état-major » des secrétariats généraux concernés et de le nommer « État-major intercantonal Immigration, migration et intégration ».

L'État-major intercantonal se réunit régulièrement et débat des affaires relevant du domaine « Immigration, migration et intégration » dans le but d'assurer une procédure commune et interdisciplinaire. La coordination des travaux de l'État-major incombe à la CdC. La responsabilité dans les différentes affaires reste du ressort des conférences concernées.

2.2 Autres activités

2.2.1 Généralités

Les 20 ans de la CdC

Le 8 octobre 2013 marquera les 20 ans de l'engagement de la CdC pour la défense des intérêts des gouvernements cantonaux dans le contexte fédéral. L'Assemblée plénière du 30 septembre 2011 a décidé de célébrer les vingt ans d'existence de la CdC et d'organiser à cette occasion diverses manifestations. Il s'agira également de tirer parti de cet anniversaire pour présenter au grand public les atouts du système fédéraliste de la Suisse et de la collaboration intercantonale.

Le 16 décembre 2011, l'Assemblée plénière a approuvé le concept détaillé des activités prévues pour marquer cet événement. Fidèlement à l'esprit du fédéralisme, les quatre assemblées plénières ne se tiendront pas à Berne mais sur un mode décentralisé, dans quatre régions du pays : à Scuol (canton GR), à Appenzell et Teufen (cantons AI/AR), à Genève (canton GE) et à Lucerne (Suisse centrale). La cérémonie officielle, quant à elle, aura lieu au Kulturcasino de Berne le mardi 8 octobre 2013, jour anniversaire de la fondation de la CdC. Une plaquette anniversaire regroupant des contributions d'invités issus de la politique, du monde scientifique et de la société sera également publiée en 2013.

Rapport de monitoring « Fédéralisme »

Le 7^e rapport de monitoring, établi par le secrétariat de la CdC sur mandat de la Fondation ch pour la collaboration confédérale et adopté par l'Assemblée plénière de la CdC du 16 mars 2012, est un jalon supplémentaire dans le compte rendu des développements du fédéralisme en Suisse. Une nouvelle formule est prévue pour les années à venir : le monitoring consistera en un compte rendu annuel succinct et en un rapport pluriannuel. La publication du rapport pluriannuel coïncidera avec la périodicité de la Conférence nationale sur le fédéralisme. Le rapport annuel se limitera pour l'essentiel à une analyse des projets de la Confédération et, désormais, des cantons, à une actualisation de l'état d'avancement de la collaboration intercantonale et à une brève

évaluation du développement du fédéralisme du point de vue des cantons et des secrétariats de la CdC, des conférences des directeurs et des conférences gouvernementales régionales. Le rapport annuel doit garantir le caractère actuel de l'information relative aux derniers développements au niveau fédéral et dans les cantons afin de déceler en temps utile d'éventuelles dérives et d'engager cas échéant sur-le-champ les mesures qui s'imposent.

Conférence nationale sur le fédéralisme 2014

L'Assemblée plénière de la CdC a tiré fin 2011 un bilan en tous points positif de la Troisième Conférence nationale sur le fédéralisme qui s'est tenue les 26 et 27 mai à Mendrisio (TI). D'entente avec les partenaires actuels de la Conférence (Conseil fédéral et Conseil des États), l'Assemblée plénière du 14 décembre 2012 a décidé de mettre sur pied une nouvelle Conférence nationale sur le fédéralisme en 2014. C'est au canton de Soleure que revienne l'organisation de cette quatrième Conférence.

FoF/IFF : Programme de stages

En collaboration avec l'Institut du fédéralisme de l'Université de Fribourg (IFF), le programme de stage lancé en 2010 a été reconduit en 2012 ; ces stages ont pour objectif de permettre à de futurs cadres des secteurs de la politique, de l'administration et de la science, issus de pays en développement et en transition, d'accomplir un stage de six semaines dans une administration cantonale pour y observer le fonctionnement d'un État fédéral. Les stages, financés par l'IFF, ont lieu à l'issue de l'université d'été organisée chaque année en août/septembre par l'IFF. En 2012, quatre cantons ont accueilli des stagiaires (ZH, BE, FR et AG). Les stagiaires et les personnes chargées de l'encadrement dans les cantons se sont dits très satisfaits de cette expérience.

Rapport financier 2011 sur les conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles

Ce rapport établi annuellement par la Fondation ch pour la collaboration confédérale permet d'obtenir une vue d'ensemble du financement, des recettes, des charges et de leur structure ainsi que des effectifs de la CdC et des conférences des directeurs. Le rapport financier 2011 a été présenté à l'Assemblée plénière de la CdC du 14 décembre 2012.

2.2.2 *Politique extérieure*

Parmi les nombreuses activités en lien avec la représentation des intérêts des cantons dans les dossiers de politique extérieure figurent les points suivants :

Politique européenne

Comme les années précédentes, les groupes de travail de l'organisation d'accompagnement de la CdC ont participé aux réunions des comités mixtes dédiées aux dossiers Libre circulation des personnes et Transports terrestres et aérien. Par ailleurs, l'organisation d'accompagnement de la CdC a poursuivi ses tâches d'observation et d'analyse des développements des accords sectoriels entre la Suisse et l'UE.

La CdC a également assuré le suivi des développements de Schengen/Dublin, dont elle a aussi préparé la mise en œuvre dans les cantons, en collaboration avec la CCDJP. Durant cet exercice, les représentants de la CdC au sein de l'Organisation d'accompagnement à Schengen-Dublin (OASD) ont pris part à Bruxelles à de nombreuses réunions des groupes de travail planchant sur l'élaboration des développements de l'acquis.

Conjointement avec la CDEn, le secrétariat de la CdC a aussi accompagné les négociations engagées en novembre 2007 avec l'UE relatives à un accord dans le domaine de l'électricité.

Régimes fiscaux cantonaux

Le groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC a suivi tout au long de l'année l'évolution du contentieux survenu avec l'UE à propos de certains régimes fiscaux cantonaux. Il a contribué, conjointement avec les offices compétents de la Confédération, à définir la position suisse sur cette question et a préparé les décisions politiques y afférentes élaborées par les organes compétents de la CDF et de la CdC.

Accords de libre-échange avec des États hors UE

Le groupe de travail Services de la CdC a observé pendant l'année sous revue les efforts accrus déployés par la Confédération en vue de la conclusion d'accords de libre-échange avec des États tiers hors UE, des accords de type bilatéral ou intervenant dans le cadre de l'AELE. Elle a également mis sur pied avec le SECO un séminaire consacré à l'interprétation des listes d'engagements à négocier dans le cadre des accords de libre-échange et touchant au secteur des services.

OMC/AGCS

En 2012, le Secrétariat de la CdC a continué d'observer les avancées dans le cadre des négociations de l'OMC en cours. Une attention particulière a été accordée aux discussions sur l'éventualité d'un nouvel accord plurilatéral dans le domaine des services.

Revue Périodique Universelle sur les recommandations en matière de droits de l'homme

Le Conseil des droits de l'homme de l'ONU à Genève examine à intervalles réguliers la situation générale en matière de droits de l'homme dans les États membres. À cette fin, chaque État rédige un rapport, qui est ensuite présenté au Conseil des droits de l'homme. Puis, sur la base de ce rapport, de rapports complémentaires présentés par des organisations nongouvernementales (ONG) et sur la base des discussions en marge de la présentation du rapport, le Conseil des droits de l'homme rédige des recommandations à l'intention de chaque État concerné. Celui-ci peut prendre position et accepter ou refuser les recommandations.

Le 8 mai 2008, la Suisse a présenté son premier rapport. Le deuxième rapport rédigé par l'administration fédérale lors du deuxième examen universel de la situation des droits de l'homme en Suisse a été adopté par le Conseil fédéral le 4 juillet 2012.

Puisque la responsabilité de la mise en œuvre d'obligations de la Suisse dans le domaine des droits de l'homme incombe également aux cantons, des efforts tendant vers une meilleure intégration des cantons dans les processus d'examen de la situation des droits de l'homme sont en cours depuis quelque temps déjà. En raison des délais trop serrés imposés par la Confédération lors de l'établissement du deuxième rapport de

la Suisse, mentionné ci-dessus, il n'a pas été possible de consulter les cantons au préalable.

Néanmoins, d'entente avec le Conseil fédéral, la CdC a transmis aux gouvernements cantonaux le rapport adopté le 4 juillet 2012 par le Conseil fédéral. Le 29 octobre de la même année, le rapport a été présenté au Conseil des droits de l'homme à Genève. C'est le Secrétariat de la CdC qui représentait les cantons au sein de la délégation suisse, conduite par le chef du DFAE. À l'occasion de la présentation du rapport, la Suisse s'est vue adresser 140 recommandations, dont 53 touchaient plus ou moins directement les cantons.

Après consultation des secrétariats de la CdC et des conférences des directeurs concernées (CCDJP, CDAS, CDIP, et CDS), la délégation suisse a accepté le 31 octobre à Genève 50 recommandations, en a rejeté 4 et retenu les 86 autres pour un examen approfondi.

Par courrier du 15 novembre 2012, le DFAE et le DFJP ont officiellement invité la CdC à prendre position jusqu'au 1^{er} février 2013 sur les recommandations en suspens.

2.2.3 Politique intérieure

Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons (RPT) : travaux de suivi

Le Secrétariat de la CdC participe aux travaux du Groupe technique paritaire Rapport d'évaluation RPT chargé d'accompagner l'élaboration du deuxième rapport du Conseil fédéral sur l'évaluation de l'efficacité. Dans le cadre de ce rapport, les gouvernements cantonaux ont participé à une enquête lancée à l'automne 2012 requérant leur avis sur les effets de la collaboration intercantonale assortie d'une compensation des charges, sur la répartition des tâches, sur les conventions-programmes et sur d'autres thématiques en rapport avec la RPT. Les résultats de l'enquête seront communiqués en février 2013.

Controlling RPT : listes des objets, compte rendu parlementaire

La controlling RPT, autrement dit la vérification du respect des principes de la subsidiarité et de l'équivalence fiscale et de l'instauration de nouveaux modes de

collaboration dans l'exécution des tâches fédérales par les cantons, figure parmi les tâches permanentes de la CdC. Sur la base des listes établies par la cellule de coordination technique de la CoseCo (cf. ch. 2.1.5), les projets mis en consultation ou les projets législatifs de la Confédération font l'objet d'une analyse systématique. Les listes des objets sont présentées chaque trimestre pour information au Bureau de la CdC et aux gouvernements cantonaux. À l'issue de chaque session des Chambres fédérales, la CdC rédige un compte rendu des objets traités. L'année sous revue a aussi vu le lancement du projet de banque de données interactive basée sur le web.

Concordat sur les hautes écoles : consultation de la CDIP

Dans le cadre de la consultation de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP), la CdC a procédé à des éclaircissements sur les questions de l'entrée en vigueur du concordat, des divergences dans la définition de la composition de l'Assemblée plénière de la Conférence suisse des hautes écoles selon la loi fédérale sur l'aide aux hautes écoles et la coordination dans le domaine suisse des hautes écoles (LAHE) et dans le Concordat sur les hautes écoles, et sur le rapport entre l'article 8 du concordat de coordination et l'article 55 Cst. Les considérations de la CDIP sur ces points et l'analyse apportée par le professeur Ehrenzeller (Saint-Gall) sur la question de l'entrée en vigueur du Concordat sur les hautes écoles ont finalement été portées à la connaissance de l'Assemblée plénière de la CdC du 14 décembre 2012.

Iv. pa. 10.440. Améliorer l'organisation et les procédures du Parlement : procédure applicable au traitement des initiatives déposées par un canton, objets de la procédure de consultation

Dans le cadre de la consultation, la CdC s'était clairement prononcée contre la restriction du droit de recours à l'instrument de l'initiative des cantons proposée par l'initiative parlementaire 10.440. Celle-ci prévoyait que les initiatives parlementaires devraient désormais être déposées uniquement sous la forme de projets rédigés. Fin 2011, une enquête menée auprès des chancelleries d'Etat sur la question de la revalorisation de l'instrument de l'initiative des cantons a fait ressortir que les pratiques divergent quant à l'application de cet instrument et ce, tant sous l'angle des procédures que des objectifs visés ou encore de la place qui lui est accordée. Si une harmonisation devait être visée, la CdC aurait à élaborer des recommandations. Une majorité de chancelleries d'Etat a

estimé qu'aucune action urgente n'était requise en matière d'optimisation. Par ailleurs, l'enquête a confirmé le soutien accordé par les cantons à l'introduction d'une obligation de motivation. Les résultats de l'enquête ont été portés à la connaissance des commissions des institutions politiques. Les délibérations ne sont pas encore closes. Vu le refus signifié par le Conseil national de restreindre l'instrument de l'initiative d'un canton, il faut partir de l'idée que cette restriction ne sera pas introduite.

Consultation sur la révision de la loi sur la consultation (LCo)

Le 21 novembre 2012, le Conseil fédéral a chargé la Chancellerie fédérale de lancer la procédure de consultation relative à la modification de la loi sur la consultation (LCo), avec un délai échéant le 8 mars 2013. Sur demande de la CdC, ce délai a été prolongé au 8 avril 2013. Cette révision fait suite à une évaluation de la pratique suivie par la Confédération en matière d'auditions, qui a fait l'objet d'un rapport du Contrôle parlementaire de l'administration du 9 juin 2011, puis d'un rapport de la Commission de gestion du Conseil national du 7 septembre 2011 (FF 2012 2139 et annexe p. 2149). Le projet LCo mis en consultation en reprend les recommandations qui ont été acceptées par le Conseil fédéral.

La révision de la LCo est d'une importance primordiale pour les cantons, concernant notamment la trop grande brièveté des délais et de la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons. C'est pourquoi le Bureau a décidé de mettre au point une prise de position commune des cantons dans le cadre de la CdC. Suite à l'Assemblée plénière du 14 décembre 2012, un premier projet de prise de position commune des cantons a été adressé le même jour aux gouvernements cantonaux. La finalisation et l'adoption de la position commune sont prévues pour le 1^{er} trimestre 2013.

Collaboration en matière de cyberadministration en Suisse

Fin décembre 2011, l'Assemblée plénière adoptait la Convention-cadre concernant la collaboration en matière de cyberadministration entre la Confédération et les cantons pour les années 2012 à 2015. L'élément central de cette convention est le plan d'action visant à soutenir financièrement certains projets prioritaires. L'enveloppe globale prévue, plafonnée à 2,4 millions de francs, fera l'objet d'un financement paritaire entre la Confédération et les cantons. Le Comité de pilotage, au sein duquel la CdC dispose de trois sièges, a notamment pour tâche d'arrêter ce plan d'action et de répartir les fonds. Le comité s'est réuni à trois reprises en 2012.

État-major fédéral ABCN

Afin d'améliorer l'organisation des interventions en cas de sinistres de portée nationale, le Conseil fédéral a adopté, à l'automne 2010, la nouvelle Ordonnance sur l'organisation des interventions en cas d'événement ABC et d'événement naturel. Au niveau fédéral, la conduite est harmonisée sous la responsabilité d'un état-major fédéral ABCN (EMF ABCN), qui regroupe une vingtaine d'instances fédérales. La coordination avec les cantons est assurée par la CdC et plusieurs conférences des directeurs (CCDJP, CDEn, CDS et CG MPS) siègent au sein de l'EMF ABCN.

Les travaux menés en 2012 ont été principalement consacrés à la préparation, à la réalisation et à l'évaluation de l'exercice « SEISMO 12 », qui a mobilisé, outre l'EMF ABCN, quelques états-majors de l'armée suisse, les états-majors de conduite des cantons AG, BL, BS et SO et les états-majors d'instances administratives des régions limitrophes de France et d'Allemagne. Le scénario s'inspirait du tremblement de terre d'amplitude moyenne qui a frappé Bâle en 1356. L'état-major a également planché sur le concept d'intervention de l'EMF ABCN et sur la stratégie de gestion à adopter en cas d'incident dans une centrale nucléaire à l'intérieur du pays.

Principes de collaboration Confédération – cantons concernant l'encouragement de l'intégration spécifique : mise en œuvre

En novembre 2011, le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux adoptaient les principes de la collaboration future entre la Confédération et les cantons en matière d'encouragement de l'intégration spécifique des étrangers. Ces principes prévoient que les cantons regroupent, partant d'une analyse des besoins, tous les domaines de l'encouragement spécifique de l'intégration dans un programme d'intégration cantonal (PIC). Pour régler la collaboration, la Confédération conclura avec les cantons, à compter du 1^{er} janvier 2014 des conventions-programmes sur quatre ans conformément à l'article 20a LSu. La Confédération et les cantons se sont mis d'accord pour allouer à l'avenir un montant annuel d'environ CHF 112 millions à l'encouragement spécifique de l'intégration des étrangers. L'ODM et le secrétariat de la CdC ont mis en place une organisation de projet commune pour accompagner la mise en œuvre des documents de base et la préparation des conventions-programmes et pour soutenir le développement des PIC pendant les années 2012/2013. Le coup d'envoi a été donné à la fin février 2012 à la faveur d'un séminaire réunissant les spécialistes cantonaux compétents pour

le développement des PIC au niveau opérationnel. Par une circulaire du 15 juin 2012, l'ODM a informé les cantons qu'un avant-projet de programmes d'intégration cantonaux devait être remis au 31 décembre 2012. Cet avant-projet doit permettre d'identifier rapidement les éventuels problèmes, lacunes et risques que pourrait entraîner la conclusion d'une convention-programme. L'avant-projet sert d'instrument de planification pour les cantons et l'ODM et fournira des indications pour l'élaboration de la circulaire relative à la remise des conventions-programmes. À la fin 2012, 25 cantons avaient remis leur avant-projet. Une première lecture des avant-projets de PIC a montré que les cantons maintiennent le cap et que les objectifs de programme stratégiques débouchent dans tous les cantons sur une consolidation voire sur une revalorisation de l'encouragement de l'intégration spécifique. Les structures ordinaires et les communes ont été bien associées ; l'encouragement de l'intégration des étrangers bénéficie d'une solide assise politique.

Rapport du Conseil fédéral sur l'immigration : réaction

Le 22 mai 2012, l'Office fédéral des migrations invitait la CdC à émettre un avis au niveau technique dans le cadre de la consultation des offices sur l'avant-projet de rapport du Conseil fédéral portant sur la libre circulation des personnes et l'immigration en Suisse. La prise de position a été établie en concertation avec les secrétariats généraux CCDJP, CDAS, CDEP, CDF, CDIP, CDS et DTAP. Sur le principe, les secrétariats des conférences se sont dits favorables à l'objectif du Conseil fédéral de procéder à une analyse d'envergure des conséquences de l'immigration. Ils ont néanmoins estimé que l'avant-projet présenté n'était pas probant, l'analyse et ses conclusions (besoin d'agir) manquant dans l'ensemble de précision. Par ailleurs, le rapport fait largement l'impasse sur les multiples répercussions de ce dossier aux niveaux cantonal et communal. Les secrétariats des conférences ont donc suggéré de faire ressortir plus clairement dans les conclusions les domaines politiques requérant effectivement une action spécifique du fait de l'immigration. Enfin, il s'agit de spécifier encore l'action requise dans chaque domaine.

Programme national de prévention Jeunes et violence

Avec le programme national de prévention Jeunes et violence, qui se déroule sur cinq ans, la Confédération, les cantons, les villes et les communes ont convenu d'une collaboration dans le domaine de la prévention et de la lutte contre la violence des

jeunes. Un groupe tripartite, au sein duquel siège la CdC, a été instauré pour le pilotage stratégique des activités du programme. En 2012, un bureau de recherche externe a été chargé d'établir une vue d'ensemble détaillant les stratégies, mesures et structures mises en place dans les cantons, villes et communes. À titre illustratif, de brefs portraits des cantons et de certaines villes et communes sont publiés sur le site du programme www.jeunesetviolence.ch. Depuis mars 2013, le programme Jeunes et violence comprend aussi un service de conseil gratuit en trois langues destiné aux experts des domaines famille, école et espace social. Enfin, le 4 septembre 2012 s'est tenue à Bienne la troisième rencontre des interlocuteurs cantonaux et communaux Jeunes et violence, consacrée à l'évolution du comportement violent chez les jeunes en Suisse et à des exemples concrets de travail de prévention dans les cantons et les communes.

Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

Le Conseil fédéral, la Conférence des gouvernements cantonaux, l'Union des villes suisses et l'Association des communes suisses ont décidé à la fin 2011 de reconduire la Conférence tripartite sur les agglomérations. Préalablement, il a fallu tirer au clair la question des relations entre les organes de la CdC et les délégations cantonales au sein de la CTA, une clarification qui a débouché sur l'adoption par l'Assemblée plénière de la CdC du 30 septembre 2011 d'une nouvelle procédure de nomination et d'attribution des mandats. C'est sur cette base que la délégation cantonale CTA a été repourvue au début de 2012.

Avec le projet « Développement de la politique des agglomérations », la Confédération, les cantons, les villes et les communes entendent élaborer ensemble, dans le cadre de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA), une stratégie nationale et globale relative au développement de la politique des agglomérations. Une « stratégie faîtière » qui servira d'orientation à chaque niveau de l'État pour la configuration de sa politique d'agglomération. La séance CTA du 2 novembre 2012 a donné lieu à une première discussion politique sur les six axes thématiques prioritaires proposés pour le développement de la politique des agglomérations. Afin de préparer la position des cantons dans cette discussion, le secrétariat de la CdC a mené une enquête auprès des membres de la délégation CTA et des conférences des directeurs concernées.

2.2.4 Mandats

Secrétariat de la conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

Sur la base de la « Convention entre la Confédération et les cantons ainsi que les villes et les communes relative à la reconduction de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) » du 30 décembre 2011, l'Office fédéral du développement territorial, la Conférence des gouvernements cantonaux, l'Union des villes suisses et l'Association des communes suisses ont conclu une convention de prestations relative à la gestion du secrétariat de la CTA par la CdC. La convention étant entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2012, le secrétariat a assuré les préparatifs et le suivi des séances CTA des 4 mai et 2 novembre et des séances du Groupe technique tripartite (GTT) des 15 mars et 10 septembre. Sur le fond, le travail du secrétariat a porté sur les points suivants :

- Le 1^{er} semestre 2012 a été placé sous le signe des préparatifs en lien avec les nouveaux projets définis dans le programme de travail 2012-2015 de la CTA, notamment les projets « Développement de la politique suisse des agglomérations », « Association de l'espace rural à la collaboration tripartite », « Développement urbain durable » et « Réseautage des acteurs des espaces métropolitains ». Avec l'appui de groupes de travail ad hoc et du GTT, le secrétariat a mis au point les ébauches de projet requises et mené l'appel d'offres pour l'attribution de mandats externes. Il a par ailleurs préparé l'intervention du président CTA dans le cadre de la journée d'études soutenue par la CTA et intitulée « 10 ans de politique des agglomérations » du 28 juin 2012 à l'IRAP (Institut für Raumentwicklung der Hochschule für Technik Rapperswil).
- Le deuxième semestre a été dédié à l'accompagnement tant organisationnel que matériel du projet « Développement de la politique suisse des agglomérations ». Comme première étape du projet, la CTA a organisé, sous forme d'atelier en août 2012, une large audition sur les défis urbains et les thèmes futurs. La CTA du 2 novembre 2012 a engagé un débat politique sur les résultats de l'audition et plébiscité les priorités thématiques proposées. Les premiers travaux de fond ont aussi été engagés dans le cadre des projets « Association de l'espace rural à la collaboration tripartite », « Développement urbain durable » et « Réseautage des acteurs des espaces métropolitains ». Dans ce cadre, le secrétariat a aussi apporté son concours organisationnel et technique aux experts externes mandatés.

- Un autre point fort de l'activité du secrétariat a été la préparation du dialogue sur l'intégration « Monde du travail », menée en collaboration avec l'Office fédéral des migrations (ODM) et les secrétariats de l'UVS et de l'ACS. À cet effet, le secrétariat a mené plusieurs entretiens préalables avec des représentants des organisations patronales, des associations professionnelles de secteurs présentant un pourcentage élevé de main d'œuvre étrangère et avec des employés. Le 30 octobre 2012 a eu lieu, sur invitation de la CTA, une rencontre de représentants exécutifs des trois niveaux étatiques avec des représentants de haut rang de l'économie et de la société civile pour un dialogue sur l'intégration. Pour promouvoir l'intégration de la main d'œuvre étrangère, les participants au dialogue se sont mis d'accord sur des objectifs dans trois champs d'activité. Il est prévu en outre de transposer du niveau national au niveau régional la forte impulsion donnée par le dialogue sur l'intégration entre l'État et l'économie. Un site internet a été créé (www.dialog-integration.ch) pour la diffusion à large échelle d'exemples innovants et réussis et pour encourager l'engagement dans le cadre du dialogue sur l'intégration.

Secrétariat de la Conférence des délégués à l'intégration (CDI)

Pendant l'année sous revue, le Secrétariat a assuré en amont et en aval l'organisation matérielle et administrative de trois Assemblées CDI nationales (Altdorf, Berne, Thoune), deux séances du comité et une journée d'études. De plus, il a participé dans l'ensemble à 10 réunions de groupes régionaux, qui ont permis d'assurer le flux de l'information entre les différentes parties du pays.

L'année sous revue a été principalement consacrée à l'élaboration des programmes cantonaux d'intégration (PIC) 2014-2017. Au cours des assemblées CDI, l'Office fédéral des migrations a régulièrement informé les délégués à l'intégration dans les cantons de l'avancée des travaux et des attentes envers les PIC. Les assemblées ont aussi été l'occasion d'échanger sur les défis concrets que représente l'élaboration des PIC (répartition des tâches entre canton et communes, exemples de mise en œuvre et formulation d'indicateurs et d'objectifs d'efficacité). Fin 2012, 25 cantons avaient pu remettre dans les délais leurs avant-projets PIC.

D'autres dossiers ont occupé la CDI, à savoir : l'intégration dans le domaine de la petite enfance, la « nouvelle immigration » et la mise au point du concept d'encouragement de l'apprentissage des langues FIDE. La CDI a adopté des prises de position sur la révision

partielle de la loi fédérale sur les étrangers (LEtr) et sur la modification de l'ordonnance relative à l'admission, au séjour et à l'exercice d'une activité lucrative (OASA).

Le secrétariat de la CDI a pris part à différents colloques et réunions au cours desquels il a fait quelques interventions ; il s'agit de colloques de l'ODM, de la CFM, de la CTA, de la CoSI et de l'assemblée annuelle des coordonnatrices et coordonnateurs en matière d'asile, de la réunion du réseau « Migration et santé » de l'Office fédéral de la santé publique (OFSP) et de l'Association suisse des responsables cantonaux pour la promotion de la santé (ARPS) ou encore la journée de réflexion du Comité exécutif de l'Association des offices suisses du travail (AOST).

03

3 Comptes

Les comptes 2012 de la CdC avec des charges à hauteur de CHF 3'236'736.30 bouclent sur un excédent de charges de CHF 59'263.70, lequel est imputé à la créance des cantons conformément à la clé de financement. La créance des cantons se monte ainsi à CHF 929'338.03.

La révision des comptes annuels a été réalisée le 17 avril 2013 par le Contrôle des finances du canton de Soleure. Le rapport de l'organe de révision se trouve à l'annexe 5.

Comptes 2012

(révisés)

	Comptes 2012	Budget 2012	Comptes 2011
Contributions cantonales	3'296'000.00	3'296'000	3'231'000.00
Contributions CTA Confédération et communes	316'189.41	347'000	42'438.65
Autres revenus	30'208.54	0	11'183.70
Prélèvement selon clef de répartition des coûts		280'000	
Total revenus	3'642'397.95	3'923'000	3'284'622.35
Personnel / Frais accessoires	2'600'762.17	2'789'000	2'471'288.93
Matériel bureau / Imprimés	38'639.17	52'000	41'374.74
Bureaux / Infrastructure	247'993.19	275'000	229'865.90
Services	43'522.49	48'000	38'937.10
Groupes de travail / Projets	486'555.03	545'000	254'165.41
Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)	154'284.05	200'000	70'731.07
Autres charges	11'378.15	14'000	14'572.70
Total charges	3'642'397.95	3'923'000	3'284'622.35
Excédent des revenus	59'263.70	0	163'686.50
Créance des cantons 31.12.2012	929'338.03		

Clé de financement 2012
(selon art. 14 de la Convention du 8.10.1993)

Canton	Population recensement fédéral 2009	Clé 2009	Contributions cantonales 2012
Argovie	596'795	7.65%	252'143
Appenzell AR	52'681	0.68%	22'257
Appenzell IR	15'517	0.20%	6'556
Baselland	271'125	3.48%	114'549
Baselstadt	192'068	2.46%	81'148
Bern / Berne	979'554	12.56%	413'857
Fribourg / Freiburg	273'855	3.51%	115'702
Genève	453'674	5.82%	191'675
Glarus	38'259	0.49%	16'164
Graubünden / Grischun / Grigioni	194'753	2.50%	82'282
Jura	68'709	0.88%	29'029
Luzern	370'931	4.75%	156'716
Neuchâtel	172'263	2.21%	72'780
Nidwalden	40'164	0.51%	16'969
Obwalden	34'667	0.44%	14'647
St. Gallen	474'316	6.08%	200'396
Schaffhausen	75'691	0.97%	31'979
Schwyz	143'699	1.84%	60'712
Solothurn	252'083	3.23%	106'504
Thurgau	244'069	3.13%	103'118
Ticino	333'567	4.28%	140'930
Uri	34'772	0.45%	14'691

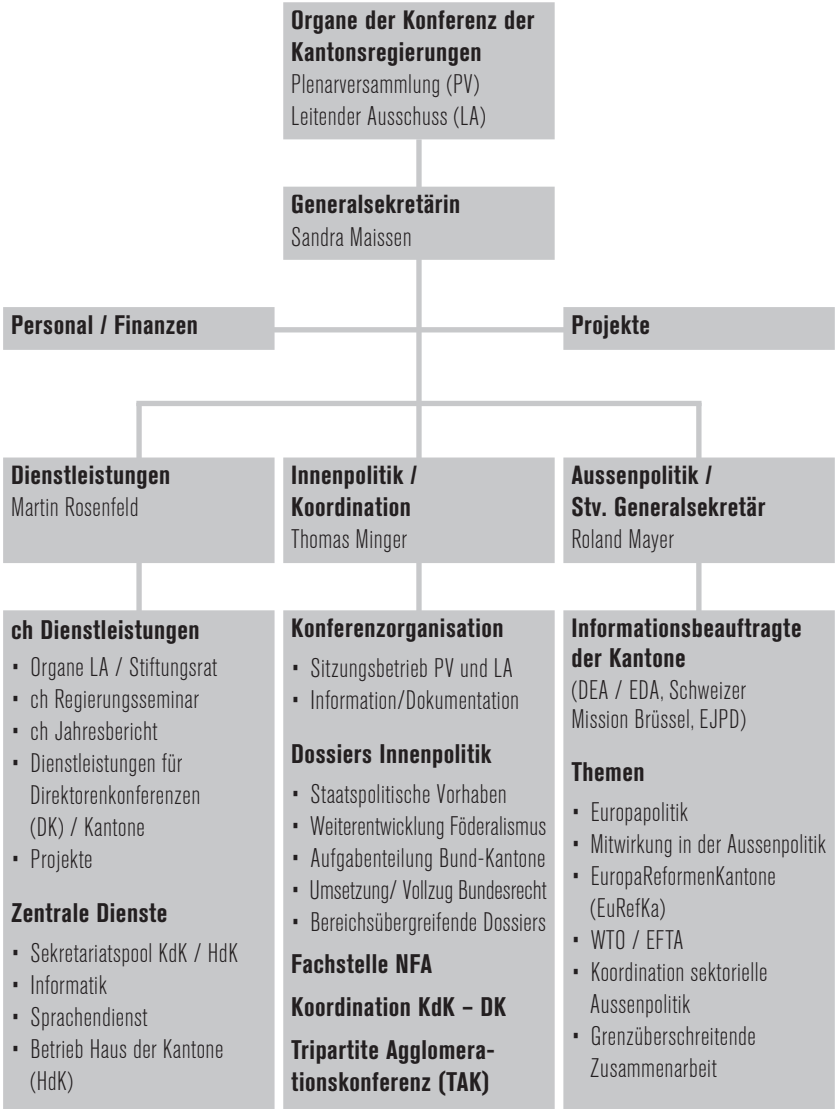
Canton	Population recensement fédéral 2009	Clé 2009	Contributions cantonales 2012
Valais / Wallis	305'178	3.91%	128'936
Vaud	704'916	9.04%	297'823
Zug	111'151	1.42%	46'961
Zürich	1'366'821	17.52%	577'475
Total	7'801'278	100.00%	3'296'000

Nombre d'habitant-e-s selon population Office fédéral de la statistique

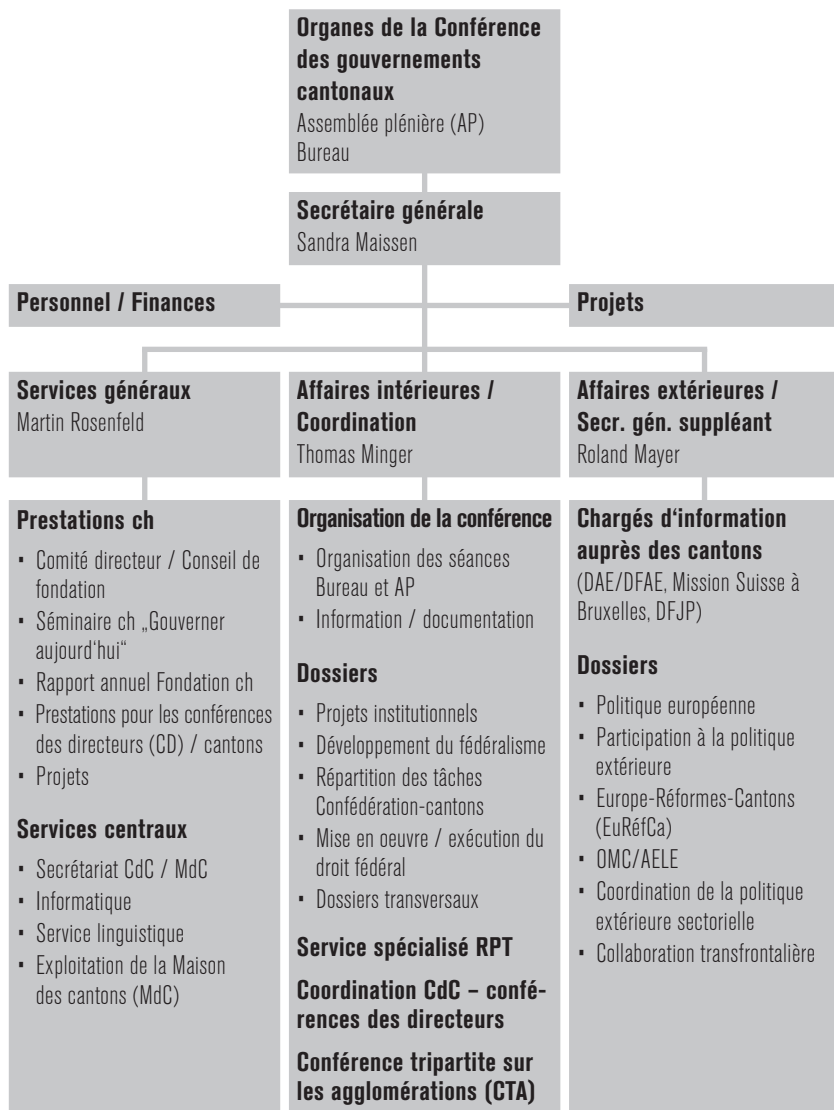
Anhänge / Annexes

Anhang 1	Organigramm KdK
Annexe 1	Organigramme CdC
Anhang 2	Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (31.12.2012)
Annexe 2	Commissions et groupes de travail de la CdC (31.12.2012)
Anhang 3	Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (31.12.2012)
Annexe 3	Délégations politiques de la CdC dans des organes et groupes de travail nationaux et internationaux (31.12.2012)
Anhang 4	Aktivitäten
Annexe 4	Activités
Anhang 5	Bericht der Revisionsstelle
Annexe 5	Rapport de l'Organe de révision

Anhang 1 : Organigramm KdK



Annexe 1: Organigramme CdC



Anhang 2 : Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (31.12.2012)

Annexe 2 : Commissions et groupes de travail de la CdC (31.12.2012)

Politische Kommissionen / Commissions politiques (per / au 01.01.2013)

EuropaReformenKantone (EuRefKa)

Europe – Réformes des cantons (EuRéfCa)

Vorsitz /

présidence: [Vakant / vacant]

Mitglieder /

membres:

Erwin Jutzet, Conseiller d'Etat, Direction de la sécurité et de la justice, FR

Philippe Leuba, Conseiller d'Etat, Département de l'économie et du sport, VD

Sabine Pegoraro, Regierungsrätin, Bau- und Umweltschutzdirektion, BL

Yvonne Schärli-Gerig, Regierungsrätin, Justiz- und Sicherheitsdepartement, LU

Kurt Nuspliger, Staatsschreiber, Staatskanzlei, BE

Astrid Epiney, Geschäftsführende Direktorin, Institut für Europarecht, Universität Freiburg

Bernhard Waldmann, Direktor Nationales Zentrum des Instituts für Föderalismus, Universität Freiburg

Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK

Sekretariat /

secrétariat:

Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Europakommission – politische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Commission Europe – niveau politique de l'Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz /

présidence: **Matthias Michel**, Landammann, Volkswirtschaftsdirektion, ZG

Mitglieder /

membres:

Regine Aeppli, Regierungsrätin, Bildungsdirektion, ZH,
Vizepräsidentin

Elisabeth Baume-Schneider, Conseillère d'Etat, Département de la Formation, de la Culture et des Sports, JU

Andrea Bettiga, Regierungsrat, Département Sicherheit und Justiz, GL

Christoph Brutschin, Regierungsrat, Département für Wirtschaft, Soziales und Um-welt, BS

Isabelle Chassot, Conseillère d'Etat, Direction de l'instruction publique, de la culture et du sport, FR

Hans Diem, Regierungsrat, Département Sicherheit und Justiz, AR

Mario Fehr, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZH

Hanspeter Gass, Regierungsrat, Justiz- und Sicherheitsdepartement, BS

Martin Graf, Regierungsrat, Direktion der Justiz und des Innern, ZH

Claudius Graf-Schelling, Regierungsrat, Département für Justiz und Sicherheit, TG

Peter Hegglin, Regierungsrat, Finanzdirektion, ZG

Susanne Hochuli, Regierungsrätin, Département Gesundheit und Soziales, AG

Hans-Jürg Käser, Regierungsrat, Polizei- und Militärdirektion, BE

Philippe Leuba, Conseiller d'Etat, Département de l'économie et du sport, VD

Pierre-Yves Maillard, Conseiller d'Etat, Département de la santé et de l'action sociale, VD

Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK

Pierre Maudet, Conseiller d'Etat, Département de la sécurité, GE

Claude Nicati, Conseiller d'Etat, Département de la gestion du territoire, NE

Isaac Reber, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, BL

Andreas Rickenbacher, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, BE

Ernst Stocker, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, ZH

Beat Villger, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG

Heidi Z'graggen, Regierungsrätin, Justizdirektion, UR

Sekretariat /

secrétariat:

Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Interkantonale Vertragskommission (IVK)

Commission intercantonale pour les conventions (CIC)

Vorsitz /

présidence:

Peter Schönenberger, alt Regierungsrat, SG

Mitglieder /

membres:

Roland Brogli, Regierungsrat, Departement Finanzen und Ressourcen, AG

Hans Hofmann, alt Ständerat und alt Regierungsrat, ZH

Wilhelm Schnyder, alt Staatsrat, VS

Walter Suter, alt Regierungsrat, ZG

Bernard Ziegler, alt Staatsrat, GE

Sekretariat /

secrétariat:

Walter Moser, Fachstelle NFA, KdK

Arbeitsgruppen / Groupes de travail

Die detaillierte Zusammensetzung der Arbeitsgruppen ist unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar: <http://www.kdk.ch/de/arbeitsgruppen>

La composition détaillée des groupes de travail figure sur le site internet de la CdC, à l'adresse : <http://www.cdc.ch/fr/groupes-de-travail>

Aussenpolitik / Politique extérieure

Arbeitsgruppe Personenfreizügigkeit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Libre circulation des personnes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Christoph Brutschin**, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft,
présidence: Soziales und Umwelt, BS

Arbeitsgruppe Diplomanerkennung der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Reconnaissance des diplômes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Isabelle Chassot**, Conseillère d'Etat, Direction de l'instruction publique,
présidence: de la culture et du sport, FR

Arbeitsgruppe Soziale Sicherheit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Sécurité sociale (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Susanne Hochuli**, Regierungsrätin, Departement Gesundheit und
présidence: Soziales, AG

Arbeitsgruppe Landverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Transports terrestres (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / [Vakant / vacant]

présidence:

Arbeitsgruppe Luftverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Transport aérien (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Ernst Stocker**, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, ZH

présidence:

Arbeitsgruppe Dienstleistungen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Services (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Andreas Rickenbacher**, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, BE

présidence:

Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Questions financières et fiscales (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Peter Hegglin**, Regierungsrat, Finanzdirektion, ZG

présidence:

Arbeitsgruppe Bildung und Jugend der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Formation et Jeunesse (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Elisabeth Baume-Schneider**, Conseillère d'Etat, Département de la
présidence: Formation, de la Culture et des Sports, JU

Horizontale Arbeitsgruppe Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail horizontal (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Hans-Jürg Käser**, Regierungsrat, Polizei- und Militärdirektion, BE
présidence:

Arbeitsgruppe Polizeizusammenarbeit der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Coopération policière (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Beat Villiger**, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG
présidence:

Arbeitsgruppe Migration und Asyl der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Migration et asile (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Philippe Leuba**, Conseiller d'Etat, Département de l'économie et du
présidence: sport, VD

Arbeitsgruppe justizielle Zusammenarbeit der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Coopération judiciaire (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Hans Diem**, Regierungsrat, Departement Sicherheit und Justiz, AR
présidence:

Arbeitsgruppe Grenze der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Frontières (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Claudius Graf-Schelling**, Regierungsrat, Departement für Justiz und Sicherheit, TG
présidence:

Arbeitsgruppe Datenschutz der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Protection des données (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Martin Graf**, Regierungsrat, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
présidence:

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – politische Ebene (derzeit suspendiert)

Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau politique (actuellement suspendu)

Vorsitz / [Vakant / vacant]
présidence:

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – technische Ebene

Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau technique

Vorsitz / **Roland Mayer**, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik,
présidence: KdK

**Europakommission – technische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale
Abkommen mit der EU**

**Commission Europe – niveau technique de l'Organisation d'accompagnement aux
accords bilatéraux avec l'UE**

Vorsitz / **Roland Mayer**, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK
présidence:

Innenpolitik / Koordination / Politique intérieure, coordination

Ansprechpersonen der kantonalen TAK-Delegation

Personnes de contact pour la délégation cantonale CTA

Vorsitz / **Markus Ritter**, Adjunkt des Vorstehers, Präsidialdepartement, BS
présidence:

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)

Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoSeCo)

Vorsitz / **Christoph Niederberger**, Generalsekretär, Konferenz der Kantonalen
présidence: Volkswirtschaftsdirektoren

Leitorgan Haus der Kantone (LO HDK)

Comité directeur Maison des cantons (CD MdC)

Vorsitz / **Benjamin Wittwer**, Direktor, Bau-, Planungs- und
présidence: Umweltdirektorenkonferenz / Konferenz der kantonalen Direktoren
des öffentlichen Verkehrs

Anhang 3: Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (31.12.2012)

Annexe 3: Délégations politiques de la CdC dans des organes et groupes de travail nationaux et internationaux (31.12.2012)

Nachfolgend sind die politischen Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen aufgeführt. Die Delegationen der KdK auf technischer Ebene sind unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar:
<http://www.kdk.ch/de/delegationen>

Sont énumérées ci-après les délégations politiques de la CdC dans des organes et groupes de travail nationaux et internationaux. Les délégations de la CdC au niveau technique figurent sur le site internet de la CdC, à l'adresse :
<http://www.cdc.ch/fr/delegations>

Aussenpolitik / Politique extérieure

Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Assemblée des Régions d'Europe (ARE)

Vorsitz / **Michèle Sabban**, Vize-Präsidentin Ile-de-France, Frankreich
présidence:

KdK-Delegation **Mario Fehr, Regierungsrat**, Sicherheitsdirektion, ZH
/ délégation **Beat Vonlanthen**, Conseiller d'Etat, Direction de l'économie et de
CdC: l'emploi, FR
Urs Wüthrich-Pelloli, Regierungsrat, Bildungs-, Kultur- und
Sportdirektion, BL (Vize-Präsident VRE)

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Congrès des pouvoirs locaux et régionaux d'Europe (CPLRE)

Vorsitz / **Herwig Van Staa**, Landtagspräsident Tirol, Österreich
présidence

KdK-Delegation / délégation
CdC:

Heidi Hanselmann, Regierungsrätin, Gesundheitsdepartement, SG

Philippe Leuba, Conseiller d'Etat, Département de l'économie et du sport, VD

Philippe Receveur, Ministre, Département de l'Environnement et de l'Equipement, JU

Urs Wüthrich-Pelloli, Regierungsrat, Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion, BL

Heidi Z'Graggen, Regierungsrätin, Justizdirektion, UR

vakant

Innenpolitik / Politique intérieure

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

Vorsitz / présidence: **Guy Morin**, Regierungspräsident, Präsidialdepartement, BS

KdK-Delegation / délégation
CdC:

Norman Gobbi, Consigliere di Stato, Dipartimento delle istituzioni, TI

Martin Graf, Regierungsrat, Justiz und Inneres, ZH

Béatrice Métraux, Conseillère d'Etat, Département de l'intérieur, VD

Christoph Neuhaus, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE

Maurice Ropraz, Conseiller d'Etat, Direction de l'aménagement, de l'environnement et des constructions, FR

Stefan Sutter, Regierungsrat, Bau- und Umweltsdepartement, AI

Hansjörg Trachsel, Regierungsrat, Departement für Volkswirtschaft und Soziales, GR

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin, Direktion des Innern, ZG

Steuerungsausschuss E-Government-Strategie Schweiz

Comité de pilotage Stratégie suisse de cyberadministration

Vorsitz / **Eveline Widmer-Schlumpf**, Bundespräsidentin, Eidgenössisches
présidence: Finanzdepartement

KdK-Delegation **Rainer Gonzenbacher**, Staatsschreiber, Staatskanzlei, TG
/
délégation CdC: **Philippe Receveur**, Conseiller d'Etat, Département de l'Environnement
et de l'Équipement, JU
Marcel Schwerzmann, Regierungsrat, Finanzdepartement, LU

Projektorganisation „Unternehmenssteuerreform III“ (USR III)

Organisation de projet „Réforme de l'imposition des entreprises III“ (USR III)

Vorsitz / **Eveline Widmer-Schlumpf**, Bundesrätin, Eidgenössisches
présidence: Finanzdepartement

Vertreter der **Roland Brogli**, Departement Finanzen und Ressourcen, AG
Kantone /
Représentants
des cantons

Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV-Kommission)

Commission fédérale de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (Commission fédérale AVS-AI)

Vorsitz / **Ruth Lüthi**, alt Staatsrätin, FR
présidence:

KdK-Delegation **Peter Gomm**, Regierungsrat, Departement des Innern, SO
/
délégation CdC: **Bernhard Koch**, Regierungsrat, Departement für Finanzen und Soziales,
TG

Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK)

Commission fédérale des maisons de jeu (CFMJ)

Vorsitz / **Benno Schneider**, Rechtsanwalt, SG

présidence:

Délégation CdC: **Erwin Jutzet**, Conseiller d'Etat, Direction de la sécurité et de la justice, FR

Projektorganisation Raumkonzept Schweiz – politische Ebene (bis 14.01.2013)

Organisation de projet Projet de territoire suisse – niveau politique

Vorsitz / **Doris Leuthard**, Bundesrätin, Eidgenössisches Departement für Umwelt,

présidence: Verkehr, Energie und Kommunikation

KdK-Delegation **Guy Morin**, Regierungspräsident, Präsidentialdepartement, BS

/ **Walter Straumann**, Regierungsrat, Bau- und Justizdepartement, SO

délégation CdC: **Heinz Tännler**, Regierungsrat, Baudirektion, ZG

Beat Vonlanthen, Conseiller d'Etat, Direction de l'économie et de l'emploi, FR

Kurt Zibung, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdepartement, SZ

Anhang 4 : Aktivitäten

Annexe 4 : Activités

Sitzungen der Organe der KdK / Séances des organes de la CdC

03.02.2012	Leitender Ausschuss / Bureau
16.03.2012	Plenarversammlung / Assemblée plénière
10.05.2012	Leitender Ausschuss / Bureau
01.06.2012	Ausserordentliche Plenarversammlung / Assemblée plénière extraordinaire
22.06.2012	Plenarversammlung / Assemblée plénière
31.08.2012	Leitender Ausschuss / Bureau
28.09.2012	Plenarversammlung / Assemblée plénière
09.11.2012	Leitender Ausschuss / Bureau
14.12.2012	Plenarversammlung / Assemblée plénière

Medienkonferenzen / Conférences de presse

Keine / Aucune

Sitzungen der politischen Kommissionen und technischen Arbeitsgruppen der KdK sowie Koordinationssitzungen mit den Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen / Séances des commissions politiques et groupes de travail techniques de la CdC et séances de coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales

18.01.2012	Kerngruppe Fachkoordination / Cellule de coordination technique
18.01.2012	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / Conférence des secrétaires des conférences intercantionales
16./17.02.2012	Politische Klausur KdK – Direktorenkonferenzen / Colloque politique CdC – Conférences des directeurs
28.02.2012	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / Conférence des secrétaires des conférences intercantionales
15.03.2012	Arbeitsgruppe Datenschutz BOSD / Groupe de travail Protection des données OASD
26.03.2012	Interkantonale Vertragskommission IVK / Commission intercantonale pour les conventions CIC

02.04.2012	Europakommission der KdK / Commission Europe de la CdC
25.04.2012	Kerngruppe Fachkoordination / Cellule de coordination technique
25.04.2012	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales
04.05.2012	Kantonale TAK-Delegation / Délégation CTA cantonale
10.05.2012	Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK / Groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC
18.05.2012	Arbeitsgruppe Datenschutz BOSD / Groupe de travail Protection des données OASD
11.06.2012	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales
30.05.2012	Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) / État-major Immigration, migration et intégration IMI
25.06.2012	Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK / Groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC
06.07.2012	Arbeitsgruppe Datenschutz BOSD / Groupe de travail Protection des données OASD
21.08.2012	Kerngruppe Fachkoordination / Cellule de coordination technique
27.08.2012	Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK / Groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC
17.09.2012	Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) / État-major Immigration, migration et intégration IMI
27.09.2012	Arbeitsgruppe Dienstleistungen der KdK / Groupe de travail Services de la CdC
22.10.2012	Europakommission der KdK / Commission Europe de la CdC
24.10.2012	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / Conférence des secrétaires des conférences intercantionales
29.10.2012	Interkantonale Vertragskommission IVK / Commission intercantonale pour les conventions CIC
02.11.2012	Kantonale TAK-Delegation / Délégation CTA cantonale
02.11.2012	Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK / Groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC

09.11.2012	Arbeitsgruppe Datenschutz BOSD / Groupe de travail Protection des données OASD
12.11.2012	Politisches Treffen KdK-Direktorenkonferenzen / Rencontre politique CdC – conférences des directeurs
16.11.2012	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales
05.12.2012	Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) / Etat-major intercantonal Immigration, migration et intégration
07.12.2012	Interkantonale Vertragskommission IVK / Commission intercantonale pour les conventions CIC

Sitzungen im Bereich Zusammenarbeit Bund – Kantone / Séances dans le cadre de la collaboration Confédération – cantons

13.01.2012	Begleitgruppe Koordination Umsetzungsarbeiten spezifische Integrationsförderung / Groupe d'accompagnement Coordination mise en œuvre Encouragement de l'intégration spécifique
23.01.2012	Gemeinsame technische Arbeitsgruppe Bund – Kantone zum Thema "Umsetzung Bundesrecht durch die Kantone" / Groupe de travail technique commun Confédération – cantons intitulé « Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons »
05.03.2012	Stammtisch der Kantone / Stammtisch des cantons
09.03.2012	Europapolitische Aussprache mit einer Delegation des Bundesrats / Discussion de politique européenne avec une délégation du Conseil fédéral
15.03.2012	Treffen Büro Ständerat / Rencontre avec le Bureau du Conseil des États
16.03.2012	Föderalismus-Dialog Bund – Kantone / Dialogue confédéral Confédération – cantons
05.04.2012	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz / Comité de pilotage Cyberadministration suisse
17.04.2012	Europapolitische Aussprache mit einer Delegation des Bundesrats / Discussion de politique européenne avec une délégation du Conseil fédéral

27.04.2012	Politische Begleitgruppe Raumkonzept Schweiz / Groupe de suivi Projet de territoire Suisse
30.04.2012	Treffen mit einer Delegation des Landes Baden-Württemberg / Rencontre avec une délégation du land de Bade-Wurtemberg
03.05.2012	Tripartites Vorbereitungstreffen Muslim – Dialog / Rencontre de préparation tripartite Dialogue avec les musulmans
08.-10.05.2012	Teilnahme an Erdbebenübung SEISMO 12 / Participation à l'exercice SEISMO 12
04.06.2012	Stammtisch der Kantone / Stammtisch des cantons
05.06.2012	Europadialog mit dem Bundesrat / Dialogue Europe avec le Conseil fédéral
15.06.2012	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz / Comité de pilotage Cyberadministration suisse
30.08.2012	Europadialog mit dem Bundesrat / Dialogue Europe avec le Conseil fédéral
17.09.2012	Stammtisch der Kantone / Stammtisch des cantons
28.09.2012	Föderalismus-Dialog Bund – Kantone / Dialogue confédéral Confédération – cantons
22.10.2012	Europadialog mit dem Bundesrat / Dialogue Europe avec le Conseil fédéral
24.10.2012	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz / Comité de pilotage Cyberadministration suisse
30.10.2012	Leitorgan Unternehmenssteuerreform III (USR III) / Organe directeur Réforme de l'imposition des entreprises III
09.11.2012	Treffen Büro Ständerat / Rencontre avec le Bureau du Conseil des États
15.11.2012	Leitorgan Unternehmenssteuerreform III (USR III) / Organe directeur Réforme de l'imposition des entreprises III
26.11.2012	Politisches Austauschtreffen Muslim-Dialog / Rencontre politique Dialogue avec la population musulmane
30.11.2012	Steuerungsorgan Unternehmenssteuerreform III (USR III) / Organe directeur Réforme de l'imposition des entreprises III
03.12.2012	Stammtisch der Kantone / Stammtisch des cantons
04.12.2012	Treffen Vorsteherin EFD – Delegation KdK zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 / Rencontre cheffe DFF – délégation CdC Programme de consolidation et de réexamen des tâches 2014

Sitzungen im Rahmen der Mandate / Séances en lien avec les mandats
Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) / Conférence tripartite sur les
agglomérations (CTA)

18.01.2012	Projektleitung Integrationsdialog Arbeitswelt / Direction de projet Dialogue sur l'intégration Monde du travail
15.03.2012	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / Groupe de travail technique tripartite
19.04.2012	Projektleitung Integrationsdialog Arbeitswelt / Direction de projet Dialogue sur l'intégration Monde du travail
04.05.2012	Tripartite Agglomerationskonferenz / Conférence tripartite sur les agglomérations
11.05.2012	Projektleitung Integrationsdialog Arbeitswelt / Direction de projet Dialogue sur l'intégration Monde du travail
05.06.2012	Projektleitung Weiterentwicklung Agglomerationspolitik / Direction de projet Développement de la politique des agglomérations
11.06.2012	Projektleitung Integrationsdialog Arbeitswelt / Direction de projet Dialogue sur l'intégration Monde du travail
28.06.2012	Tagung 10 Jahre Agglomerationspolitik / Colloque « 10 ans de politique des agglomérations »
05.07.2012	Projektleitung Integrationsdialog Arbeitswelt / Direction de projet Dialogue sur l'intégration Monde du travail
29.08.2012	Hearing Weiterentwicklung Agglomerationspolitik / Audition Développement de la politique des agglomérations
05.09.2012	Projektleitung Einbezug des ländlichen Raums in die tripartite Zusammenarbeit / Direction de projet Association de l'espace rural à la collaboration tripartite
10.09.2012	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / Groupe de travail technique tripartite
11.09.2012	Projektleitung Integrationsdialog Arbeitswelt / Direction de projet Dialogue sur l'intégration Monde du travail
13.09.2012	Projektleitung Weiterentwicklung Agglomerationspolitik / Direction de projet Développement de la politique des agglomérations
21.09.2012	Projektleitung Integrationsdialog Arbeitswelt / Direction de projet Dialogue sur l'intégration Monde du travail

18.10.2012	Projektleitung Integrationsdialog Arbeitswelt / Direction de projet Dialogue sur l'intégration Monde du travail
29.10.2012	Projektleitung Weiterentwicklung Agglomerationspolitik / Direction de projet Développement de la politique des agglomérations
30.10.2012	Integrationsdialog Arbeitswelt / Dialogue sur l'intégration Monde du travail
02.11.2012	Tripartite Agglomerationskonferenz / Conférence tripartite sur les agglomérations
22.11.2012	Projektleitung Integrationsdialog Arbeitswelt / Direction de projet Dialogue sur l'intégration Monde du travail
17.12.2012	Projektleitung Vernetzung der Akteure der Metropolitanräume / Direction de projet Réseautage des acteurs de l'espace métropolitain

Konferenz der Integrationsdelegierten (KID) / Conférence des délégués à l'intégration (CDI)

08.02.2012	Retraite KID-Vorstand / Retraite Comité CDI
28./29.03.2012	KID-Tagung / Assemblée CDI
03.05.2012	Sitzung KID-Vorstand / Séance Comité CDI
20.06.2012	KID-Tagung / Assemblée CDI
13.09.2012	Sitzung KID-Vorstand / Séance Comité CDI
15.11.2012	KID-Tagung / Assemblée CDI

Annexe 5 : Rapport de l'Organe de révision

Anhänge / Annexes 119

Konferenz
der Kantons-
regierungen

Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach
CH-3001 Bern

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@kdk.ch
www.kdk.ch

Conférence des
gouvernements
cantonaux

Maison des cantons
Speichergasse 6
Case postale
CH-3001 Berne

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch

Conferenza
dei governi
cantionali

Casa dei cantoni
Speichergasse 6
Casella postale
CH-3001 Berna

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch